

aus politik und zeit geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Helga Grebing

Die intellektuelle Opposition
in der DDR seit 1956

Ernst Bloch — Wolfgang Harich —
Robert Havemann

Jürgen Hartmann

Aspekte der „britischen Krise“

Herbert Petersen

Schweden — Die „politische
Wende“ findet nicht statt

B 45/77

12. November 1977

Helga Grebing, Dr. phil., geb. 1930 in Berlin; Studium der Geschichte, Philosophie und Germanistik an der Freien Universität Berlin. Nach dem Studium Verlagslektorin und Redakteurin, ab 1959 in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung tätig und von 1967—1969 Stipendiatin der Deutschen Forschungsgemeinschaft. 1970 Habilitation im Fach Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt a. M. Seit 1971/72 ordentlicher Professor für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Göttingen.

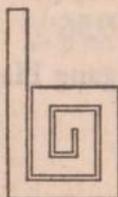
Wichtigste Veröffentlichungen: *Der Nationalsozialismus — Ursprung und Wesen* (1. Aufl. 1959); *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (1. Aufl. 1966, 7. Aufl. 1976); *Konservative gegen die Demokratie* (1971); *Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus — Eine falsche Gleichung* (1971); *Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik* (1974).

Jürgen Hartmann, Dr. phil., Dipl. Pol., geb. 1946; seit 1974 Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Sozialwissenschaften der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen: *Politikverflechtung am Beispiel von Gemeinden in den föderativen Systemen der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten von Amerika*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 4/1976; *Der amerikanische Präsident im Bezugsfeld der Kongreßfraktionen. Strukturen, Strategien und Führungsprobleme in den Beziehungen der Präsidenten Kennedy, Johnson und Nixon zu den Mehrheitsfraktionen im Kongreß (1961—1973)*, Berlin 1977.

Herbert Petersen, geb. 1902 in Fellin/Estland, Studium der Naturwissenschaften in Dorpat und Hamburg; Chefredakteur der Deutschen Zeitung (1933—39) in Dorpat, der Ostseezeitung in Reval (1940) und der Revaler Zeitung (1942—44) in Reval; nach dem Krieg Korrespondent deutscher, österreichischer und Schweizer Zeitungen in Schweden.

Zahlreiche Veröffentlichungen in der deutschsprachigen Tagespresse (Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Schweiz) sowie in schwedischen Wirtschaftszeitschriften; *Die Rettungsaktionen Schwedens im Zweiten Weltkrieg*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 32/57.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die intellektuelle Opposition in der DDR seit 1956

Ernst Bloch — Wolfgang Harich — Robert Havemann

I. Der „Aufstand der Intellektuellen“ 1956

Ernst Bloch

Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit dem SED-Regime, die sich am sichtbarsten im Juni 1953 äußerte, aktualisierte die Diskussion um eine Erneuerung des dogmatisch erstarrten Marxismus; im Zentrum einer intellektuellen Opposition in der DDR standen Ernst Bloch und Wolfgang Harich. Beide gehörten 1953 zu den Begründern und Herausgebern der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“, der die Aufgabe zugedacht war, Marx und die in sein Werk einmündenden philosophischen Traditionen einerseits und die ihnen widersprechende politisch-soziale Wirklichkeit andererseits miteinander zu konfrontieren. Die Zeitschrift entwickelte sich rasch zum Publikationsorgan für die gesamte kritische Intelligenz des Ostblocks; so veröffentlichten hier Leszek Kolakowski und Georg Lukács. Von Lukács waren seit Ende der 40er Jahre in der DDR fast alle Arbeiten, auch die vor 1933 er-

schienenen, in deutscher Übersetzung vorgelegt worden; Lukács beeinflusste deshalb die DDR-Intellektuellen zunächst viel stärker als Bloch.

Bloch lebt in den ersten Jahren nach der Übernahme des Lehrstuhls im Mai 1949 (von Hans-Georg Gadamer, der nach Westdeutschland gegangen war) an der Universität Leipzig relativ abgeschlossen, aber auch unangefochten in seinem Leipziger Schülerkreis. Zwischen ihm, der auch jetzt nicht Mitglied der SED wurde, und dem DDR-Regime bestand eine Art Koexistenz: für das Regime war er ein repräsentativer Verbündeter, ein Prestige-Objekt, dem, obwohl man ihn nicht zu den Vertretern des Dialektischen Materialismus zählte, 1955, dem Jahr seines 70. Geburtstages, der Vaterländische Verdienstorden in Silber und der Nationalpreis verliehen wurden. Bloch selber sah sich trotz gelegentlicher Unmutsäußerungen gegen den Dogmatismus der offiziellen Lehre nicht im Konflikt mit dem Regime und der Regime-offiziellen Lehre. Er diente nun dem Sozialismus, nachdem er einen gleichfalls 1948 an ihn ergangenen Ruf an die Universität Frankfurt a. M. mit der Begründung abgelehnt hatte, er denke nicht daran, „dem Kapitalismus zu dienen“. In einem Aufsatz aus dem Jahre 1951 „Parteilichkeit und Wissenschaft“ drückt sich diese Entscheidung vermittelt aus: Die „bürgerliche Wissenschaft“ mit ihrem Anspruch auf interessenfreie Objektivität ist eine Ideologie der Parteilichkeit; es fehlt ihr nur das Bewußtsein und die Reflektiertheit dieser Parteilichkeit¹⁾.

Der vorliegende Aufsatz ist weitgehend identisch mit dem Kapitel „Ein besonderer deutscher Weg zum Sozialismus?“ aus dem in diesen Tagen in der C. H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung München erscheinenden Buch der Verfasserin: „Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum ‚Prager Frühling‘“. In diesem Buch werden die historischen und die gegenwärtig als „Revisionismus“ bezeichneten Sozialismus-Konzepte analysiert, und es wird die Frage zu beantworten versucht, welche alternativen Kennzeichnungen anstelle des häufig nur noch in diffamierender Absicht gebrauchten Revisionismus-Begriffs verwendet werden können. Die Verfasserin versteht ihre Arbeit zugleich als einen Versuch, über die Möglichkeiten zu orientieren, eine eigenständige demokratisch-sozialistische Position zu begründen.

Dem hier vorgelegten Text geht in der Buchveröffentlichung unmittelbar voran die Darstellung der Diskussion über den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, wie sie 1945 bis 1948 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands geführt worden ist. Ernst Blochs Philosophie ist bereits in einem vorangehenden Kapitel im Zusammenhang mit der „Krise des Sozialismus“ nach 1914 und dem „Revisionismus von links“ (Lenin) ausführlich behandelt worden.

¹⁾ Vgl. Ernst Bloch, Parteilichkeit in Wissenschaft und Welt (1951), in: Philosophische Aufsätze zur objektiven Phantasie = Gesamtausgabe der Werke, Bd. 10, Frankfurt a. M. 1969, S. 330–344. — Aus der umfangreichen Literatur über die intellektuelle Opposition in der DDR werden nur die folgenden zwei Bücher genannt, die wegen der unterschiedlichen Einordnungs- und Bewertungskriterien zusammen benutzt werden sollten: Heinz Kersten, Der Aufstand der Intellektuellen, Stuttgart 1957; Martin Jänicke, Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953, Köln 1964.

Ihr gegenüber begründet Bloch die Parteilichkeit der marxistischen Wissenschaft als in Übereinstimmung mit der „objektiven Wahrheit“:

„Mögen die Toten ihre Toten begraben, die Forschung lebt. Das jetzt fällige Wissen ist eines ums beförderte Werden, die Fahne des Verstandes ist rot. Die wieder lebendig gewordene Parteilichkeit in der Wissenschaft, die konkret gewordene Aufklärung heißt Marxismus. Er macht kein Hehl aus seinem gesellschaftlichen Auftrag und seinem Willen, ihm zu genügen. So unterscheidet sich marxistische Parteilichkeit schon deshalb von aller bisherigen als einer unreflektierten, wenn auch gegebenenfalls noch so progressiven. Sie ist als erste sich ihrer bewußt und faßt sich vor allem als erste mit gutem Gewissen, ja mit dem besten, im gleichzeitig moralischen und wissenschaftlichen Sinn. (...)

Zum bewußt gewordenen Auftrag kommt also der endlich sachbezogene, trugfreie hinzu. Durchaus ist hier Objektivität gewährleistet; marxistische Richtung, objektive Wahrheit sind notwendig eins. Denn das Proletariat ist die erste Klasse, deren wohlverstandenes Interesse es selber ist, kein falsches Bewußtsein von sich, der Umwelt, der Welt insgesamt zu haben.“²⁾

Bloch hat erst nach dem im Februar 1956 stattfindenden XX. Parteitag der KPdSU, im Zusammenhang mit dem Posener Aufstand im Juni 1956 und dem „Polnischen Oktober“ im Jahre 1956 sowie dem ungarischen Aufstand im Oktober 1956 das volle Ausmaß der Distanz, ja des Widerspruchs zwischen seiner Philosophie und dem Dialektischen Materialismus wahrgenommen; erst danach hat er sich dann allerdings zu alttestamentarischer Schärfe seiner Kritik durchgerungen. Von Blochs Hauptwerk „Das Prinzip Hoffnung“ erschien der erste Band 1954, der zweite 1955, der dritte dann 1959. Wie später zu Recht von den mit der Bloch-Überwindung befaßten SED-Pro-

fessoren festgestellt wurde, war die Blochsche Philosophie unvereinbar mit der Philosophie des Dialektischen Materialismus, für die das Sowjetreich bereits das Reich der Freiheit, von dem Marx gesprochen hatte, bedeutete.

Für Bloch dagegen war die Weltgeschichte noch offen, unentschieden; es machte das Prinzip Hoffnung ja geradezu aus, daß das jeweils gegenwärtig Erreichte zugunsten einer in jedem Fall als besser „erträumten“ Zukunft entwertet, das kommunistische Endziel relativiert wurde: „Wir haben keine Zuversicht, wir haben nur Hoffnung“, sagt Bloch. Diese Hoffnung hat der Mensch, der in seinem Denken und Handeln nicht determiniert ist im Sinne eines Zwanges, Erfüllungsgehilfe der objektiven Gesetzmäßigkeit zu sein. Gewiß kann der „subjektive Faktor“ nach Bloch nicht blind, abstrakt übersteigert, spontaneistisch gegen vorliegende Gesetzmäßigkeit handeln, aber er ist fähig, die Bedingung für eine Gesetzmäßigkeit herzustellen. Insofern steht bei Bloch der Mensch im Zentrum seiner Philosophie, wie oft festgestellt worden ist. Um zu verstehen, welche Welten Blochs Denken von der zeitgleichen offiziellen Manier, Klassiker-Zitate oder -Plagiate für schöpferische Philosophie auszugeben, trennen, genügen z. B. die Lektüre von zwei Seiten aus dem Aufsatz von Bloch aus dem Jahre 1954 „Über Freiheit und objektive Gesetzlichkeit, im Prozeß gesehen“³⁾, wo der Gedankengang von Tacitus über die Bibel, die Bauernkriege, Augustinus, Kopernikus, die Glorious Revolution von 1688, Aristoteles, Heraklit, Leibniz, Hegel und Goethe zu Marx führt.

Bloch wurde später — wie einst Sokrates — vorgeworfen, die Jugend verführt zu haben. Gerhard Zwerenz, einer seiner Schüler, bestätigt in seinem autobiographischen Bericht den ungeheuren Einfluß, den Bloch auf seine Studenten und auch auf andere Hörer, unter ihnen eine Zeitlang der Sekretär im ZK der SED für ideologische Fragen, Kurt Hager, ausgeübt hat. Wolfgang Harich mochte recht haben, wenn er gelegentlich zu Zwerenz bemerkte, „der Hoffnungsphilosoph sei in der Analyse nicht stark“⁴⁾, aber Blochs Denken und der sprachliche Ausdruck dieses Denkens führte weit weg von dem herrschenden Vulgär-Marxismus und empiristischer Verarmung, führte „in das unbekannte Land jen-

²⁾ Bloch, Parteilichkeit S. 339 f. — Zur Literatur über Ernst Bloch siehe: Jürgen Rühle, Geist der Utopie. Ernst Bloch, in: Leopold Labedz (Hrsg.), Der Revisionismus, Köln 1965, S. 222—239; Eberhard Bahr, Ernst Bloch, Berlin 1974 (hier auch weitere kommentierte Literaturangaben sowie S. 92—94: Zeittafel, zusammengestellt von Karola Bloch); Hans Heinz Holz, Logos spermatikos. Ernst Blochs Philosophie der unfertigen Welt, Darmstadt, Neuwied 1975. — Oskar Negt, Erbschaft aus Ungleichzeitigkeit und das Problem der Propaganda, in: Ernst Bloch zum 90. Geburtstag: Es muß nicht immer Marmor sein, Berlin 1975.

³⁾ Ernst Bloch, Über Freiheit und objektive Gesetzlichkeit, im Prozeß gesehen (1954), in: Philosophische Aufsätze, S. 531—567.

⁴⁾ Vgl. Gerhard Zwerenz, Der Widerspruch. Autobiographischer Bericht, Frankfurt a. M. 1974, S. 77.

seits von Logik und immer schon Gewußtem" ⁵⁾).

Fast schon Akte offenen Widerstandes und Anstiftung zur Revolution bildeten zwei Reden Blochs im Jahre 1956. Sie kreisen um den Begriff der Freiheit und um die Erneuerung des Marxismus. Auf der Anfang März 1956 abgehaltenen Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften über „Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus“ fragt Bloch in seinem Referat „Freiheit, ihre Schichtung und ihr Verhältnis zur Wahrheit“ nach der Bedeutung der sogenannten gesellschaftlichen Objektivität und konstatiert: sie ist das Verhältnis von Menschen zu Menschen und zur Natur, mithin ohne starken Prozentsatz subjektiven Faktors überhaupt nicht vorhanden. Entsprechend hat nach Bloch von Haus aus die Freiheit einen subjektiv-intensiven Charakter. Freiheit ist deshalb der Modus des menschlichen Verhaltens gegenüber objektiv-real Möglichem. Freiheit ist nur möglich, indem sie in der partiellen, noch ungeschlossenen Bedingtheit, in den noch währenden objektiv-realen Möglichkeiten der Welt ein ontologisches Korrelat hat. Ohne diese Bedingtheit gäbe es kein Vorhersehen der Folgen einer Freiheitsaktion, keine Freiheit mit Vernunft. Aber diese Bedingtheit ist erst eine partielle, also keine mit mechanischer Notwendigkeit überall zu Ende determinierte ⁶⁾. Seine Rede schließt Bloch mit folgenden Worten:

„Die Praxis der Wahrheit ist der Sozialismus der Freiheit, die Theorie der Freiheit ist der Marxismus der Wahrheit. Je breiter das endlich begriffen und erfahren wird, je unvermeidlicher die Decke über den Augen verschwindet, desto freundlicher könnte sich auch die immense Freundlichkeit des Marxismus durchsetzen; desto eher wird Tag.“ ⁷⁾

Die zweite große Rede des Jahres 1956 „Hegel und die Gewalt des Systems“ hält Bloch an der Humboldt-Universität zum 125. Todestag Hegels. Hier vertieft er seinen Angriff auf die — wie er sie nennt — Patrone des Vulgär-Materialismus und Vulgär-Marxismus, auf die „Murxisten“, wie Brecht sie genannt hatte, die fürchten, daß Marx verkleinert würde, wenn Hegel groß bliebe. Bloch erinnert:

⁵⁾ Ebenda, S. 78.

⁶⁾ Ernst Bloch, Freiheit, ihre Schichtung und ihr Verhältnis zur Wahrheit (1956), in: Philosophische Aufsätze, S. 573—598, vgl. bes. S. 580, 584, 586.

⁷⁾ Ebenda, S. 598.

„Ohne Hegel gäbe es keinen Marx, sowie es ohne Marx wiederum keinen Blick auf Hegel, kein Philosophieren vom Rang Hegels je geben kann“ ⁸⁾; er feiert Hegel: „Und so neigen wir uns tief vor Hegel, ohne den Kultur nicht gedacht werden kann.“ ⁹⁾ Er fordert eine „Erfrischungsepoche des Marxismus“:

„Dergestalt daß wieder Welt in ihrer Fülle und zentralen Tiefe abzubilden versucht wird, nicht aber ein Stilleben aus vier bis fünf Lesefrüchten oder eine Schulmeisterei aus Sekte und vorwissenschaftlichem Katechismus. Uns helfen keine roten Oberlehrer fern vom Leben, keine Papier-Ästhetik fern von Kunst, kein Philosophieren fern von Philosophie.“ ¹⁰⁾

Bloch fordert die Befreiung „von der Not der schlechten, mindestens unzureichenden Einteilung unseres Stoffes in a) dialektischen, b) historischen Materialismus, wie bei einem Schulaufsatz“ ¹¹⁾; er verlangt, daß die Schmalspur von „Histomat“ und „Diamat“ aufgegeben und Raum geschaffen wird für eine marxistische Anthropologie, Ethik und Ästhetik, „um von einer — nicht nur aus Negationen, Unkenntnissen und Weglassungen bestehenden — Religionsphilosophie (allein schon im Ernstnehmen Feuerbachs) zu schweigen.“ ¹²⁾

Ernst Bloch hielt seine Hegel-Rede am 14. November 1956 — mitten in den Tagen der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes durch sowjetische Truppen; 15 Tage später, am 29. November 1956, wird Wolfgang Harich verhaftet.

Wolfgang Harich

Wolfgang Harich wurde 1923 in Königsberg als Sohn des Schriftstellers Walter Harich und dessen zweiter Frau Annelies, Tochter des Herausgebers der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“, Alexander Wyneken, geboren. Harichs Vater starb 1931; nach dem Abitur nahm Harich in Berlin das Studium der Philosophie auf. Es gelang ihm, sich bis 1943 dem Wehrdienst zu entziehen; 1943 dann doch noch eingezogen, konnte er dem Einsatz an der Front entgehen, bis er sich im Januar 1945 illegal von der Truppe entfernte. In den

⁸⁾ Ernst Bloch, Hegel und die Gewalt des Systems (1956), in: Philosophische Aufsätze, S. 481—500, Zitat S. 482.

⁹⁾ Ebenda, S. 500.

¹⁰⁾ Ebenda, S. 495.

¹¹⁾ Ebenda, S. 497.

¹²⁾ Ebenda, S. 498.

Kriegsjahren beteiligte er sich gemeinsam mit einer Gruppe von jungen Freunden und Bekannten (unter ihnen Rudolf Augstein) an Widerstandstätigkeiten. 1945 begann er zunächst als Mitarbeiter der von der französischen Besatzungsmacht lizenzierten Berliner Abendzeitung „Der Kurier“. 1946 wechselte er zur sowjetamtlichen „Täglichen Rundschau“. 1948 erhielt er dann einen Lehrauftrag als Dozent, 1949 als Professor für Gesellschaftswissenschaften und Geschichte der Philosophie an der Humboldt-Universität Berlin, später wurde er auch Cheflektor des Aufbau-Verlages. Als 1950 im Zusammenhang mit den Säuberungen in der SED seine ebenfalls in der Partei politisch aktive Halbschwester aus der ersten Ehe seines Vaters, die Lyrikerin und Redakteurin an der (Ost-)„Berliner Zeitung“ Susanne Kerckhoff, sich das Leben nimmt, ändert sich an Harichs Einstellung zunächst nichts; erst nach dem 17. Juni 1953 beginnt er das Ulbricht-Regime zu kritisieren.

Harich war kein Schüler Ernst Blochs; als seinen Lehrmeister bezeichnete er Georg Lukács, und seine literatur- und philosophiegeschichtlichen Studien sind stark von Lukács geprägt. Mit Lukács teilte er die Auffassung, daß es scheinbar paradoxerweise den revolutionär Gesinnten aufgegeben sei, der Zerfahrenheit der bürgerlichen Geisteswissenschaft „einen neuen Sinn für Kontinuität, für die Bewahrung und Fortentwicklung des Wertvollen entgegenzusetzen“¹³⁾. Obwohl mit Bloch befreundet, kritisiert er ihn zum Teil sehr scharf als analytisch unklar und erkenntnistheoretisch nicht nur von Hegel, sondern auch von Heidegger abhängig; aber mit Bloch eint ihn die Kritik an der mechanistischen Vulgär-Dialektik und der Kampf gegen die Unkenntnis der Marx vorangehenden idealistischen Philosophie und der Momente ihrer Durchbrechung: bei Kant in der Grenzziehung zwischen Glauben und Wissen, beim alten Lessing in dessen pantheistischem Bekenntnis, bei Fichte, Schelling und selbst Hegel und dann in Feuerbachs „realem Humanismus“. Wer von den Differenzierungen im Lager der bürgerlichen Philosophie keine Notiz nehme, so heißt es in dem Aufsatz „Über Ludwig Feuerbach“, „... fällt unweigerlich einem tristen Sektierertum anheim, macht das

marxistisch anzutretende Erbe ärmer, als es in Wirklichkeit ist.“¹⁴⁾

Harich bringt in dieses Erbe Kants Lösung des Problems der Willensfreiheit ein: der Mensch ist bei Kant nicht bloßes Naturwesen, abhängig von seinen Trieben und Instinkten, sondern frei in dem Sinne, „daß sein Wollen auch durch nicht-natürliche, nicht unter mechanische Kausalität subsumierbare Triebfedern“ — eben durch „das Rationelle“ — bestimmt sein könne¹⁵⁾. Im Anschluß an diese Interpretation Kants skizziert Harich die Grundzüge einer marxistischen Anthropologie, wobei er ganz offensichtlich Gedanken aus der Kulturanthropologie Arnold Gehlens übernimmt. Bei der Beantwortung der Frage, wie denn diese spezifisch menschliche, qualitativ höhere Antriebsstruktur zu erklären sei, greift Harich wieder die Marxsche Kategorie der Arbeit auf:

„Zu der neuen Qualität des Menschen gehört eine qualitativ neue, vom tierischen Instinkt leben unterschiedene, spezifisch menschliche Antriebsstruktur, von der Kant jedenfalls soviel gesehen hat, daß sie nicht rein biologisch determiniert ist. Die Aktionen des Menschen sind also nicht triebhaft festgelegt, und das heißt: sie sind frei auch gerade im Sinne der Willensfreiheit. Diese Willensfreiheit bedeutet freilich nicht Undeterminiertheit, sondern sie setzt, im Gegenteil, einen unabsehbaren Reichtum möglicher Motive voraus, die ausnahmslos determinieren und ihrerseits determiniert sind. (...) Wenn wir nun fragen, wie diese spezifisch menschliche Antriebsstruktur zu erklären ist, so lautet die Antwort: sie ist nicht naturgegeben, sondern ist im historischen Prozeß der Menschwerdung und der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft tätig erworben worden — durch die Arbeit.“¹⁶⁾

Durch die Arbeit gelangt der Mensch zur Beherrschung der von ihm erkannten Naturgesetze im Sinne der Freiheit aus Einsicht in die Notwendigkeit. Durch die Arbeit verändert aber der Mensch nicht bloß die äußere, sich ihm entgegenstellende Natur, sondern auch sich selber, seine eigene Natur und schafft sich jenen Antriebsüberschuß, der Willens-

¹³⁾ Wolfgang Harich, Brief an Georg Lukács, in: Georg Lukács zum 70. Geburtstag, Berlin 1955, S. 79—86, Zitat S. 85.

¹⁴⁾ Wolfgang Harich, Über Ludwig Feuerbach, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 2. Jg. 1954, H. 2, S. 279—287, Zitat S. 283.

¹⁵⁾ Wolfgang Harich, Das Rationelle in Kants Konzeption der Freiheit, in: Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus. Protokoll der Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 8.—10. 3. 1956, Berlin 1956, S. 65—75, Zitat S. 71.

¹⁶⁾ Ebenda, S. 73.

freiheit — frei sein vom Zwang und Druck der Naturtriebe — bedeutet:

„Mit der Arbeit hat der Mensch sein spezifisch menschliches Erkenntnisvermögen und zugleich auch — im selben Zuge — die spezifisch menschliche Struktur seines Antriebslebens, die variable Mannigfaltigkeit seiner möglichen inneren Motive geschaffen. Arbeit ist nämlich immer auch ein Hintanstellen, ein Vertagen unmittelbarer Bedürfnisse und mithin ein ständiges Überwinden der tierischen Trieb- und Instinktgebundenheit des Verhaltens.“¹⁷⁾

Zwar hat Harich nicht (und Bloch nur gelegentlich) die Konfrontation des Dialektischen Materialismus mit den modernen Naturwissenschaften aufgenommen; dies begann erst nach 1956 Robert Havemann; insofern hat sich Harich auf eine Teilkritik beschränkt. Aber Harich und seine Freunde waren in ihrer Kritik insofern radikal und absolut, als sie philosophisches Denken und konkretes politisches Handeln als eine notwendige Einheit begriffen. Mag Harich bei dem Versuch, die Forderungen der Opposition politisch durchzusetzen, dilettantisch oder romantisch oder eingebildet in sein eigenes Vermögen vorgegangen sein (wie ihm immer wieder vorgeworfen wird — wohl mit einigem Recht): die Situation war so ungünstig nicht nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Da gab es im Frühsommer den Aufstand in Posen, da gab es Anzeichen dafür, daß auch in der Arbeiterschaft der DDR die Bereitschaft zu politischer Opposition wuchs, daß die Ulbricht-Gruppe irritiert war und daß in den Parteiorganisationen die Stalinisten laufend beträchtliche Niederlagen erlitten; die Erinnerungen und Orientierungen an die Zeiten des vorstalinistischen Kommunismus nahmen offenbar zu.

In dieser Situation formulierten Harich und seine Freunde, unter ihnen der Altkommunist und Spanienkämpfer, nun Leiter des Aufbau-Verlages, Walter Janka, und der Chefredakteur des „Sonntag“, Gustav Just, die „politische Plattform über den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“. Die Plattform beginnt mit der Frage: „Wer sind wir?“ Die Antwort lautet: „Wir sind eine Gruppe von SED-Funktionären“, die vom XX. Parteitag der KPdSU gelernt haben und aus Kontakten mit ausländischen Genossen, vor allem mit Georg Lukács; auch der im gleichen Jahr verstorbene Bertolt Brecht wird als Sympathisant

genannt. Bekräftigt wird, daß man keinen Bruch mit der SED wolle: „Wir wollen nicht mit dem Marxismus-Leninismus brechen; aber wir wollen ihn vom Stalinismus und vom Dogmatismus befreien und auf seine humanistischen und undogmatischen Gedankengänge zurückführen“. Und dies alles werde man vollkommen legal diskutieren und verwirklichen, solange die stalinistische SED-Führung dies nicht verhindere; in diesem Falle gelte dann das Vorbild Karl Liebknechts „der 1914 und 1918 die Parteidisziplin brach, um die Partei zu retten“.

Die theoretisch-ideologische Konzeption der Plattform ist gekennzeichnet durch die Ansicht, „daß der Kapitalismus in Westeuropa seinem Ende zugeht und historisch überlebt ist. Wir sind der Ansicht, daß der Sieg des Sozialismus in Westeuropa unvermeidlich ist. Wir glauben aber nicht, daß der Sieg des Sozialismus in Westeuropa durch eine Revolution herbeigeführt werden muß. Wir glauben, daß der westeuropäische Sozialismus den Kapitalismus in friedlicher Weise ablösen wird.“¹⁸⁾ In Westdeutschland könne der Sozialismus nur durch die SPD verwirklicht werden, die im Gegensatz zu den völlig einflußlos gewordenen Kommunisten die Einheit der Arbeiterklasse in einer Partei verwirklicht habe. Ideologisch und auch politisch sei zwar viel gegen die SPD einzuwenden, aber im zentralen Punkt der Wiedervereinigung stimme man mit ihr überein. In einem wiedervereinigten Deutschland werde dann der Sozialismus durch eine neue sozialistische Partei der deutschen Arbeiterklasse, hervorgegangen aus der Verschmelzung der SPD mit einer reformierten, entstalinisierten SED, getragen werden. Der „sowjetische Sozialismus“ in seiner gegenwärtigen Form wird als nicht mehr vorbildlich angesehen, denn er ist „in seiner heutigen Form zu einem Hemmnis für eine weitere sozialistische Entwicklung der UdSSR geworden“. Vielmehr gilt Polen als beispielhaft: Der Widerstand gegen die Vorkherrschaft der UdSSR ist „Ausdruck des revolutionären Klassenkampfes der Volksmassen gegenüber dem stalinistischen Partei- und Re-

¹⁸⁾ Die politische Plattform Harichs und seiner Freunde, abgedruckt a) in: SBZ-Archiv Jg. 1957, H. 5/6, S. 72—74, b) in: Der deutsche Kommunismus. Dokumente, herausgegeben und kommentiert von Hermann Weber, Köln 1963, S. 598—603 (gekürzt), c) in: Günther Hillmann (Hrsg.), Selbstkritik des Kommunismus, Reinbek 1967, S. 189—197, d) in: Udo Bermbach, Franz Nuscheler (Hrsg.), Sozialistischer Pluralismus, Hamburg 1973, S. 227—236. Zitiert wird nach c); hier: Plattform S. 191.

¹⁷⁾ Ebenda, S. 74.

gierungsapparat und seinen Methoden" ¹⁹⁾. Das vorgeschlagene Reformprogramm für die SED steht unter der Devise:

„Wir wollen die Partei von innen reformieren. Wir wollen auf den Positionen des Marxismus-Leninismus bleiben. Wir wollen aber weg vom Stalinismus. Daraus ergibt sich für die Theorie des Marxismus-Leninismus: Sie muß ergänzt und erweitert werden durch die Erkenntnisse *Trotzkis* und vor allen Dingen durch die *Bucharins*; sie muß ergänzt und erweitert werden durch die Erkenntnisse *Rosa Luxemburgs* und teilweise auch durch die *Karl Kautskys*. Ferner müssen wir das Wertvolle aus den Erkenntnissen *Fritz Sternbergs* und anderer sozialdemokratischer Theoretiker in die Theorie des Marxismus-Leninismus übernehmen. Wir müssen die jugoslawischen Erfahrungen und Erkenntnisse in die Theorie des Marxismus-Leninismus mit aufnehmen und das Neue aus den theoretischen Diskussionen in den Ländern *Polen* und *China*, wobei besonders der VIII. Parteitag der chinesischen KP von besonderer Bedeutung ist. Organisatorisch ergeben sich für unsere Partei folgende Maßnahmen: Die Herrschaft des Parteiapparates über die Mitglieder muß radikal gebrochen werden. Der demokratische Zentralismus muß nach den Prinzipien von *Marx*, *Engels* und *Lenin* in der Praxis unserer Partei wiederhergestellt werden. Die Stalinisten müssen aus der Partei ausgeschlossen werden.“ ²⁰⁾

Für die DDR wird folgendes Reformprogramm vorgesehen: Erhöhung der Konsumgüterproduktion; Gewinnbeteiligung der Arbeiter in den sozialisierten Betrieben; Einführung von Arbeiterräten; Förderung der mittelständischen privaten Industrie; Beendigung der Zwangskollektivierung und Entwicklung eines „gesunden Klein- und Mittelbauerntums“; Wiederherstellung der völligen Geistesfreiheit; Schaffung eines parlamentarischen Regierungssystems, an dessen Spitze die Vertreter der reformierten SED stehen; Entwicklung einer Außenpolitik der völligen Unabhängigkeit und Gleichberechtigung aller Mitglieder des sozialistischen Lagers. Die Schlußsätze lauten:

„Wenn uns jedoch die Reformierung der SED auf der Grundlage der vorliegenden Plattform von innen her gelingt, dann wird es keinen zweiten Volksaufstand in der DDR geben. Das verpflichtet uns, alle unsere Kräfte einzuset-

zen, um die Partei von den Stalinisten zu säubern und durch eine veränderte Politik das Vertrauen der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes wiederzugewinnen.“ ²¹⁾

Harichs Position (und die seiner Freunde) ist unzweifelhaft eine immanent reformkommunistische: wiederaufgenommen wird die These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus unter direkter Bezugnahme auf Verwirklichungen oder doch Verwirklichungsversuche des je besonderen nationalen Weges zum Sozialismus in anderen kommunistischen Ländern; die Mittel zur Durchsetzung der vorgesehenen Reformen sind die traditionell-autoritären und ganz und gar nicht von der demokratisch-sozialistischen Qualität, wie sie später in der ČSSR, ja zeitgleich in Ansätzen in Polen und Ungarn anzutreffen ist.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß ein pragmatisch-reformistischer Zug in der Plattform unverkennbar sei, so z. B. wenn der Gedanke an ein Zweckbündnis mit der SPD zur Schaffung der deutschen Einheit aufgenommen wird oder theoretische Bezugspunkte unterschiedlicher Herkunft gewählt werden ²²⁾. Abgesehen davon, daß besser von einem taktisch-pragmatischen Zug zu sprechen wäre und darauf hinzuweisen ist, daß Ulbricht in seiner Deutschland-Politik in den Jahren 1958—1961 nicht unähnlich dem verfahren ist, was die Plattform vorschlägt, auch die theoretischen Bezugspunkte schließen sich keineswegs aus. Rosa Luxemburg und Bucharin waren zwar Kontrahenten bei der theoretischen Erklärung des Imperialismus, nicht aber in ihren Auffassungen, wie der Übergang zum Sozialismus sich vollziehen sollte, nämlich nicht terroristisch und nicht gegen den Willen derjenigen, die die Transformation durchführen sollten; und Fritz Sternberg, der in der Plattform etwas schiefer als sozialdemokratischer Theoretiker bezeichnet wird, wird wohl vor allem deshalb erwähnt, weil er mit seinem Buch „Marx und die Gegenwart“ (1955) zum Analytiker der Sowjetgesellschaft als einer nicht-sozialistischen geworden war. Entscheidend für die Bewertung und Einordnung der Position Harichs ist jedoch das, was Rudolf Augstein zeitgleich bemerkte: „Harich

¹⁹⁾ Plattform, S. 197.

²²⁾ Vgl. Melvin Croan, Die Intellektuellen in der SBZ während der fünfziger Jahre, in: Leopold Labedz (Hrsg.), Der Revisionismus, Köln 1965, S. 357—379, s. S. 367; Peter Christian Ludz, Freiheitsphilosophie oder aufgeklärter Dogmatismus? (1964), in: Ludz, Ideologiebegriff und marxistische Theorie, Opladen 1976, S. 266—303, s. S. 269.

¹⁹⁾ Plattform, S. 192 f.

²⁰⁾ Plattform, S. 194.

wollte den Sieg des Sozialismus für ganz Deutschland sicherstellen, indem er dem Regime der Sowjetzone die Rolle eines Wegbereiters der deutschen Einheit zuweisen wollte. Pankow sollte sich an die Spitze des geschichtlichen Fortschritts setzen, das war Harichs marxistisch korrekte Idee. Angesichts der Person Walter Ulbrichts mag das eine reichlich verstiegene Idee sein, eine Idee mit wenig Anziehungskraft in Ost und West — aber war es Verrat? Nenn' es Verrat! Im Bürgerkrieg gibt es nur mehr Verrat." ^{22a)}

Harich, der im Mai/Juni 1956 nach Polen gereist war, suchte Kontakte zu anderen Regime-Gegnern, die inzwischen politisch ausgeschaltet worden waren: zu Paul Merker und Franz Dahlem; er führte Ende Oktober 1956 Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter Puschkin und Anfang November mit Ulbricht; er nahm Verbindungen zu SPD-Kreisen in West-Berlin auf; er reiste Ende November über Polen nach Hamburg, um mit den Herausgebern bzw. Chefredakteuren von „Constanze“, „Der Spiegel“ und „Die andere Zeitung“ die Propagierung der Ziele der Gruppe von Westdeutschland aus zu besprechen. Nach seiner Rückkehr in die DDR wurde er am 29. November 1956 verhaftet, seine Freunde ebenfalls. Drei Monate nach seiner Verhaftung, Anfang März 1957, findet der Prozeß gegen Harich und einige seiner Freunde statt (ein zweiter Prozeß folgt im Juli 1957); alle Angeklagten werden zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, Harich selbst zu zehn Jahren.

Ernst Bloch entging der Verhaftung nur knapp; er wurde jedoch Ende März 1957 zwangsweise emeritiert, durfte weder lehren noch publizieren und auch sein Institut nicht mehr betreten. 1958 muß Bloch im „Neuen Deutschland“ deklarieren, daß er auf dem Boden der DDR stehe; zu einer Distanzierung von seinen Schülern kann er nicht bewegt werden. Einige Schüler Blochs wurden ange-

klagt und verurteilt, so Günter Zehm, der den Entwurf einer marxistischen Anthropologie vorgelegt hatte, zu vier Jahren Zuchthaus; andere fliehen, sofort wie Richard Lorenz, oder später nach manifester persönlicher Bedrohung wie Gerhard Zwerenz.

Die „Abrechnung“ mit Bloch und Harich

Im Januar 1957 — also noch vor Beginn des Prozesses gegen Harich — tagte das 30. Plenum des ZK der SED. Ulbrichts Rede setzte die Zeichen für den künftigen Kurs der Parteiführung in philosophischen und ideologischen Fragen. Als „Revisionismus“ wurden alle Reformbestrebungen deklariert, die nicht in den Führungsgremien der Partei beschlossen wurden. Die Erklärung für das Auftreten des Revisionismus in der SED wurde in der Behauptung gefunden, „daß einige Genossen wenig mit dem Aufbau des Sozialismus verbunden sind und die Reste der bürgerlichen Ideologie noch nicht überwunden haben. Sie erschrecken vor den Schwierigkeiten des Kampfes um die Stärkung der Arbeiter- und Bauern-Macht, weil sie die Probleme des Übergangs zum Sozialismus und die Widersprüche, die es in dieser Zeit gibt, noch nicht verstehen.“ ²³⁾ Die Parteiorganisationen werden deshalb aufgerufen, d. h. angewiesen, „sich mehr mit den Lehren von Marx und Engels und ihrem Kampf gegen den Revisionismus (zu) beschäftigen und auch die Arbeiten von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegen den Revisionismus aus(zu)werten“ ²⁴⁾. Die Stärke der Partei und des Regimes wurde darin bestätigt gesehen, „daß die westlichen Agenturen niemand anders als einen Wolfgang Harich und eine kleine Gruppe für ihre konterrevolutionären Zwecke gefunden haben“ ²⁵⁾. Schließlich wurde allen zukünftigen möglichen oder noch verborgen gebliebenen Abweichungen mit der Wachsamkeit der Staatsorgane gedroht.

Mit dieser Rede wurde die Konsolidierungsphase des Ulbricht-Regimes eingeleitet, die erst in den ersten Monaten des Jahres 1958 abgeschlossen wurde. Der innerparteiliche gegen Ulbricht eingestellte Führungskern wurde aus Partei und staatlichen Ämtern ausge-

^{22a)} Rudolf Augstein, Lieber Spiegelleser, in: Der Spiegel vom 20. 3. 1957, S. 10. — Über die Aktivitäten der Harich-Gruppe vgl. auch: „Schlag ins Genick“, in: Der Spiegel vom 19. 12. 1956, S. 13—24; Manfred Hertwig, Deformationen. Die Rebellion der Intellektuellen in der DDR, in: Reinhard Crusius, Manfred Wilke (Hrsg.), Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt a. M. 1977, S. 477—484. — Über die Prozesse gegen die Gruppe vgl. Heinz Zöger, Die Hintergründe der Harich-Prozesse, in: SBZ-Archiv Jg. 1960, H. 12, S. 198—200. — Hertwig, Redaktionssekretär der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“, und Zöger, einer der Chefredakteure des „Sonntag“, gehörten zur Harich-Gruppe.

²³⁾ Walter Ulbricht, Zu einigen Erscheinungen des Revisionismus. Rede auf dem 30. Plenum des ZK der SED am 30. 1. 1957, in: Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen Bd. 6, Berlin 1962, S. 267—356, Zitat 338.

²⁴⁾ Ebenda, S. 339.

²⁵⁾ Ebenda, S. 339 ff.

geschlossen: Karl Schirdewan, Fred Oelßner, Ernst Wollweber, Fritz Selbmann; anderen gelang durch öffentliche Selbstkritik der Anschluß an den neuen Kurs: Kurt Hager, Paul Wandel, Johannes R. Becher, Alexander Abusch, Willi Bredel. Übrigens wurde im Jahre 1957 auch stillschweigend der sowjetische Botschafter Puschkin abgelöst. Bereits im Dezember 1956 eröffnete Rugard Otto Gropp, ein früherer Schüler von Bloch, mit einem Aufsatz im „Neuen Deutschland“ die Anti-Bloch-Kampagne. Im Jahre 1957 erschien dann ein Band mit Aufsätzen über „Ernst Blochs Revision des Marxismus“. Außerdem wurde von Hermann Ley und Kurt Hager in der theoretischen Zeitschrift der SED „Einheit“ nochmals Stellung genommen. Blochs Philosophie wurde in die Nähe des Existentialismus Heideggers und Jaspers' gerückt. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er die marxistische Dialektik entstelle und die marxistische Widerspiegelungstheorie ablehne. Seine zwiespältige Haltung zwischen Kapitalismus und proletarischem Sozialismus habe Bloch „in die Richtung des Sozialdemokratismus gedrängt“. Wie von Ulbricht vorgegeben, wird Blochs Anziehungskraft auf Studenten und Intellektuelle überhaupt damit erklärt, daß es sich dabei um Leute handle, „die keine genügenden marxistischen Kenntnisse und politische Erfahrungen besitzen und sich der gesellschaftlichen Praxis entfremdet haben“²⁶⁾.

Blochs Philosophie werden dann die Axiome des Marxismus-Leninismus entgegengestellt und vor allem die Gültigkeit der Widerspiegelungstheorie bestätigt. Die Frage nach der Verlebendigung des Erbes der marxistischen Philosophie stellt sich dabei nicht, im Gegenteil: „Selbst ein kleiner Schatz Kenntnisse des Marxismus-Leninismus hilft mehr im Kampf gegen den antihumanistischen Imperialismus als Wortgepränge, das seinen Inhalt aus längst überholter Philosophie bezieht.“²⁷⁾ Damit war auch umgekehrt klargestellt, daß „jedes Schwanken im Klassenkampf... an der theoretischen Front das Eindringen noch vorhandener, aber bereits historisch überholter Elemente der bürgerlichen Ideologie zur Folge“ hat²⁸⁾. Eben dieser Vorwurf wurde Bloch gemacht, deshalb war er ein Revisionist, denn:

²⁶⁾ Rugard Otto Gropp, Blochs Hoffnungsphilosophie, eine Welterlösungslehre, in: Ernst Blochs Revision des Marxismus, Berlin 1957, S. 45.

²⁷⁾ Hermann Ley, Ernst Bloch und das Hegelsche System, in: Einheit 12. Jg. 1957, H. 3, S. 327–335, Zitat S. 335.

²⁸⁾ Ley, ebenda, S. 331.

„Revisionismus bedeutet das Eindringen bürgerlicher Ideologie in den Marxismus. Revisionisten sind keine Marxisten. Sie sind es selbst dann nicht, wenn sie Bruchstücke marxistischer Theorie aus dem Zusammenhang gerissen vortragen. Die Philosophie Blochs nun nährt sich aus vielen Quellen, die sich vorwiegend auf idealistischem Gebiet finden.“²⁹⁾ So ergibt sich als „ein typisches philosophisches Charakteristikum des Revisionismus eine Übersteigerung des subjektiven Faktors gegenüber dem objektiven, die immer zum schließlichen Primat des Subjektiven gegenüber dem Objektiven führen muß“³⁰⁾.

Aber selbst den schärfsten Gegnern Blochs fiel es schwer, diesen einfach als kruden „Revisionisten“ zu kennzeichnen. Kurt Hager, der Verantwortliche im ZK der SED für ideologische Fragen, versuchte denn auch, eine gewisse Rangfolge für die Einordnung in den Revisionismus einzuhalten. Als qualitativ höchste Stufe galt der Revisionismus Max Adlers und ihm verwandt der Blochs. Es folgen darunterstehend die alten Revisionisten der II. Internationale wie Bernstein und seine Anhänger; sie haben immerhin mit Adler und Bloch gemeinsam, daß sie noch eine Ahnung davon hatten, was der Marxismus ist und was Marx geschrieben hat: „Sie gaben sich zumindestens noch den Anschein, Marxisten bleiben zu wollen.“ Von ihnen zu unterscheiden sind die zeitgenössischen „sozialdemokratischen Opportunisten“, die heutigen „Rechtssozialisten“, die Vertreter des Sozialdemokratismus, die als logische Fortführer des Revisionismus den Marxismus nicht mehr ergänzen wollen, sondern ihn bekämpfen^{30a)}.

²⁹⁾ Hermann Ley, Zu einigen Fragen der Philosophie Ernst Blochs, in: Blochs Revision, S. 105.

³⁰⁾ Gottfried Handel, Marxismus und Revisionismus. Über Freiheit und objektive soziale Gesetzmäßigkeit, in: Blochs Revision S. 135.

^{30a)} Kurt Hager, Wesen und Konsequenzen des philosophischen Revisionismus, in: Einheit 12. Jg. 1957, H. 4, S. 434–447. Die ideologische Bereinigungskampagne betraf 1957/58 vor allem die Philosophie, aber auch andere geisteswissenschaftliche Disziplinen. Ein Beispiel ist der Versuch des namhaften DDR-Historikers Joachim Streisand, Blochs „Prinzip Hoffnung“ für die Geschichtswissenschaft fruchtbar zu machen, und der spätere Widerruf nach einem Angriff in der „Einheit“, in den auch Jürgen Kuczynski hineingezogen wurde. Vgl. Joachim Streisand, Kategorien und Perspektiven der Geschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4. Jg. 1956, H. 5; Ernst Hoffmann, Über Tendenzen, die den weiteren Fortschritt unserer Geschichtswissenschaft hemmen, in: Einheit 12. Jg. 1957, H. 9; Joachim Streisand, Brief an die Redaktion der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, in: ebenda 6. Jg.

Nachdem die intellektuelle Säuberungsarbeit geleistet war, erneuerte wiederum Ulbricht in einer Rede im April 1958 die Bedingung für die Mitwirkung der Intellektuellen beim „Aufbau des Sozialismus“: die Anerkennung

der materialistischen Dialektik als der Wissenschaft von den allgemeinen Gesetzen der Entwicklung der Natur, der Gesellschaft und unseres Denkens^{30b)}.

II. Bloch und Harich — Zwanzig Jahre danach

Ernst Blochs Hoffnung auf dem krummen Weg der Revolution

Ernst Bloch entschließt sich im August 1961, kurz nach dem Mauerbau, von einer Reise nach Bayreuth zu Wieland Wagner nicht mehr in die DDR zurückzukehren. Mit 76 Jahren findet er in Tübingen, zuerst als Gastprofessor, bald darauf als ordentlicher Professor, einen neuen Lebens- und Wirkungsraum. Bloch hatte sich in der DDR seit 1957 mit der Alternativ-Frage herumgeschlagen: „Hat sich der Marxismus oder vieles oder das meiste oder einiges — das muß immer untersucht werden — im Marxismus bis zur Kenntlichkeit oder nur bis zur Unkenntlichkeit verändert?“³¹⁾ Damit war gemeint: Hat der Kommunismus in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Ländern nur den wahren Kern des Marxismus bis zur Unkenntlichkeit verborgen oder war das, was er geworden ist, von Anfang an in ihm enthalten: ist er also endlich historisch kenntlich geworden? Bloch war nun bereit, sich und denen, die wie er optierten, einzuräumen: „Und es liegt auf der Hand, daß diejenigen, die jetzt über die Mauer springen von Ost- nach West-Berlin tatsächlich einen Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit vollziehen.“³²⁾ Diese Aussage darf nicht so verstanden werden, als ob Bloch nun dem Kapitalismus zugestehen wollte, er wäre das „Reich der Freiheit“. Erst wo der „wahre Sozialismus“ ist, wird das „Reich der Freiheit“ sein:

„Keine Demokratie ohne Sozialismus — aber auch kein Sozialismus ohne Demokratie. Was

bedeutet, der Sozialismus hat noch nicht einmal angefangen. Man kann also in diesem strengeren Sinne gar nicht enttäuscht werden, obwohl wir uns nicht drücken wollen. Aber es ließe sich sagen: Hat noch gar nicht angefangen! Wir haben einen sozialistisch sich gebenden Staatskapitalismus in der Sowjetunion.“³³⁾

Bloch fand sich allerdings irritiert, daß es im Westen, besonders in der Bundesrepublik Deutschland, wo der krumme Weg der Revolution nun weitergeführt werden mußte, keinen „soziologischen Ort der Revolution“, keine „unzufriedene Klasse“ gab. So beklagte er noch 1975³⁴⁾ die „rätselhafte Stumpfheit und Ahnungslosigkeit im Proletariat“, nachdem der Ersatz für die Proleten, „die Jugend“, auf die Bloch 1968 sogleich gesetzt hatte³⁵⁾, die Hoffnungen auf ein exemplarisches Bewußtsein nicht erfüllt hatte. Skeptisch und verständnislos gegenüber der „gegenwärtigen Sozialdemokratie“ scheinen inzwischen seine Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des sozialistischen Gedankens wieder nach Osten gerichtet, auf die Zeit, „wenn das Krankheitsbild des Sozialismus in vielen Gegenden, Teilen und Amtsräumen des Ostens verschwindet“³⁶⁾. Denn Blochs Überzeugung ist nicht erschüttert, „daß ein wahrer Sozialismus, trotz russischer und benachbarter Entartungen, in der Zukunft möglich ist... In diesem Sinne steht meine Philosophie unter dem revolutionären Stern“.³⁷⁾

Daß es eine Kontinuität hoffnungsvollen humanen revolutionären Denkens gibt — wie

³³⁾ Ebenda, S. 24 f.

³⁴⁾ Das kostümierte Böse. Ein Gespräch mit Ernst Bloch, geführt von Adelbert Reif, in: Die Zeit vom 4. 7. 1975.

³⁵⁾ Vgl. Heiterkeit in die Revolution bringen. Aus dem Protokoll einer Diskussion mit Ernst Bloch und Rudi Dutschke in Bad Boll, in: Der Spiegel vom 4. 3. 1968, S. 38—57, Zitat S. 39. — Vgl. auch Ernst Bloch, Marx, aufrechter Gang, konkrete Utopie (1968), in: Bloch, Über Karl Marx. Frankfurt a. M. 1968, 1973⁴⁾.

³⁶⁾ Vgl. Bloch, Das kostümierte Böse.

³⁷⁾ Vgl. Butzbacher Autorenbefragung, zit. bei Gerhard Zwerenz, Der Widerspruch. Autobiographischer Bericht, Frankfurt a. M. 1974, S. 245.

1958, H. 1. — Einen Überblick über die Sowjetisierung der Philosophie in der DDR 1945—1966 gibt: J. Wolfgang Görlich, Geist und Macht in der DDR. Die Integration der kommunistischen Ideologie, Olten, Freiburg 1968.

^{30b)} Vgl. Walter Ulbricht, Über Fragen der sozialistischen Bewußtseinsbildung, 24. 1. 1958, in: Ulbricht: Geschichte Bd. 7, Berlin 1967, S. 200—243.

³¹⁾ Ernst Bloch, Hoffnung mit Tränenflor. Ein Gespräch mit Jürgen Rühle am 23. 11. 1964, in: Rainer Traub, Harald Wieser (Hrsg.), Gespräche mit Ernst Bloch, Frankfurt a. M. 1975, S. 21.

³²⁾ Ebenda.

immer man das Weglassen der Realität des gegenwärtigen Augenblicks in diesem Denken auch bewerten mag —, muß gerade angesichts des Weges einiger Mitstreiter Blochs im Jahre 1956 unterstrichen werden. Günter Zehm ging nach der Entlassung aus dem Zuchthaus in die Bundesrepublik, wurde Redakteur bei der „Welt“ und gehört seither zu den Protagonisten des neuen Konservatismus. Gerhard Zwerenz wiederum fühlt sich heute — mit seinen „so wenig kapitalismuskonformen Gedanken im deutschen Westen nie wirklich heimisch geworden“ — als heimatloser Bürger der DDR in der Emigration: „Wenn es für mich je eine Heimat gegeben hat, so war es die DDR“, schrieb er 1974 in seinem autobiographischen Bericht³⁸⁾. Nach seinem Besuch in der DDR 1976 variierte er diese Aussage: „Ich war in meiner Heimat, aber ich bin dort nicht mehr daheim.“³⁹⁾ Noch ein anderer ging damals 1957 aus der DDR weg: Alfred Kantorowicz, der die letzte Illusion verloren hatte, „daß aus solchem Abschaum eine neuere, bessere Welt geboren werden könnte“⁴⁰⁾. Auch er fand die neuere, bessere Welt im Westen nicht.

Wolfgang Harich „Wieder ganz dabei“?

Wolfgang Harich wurde im Herbst 1964 aus dem Zuchthaus Bautzen entlassen. Er lebt seither in Ost-Berlin und ist Mitarbeiter des Akademie-Verlages der DDR sowie Mitherausgeber der Feuerbach-Gesamtausgabe. Literaturhistorisch hat Harich vor allem über Jean Paul gearbeitet⁴¹⁾. Seine inzwischen erschienenen politischen Schriften geben viele Fragen auf: Ist Harich als „einer, der lange nicht dabei war“ (wie er sich einmal selbst äußerte), zurückgekehrt und nun wieder ganz dabei? Ist er das geblieben, was er immer war? Aber was war er? Ein „aufgeklärter Dogmatiker“, ein autoritär-elitärer Intellektueller mit viel Sinn für taktische Züge und einem guten Schuß Opportunitätsdenken? Hat er sich also vielleicht nur angepaßt oder neu eingestellt? Jeder Versuch einer Antwort wäre Spekulation. Es ist daher besser, man hält sich an das, was Harich inzwischen an Überlegungen

³⁸⁾ Zwerenz, Der Widerspruch, S. 249 f.

³⁹⁾ Gerhard Zwerenz, „Die Offenheit habe ich früher nicht gekannt“, in: Frankfurter Rundschau vom 8. 9. 1976.

⁴⁰⁾ Alfred Kantorowicz, Im 2. Drittel unseres Jahrhunderts. Illusionen, Irrtümer, Widersprüche, Einsichten, Voraussichten, Köln 1967, S. 158.

⁴¹⁾ Wolfgang Harich, Jean Pauls Kritik des philosophischen Egoismus, Leipzig bzw. Frankfurt a. M. 1968; Jean Pauls Revolutionsdichtung, Reinbek 1974.

zu einer Strategie des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus beigetragen hat.

Wie der konservative Kulturanthropologe Arnold Gehlen hält Harich den Menschen für ein Mängelwesen, das zu seiner Existenzbewältigung stützende, haltende und ausgleichende Institutionen benötigt. Die Mängel sind zwar Natur des Menschen oder besser: Merkmale des Abstrakt-Genus „der Mensch“, aber die Institutionen sind, so wendet Harich gegen Gehlen ein, jeweils allenfalls historisch-kontingent notwendig, d. h. an bestimmte historisch-transitorische Verhältnisse gebunden, also als Teile des Überbaus der Produktionsweise aufhebbar. Den Marxisten kommt es deshalb nicht darauf an, irgendwelche Institutionen zu verunsichern, wie zu tun es Harich den 1968er Anarchisten vorwirft, „sondern darauf, daß diese eine, ausschlaggebende, alle übrigen Faktoren determinierende Struktur des Systems vernichtet wird“⁴²⁾, d. h. es kommt auf die Vernichtung der ökonomischen Basis der kapitalistischen Gesellschaftsformation an. Angesichts des Entwicklungsstandes des Kapitalismus als eines staatsmonopolistischen ist diese Aufgabe nur unter einer Bedingung lösbar: die Revolutionäre müssen sich auf den Sturz einer ganz bestimmten Institution konzentrieren, auf den Sturz des Klassenstaates der Bourgeoisie (wie Harich unter Bezug auf Lenins „Staat und Revolution“ deduziert). Revolutionäre Gewalt ist also unerlässlich, und da es nur den Weg zum Sozialismus über den revolutionären „parteimäßig organisierten Kampf des Proletariats um die Eroberung der politischen Macht“⁴³⁾ gibt, müssen die westeuropäischen Kommunisten davon überzeugt werden, daß ihre Konzeption eines friedlichen parlamentarischen Weges zum Sozialismus einer Überprüfung bedarf⁴⁴⁾, denn schon einmal hat die KPF im Mai 1968 versagt.

Voraussetzung der Transformation ist also nach Harich die Schaffung des proletarischen Staates durch die proletarische Revolution. Mit den Mitteln der rücksichtslosen Diktatur wird dann die Transformation durchgeführt: Es gibt kein anderes Mittel der Vernichtung der Produktionsverhältnisse und ihrer ökonomischen

⁴²⁾ Wolfgang Harich, Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Eine Abrechnung mit dem alten und neuen Anarchismus, Basel 1971, S. 66. — Vgl. auch: Die Extreme berühren sich. Gespräch mit Wolfgang Harich zum Tod von Arnold Gehlen, in: Frankfurter Rundschau vom 21. 2. 1976.

⁴³⁾ Harich: Zur Kritik, S. 72.

⁴⁴⁾ Ebenda, S. 92.

mischen Basis „als staatlicher Zwang, ausgeübt von der zur politischen Macht gelangten Arbeiterklasse“⁴⁵⁾. Dabei kann es aus strategisch-taktischen Gründen durchaus notwendig sein, Prioritäten in der Vernichtung der Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft zu setzen, d. h. gegebenenfalls ist die eine oder andere bürgerliche Institution bis tief in den Sozialismus hinein „stillschweigend“ zu respektieren. Der Umwälzungsprozeß wird also ein Prozeß der äußersten und anhaltenden Anwendung staatlicher Gewalt sein; der Staat in abstracto kann erst im Kommunismus verschwinden: Herrschaftslosigkeit allerdings bleibt das Endziel des Marxismus.

In Harichs letztem Buch „Kommunismus ohne Wachstum?“ wird dieses Endziel jedoch aufgegeben. Die ökologische Krise in Permanenz läßt Harich das Projekt eines „Kommunismus der Rationierung“ entwerfen, der Null-Wachstum erlaubt, die Marktbeziehungen ausschaltet, in dem Gebrauchswerte aufhören, Waren zu sein, der das Geld abschafft, das Leistungsprinzip obsolet werden läßt. Dieser Kommunismus wird nicht die Überflußgesellschaft sein, wie sie sich Marx vorgestellt hat; und er wird auch nie ohne staatliche Autorität und kodifiziertes Recht auskommen: „Jeder Gedanke an ein künftiges Absterben des Staates ist daher illusorisch.“⁴⁶⁾ Harich kehrt damit zu der vorindustriellen, verteilungs-

egalitären, jakobinerhaft-diktatorischen Traditionslinie des vor-marxistischen Kommunismus zurück. Er fordert — seine eindimensionale Revolutionsstrategie modifizierend — „die Linke“ in den kapitalistischen Ländern auf, „sei es auf friedlichem Wege, sei es durch gewaltsamen Umsturz“ die Macht im Staate zu erringen und „dann schleunigst weg mit diesem System und her mit der wahren, der ursprünglichen Demokratie, die in Europa als erste die Jakobiner... verwirklicht haben und die Babeuf mit seiner ‚Verschwörung der Gleichen‘ wiederherstellen wollte“⁴⁷⁾.

Ziel und Strategie kennen wir nun. Und die Taktik? Zur Bundestagswahl im Oktober 1976 rief Harich seinen „westdeutschen Freunden, mit Einschluß der Sozialdemokraten unter ihnen“ zu:

„Wählt DKP! Nur kommunistischer Stimmenzuwachs kann das politische Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik, unabhängig davon, wer regieren wird, zum Besseren verschieben. Daß viele Linke an der DKP viel auszusetzen haben, tut dabei nichts zur Sache. Mir geht die ökologische Orientierung dieser Partei, trotz mancher Verdienste in Bürgerinitiativen, nicht weit genug. Ich wünschte sie mir radikal wachstumskritisch. Derjenige Bundesbürger, den ich am liebsten ihr beitreten sähe, heißt Herbert Gruhl...“^{47a)}.

III. Der Fall Robert Havemann

Kein „Fall Havemann“ 1956

1956 gab es keinen „Fall Havemann“, obwohl Robert Havemann sich an der Kritik des herrschenden Dogmatismus in einer sehr deutlichen Weise beteiligt hatte. Nicht nur das: es hatte 1956 zwischen ihm und Harich eine Auseinandersetzung gegeben, aus der zu entnehmen war, daß Havemann mit seiner Dogmatismus-Kritik in einigen Punkten weiter ging als Harich. Dieser nahm im Vergleich zu Havemann eher eine traditionell-autoritative Position ein: alle Einzelwissenschaften hatten sich der Philosophie als der Wissenschaft „über alles“ unterzuordnen. Es handelte sich nur dem Scheine nach um einen „Streit der Fakultäten“; tatsächlich beharrte — insofern durchaus dogmatisch — Harich auf der Funktion der Philosophie, und das hieß: des Histo-

rischen und Dialektischen Materialismus als der alles Denken und Handeln anleitenden Metatheorie.

Havemann stellte demgegenüber fest, daß die Philosophie noch niemals die ursprüngliche Quelle neuer Erkenntnisse gewesen sei. Er verwies darauf, daß die Naturwissenschaften seit Engels' Begründung der materialistischen Dialektik zu Ergebnissen gelangt wäre, die die alte Dialektik „zwar nicht über den Haufen werfen, aber doch in ganz neues Licht setzen“. Er warf den Philosophen vor, daß sie nicht bereit wären, dies zur Kenntnis zu nehmen, und fragte, „weil sie angeblich im Besitz ewiger Wahrheiten“ sind⁴⁸⁾:

⁴⁷⁾ Ebenda, S. 206 f.

^{47a)} Der „Wahlaufruf“ von Wolfgang Harich erschien in: Konkret Nr. 9, 1976.

⁴⁸⁾ Robert Havemann, Rückantworten an die Hauptverwaltung „Ewige Wahrheiten“, hrsg. von Hartmut Jäckel, München 1971. Enthält 17 Texte aus der Zeit zwischen 1953 und 1970 sowie eine Auswahl-

⁴⁵⁾ Ebenda, S. 70.

⁴⁶⁾ Wolfgang Harich, Kommunismus ohne Wachstum?, Reinbek 1975, S. 161.

„Wir brauchen die Philosophie. Wir brauchen sie in allen Wissenschaften, im politischen Kampf, im Leben überhaupt, in der Kunst — überall. Aber der Dogmatismus der Philosophen hat bisher diese Lebenserweckung unserer Philosophie auf vielen wichtigen Gebieten aufs ärgste behindert. Er hat unsere Philosophie zu einem System allgemeinsten Sätze über die allgemeinste Struktur der Welt zu machen versucht, zu einer Hauptverwaltung ‚Ewige Wahrheiten‘ (HEW).“⁴⁹⁾

Allerdings blieb auch Havemann mit seiner Kritik am Dogmatismus immanent, weil er nur die Formen der Aneignung und der Anwendung des Dialektischen Materialismus kritisierte, nicht aber dessen prinzipielle wissenschaftliche Gültigkeit aufzuheben gedachte. Wenn es 1956 nicht einen „Fall Havemann“ gab, obwohl Havemann bereits alle Momente der Kritik thematisiert hatte, die dann 1964 in einer innenpolitisch vergleichsweise viel weniger brisanten Situation zu seinem Konflikt mit der SED führten, so deshalb — dies läßt sich jedenfalls vermuten — weil die Partei Havemanns internationales Ansehen für die damals beginnende Anti-Atomtod-Kampagne brauchte und weil er nicht zu einem „kleinen Agenten des Imperialismus“ gestempelt werden konnte.

Robert Havemann, 1910 in München geboren, war seit 1932 Mitglied der KPD und gehörte der Widerstandsgruppe „Neu beginnen“ an.

Er promovierte 1935 im Fach Physikalische Chemie und habilitierte sich 1943. Seine Widerstandstätigkeit wird im gleichen Jahr entdeckt, er wird zum Tode verurteilt; die Vollstreckung des Urteils wird bis Kriegsende immer wieder aufgeschoben, weil Freunde von Havemann erreichen, daß er vom Heeresamt für kriegswichtige Forschungen reklamiert wird. 1945 wird Havemann zum Leiter der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft bestellt, 1948 jedoch von der amerikanischen Militärregierung suspendiert. 1950 nimmt er an einer Demonstration zur Ächtung der Atombombe teil und wird vorübergehend in West-Berlin verhaftet. Im gleichen Jahr übernimmt er den Lehrstuhl für physikalische Chemie an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin. Er gilt als ein in der internationalen Gelehrtenwelt angese-

Bibliographie der Veröffentlichungen zwischen 1948 und 1970. Zitate S. 37, 41. — Siehe auch Robert Havemann, Fragen, Antworten, Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten, München 1970.

⁴⁹⁾ Havemann, Rückantworten S. 42.

hener Wissenschaftler und unterhält vielfältige persönliche Beziehungen zu den prominenten Physikern in der westlichen Welt: Albert Einstein, Werner Heisenberg, Linus Pauling, Max Born und Carl Friedrich v. Weizsäcker. Diese internationale Geltung mag dazu beigetragen haben, Havemann 1956 anders zu behandeln als Harich. Aber auch Havemann wollte damals offensichtlich einen Waffenstillstand mit der Partei. Im März 1957, kurz nach der Verurteilung Harichs, veröffentlicht er im Neuen Deutschland einen Aufsatz, in dem er sich von den Bestrebungen distanziert, „unter der Flagge des Antidogmatismus den Marxismus zu revidieren“⁵⁰⁾, ohne seinen eigenen Standpunkt ganz aufzugeben.

Havemann blieb auch in den folgenden Jahren immer im Bereich der Konfliktmöglichkeiten mit der SED-Führung, wengleich auch er 1959 mit dem Nationalpreis der DDR ausgezeichnet wurde. Erst als Havemann im Wintersemester 1963/64 vor mehr als 1 000 Zuhörern seine Vorlesung über „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ hält (und die abgeschriebene Bandaufnahme als Skriptum an die Hörer verteilt wird), entscheidet die Parteiführung, daß nun „ein *Schlußstrich* unter eine seit Jahren währende *Diskussion* gezogen werden“ muß⁵¹⁾.

1964: „Dialektik ohne Dogma?“ Warum?

Havemann vertritt die Überzeugung, daß der Marxismus die Philosophie unserer Zeit ist; der Marxismus istentwicklungsfähig, wenn er aus seiner dogmatischen Erstarrung befreit wird. Havemanns Ziel als Naturwissenschaftler ist es zunächst, die längst fällige Inbeziehungsetzung der modernen Quantenmechanik mit dem Dialektischen Materialismus in der Hegel/Engelsschen Fassung zu leisten. Seine Argumentationslinie ist: Die alte, die Geschichte der Philosophie beherrschende dogmatisch starre Trennung zwischen Determinismus und Indeterminismus besteht nicht, auch nicht die zwischen Kausalität und Akausalität. Wie die Inhalte sich gewandelt haben,

⁵⁰⁾ Ebenda, S. 44.

⁵¹⁾ Kurt Hager, „Probleme und Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem 5. Plenum des ZK“, Referat, gehalten auf der Konferenz der Ideologischen Kommission des Politbüros der SED am 19./20. 3. 1964, veröffentlicht in: Einheit 19. Jg. 1964, H. 4, S. 43—80. Auszüge in: Dieter Knötzsch, Innerkommunistische Opposition. Das Beispiel Robert Havemann, Opladen 1968. Neben einer Interpretation S. 9—34 werden S. 35—86 Dokumente und Materialien abgedruckt.

so müssen auch die Begriffe geändert werden. Auch die Quantenmechanik leugnet nicht, daß alle Ereignisse eine oder mehrere Ursachen haben; aber die Ursachen können verschiedene Wirkungsmöglichkeiten haben; welche der möglichen Wirkungen eintritt, ist zufällig. Da es eine breite Skala von Möglichkeiten gibt, ist die Bewegung eines Elektrons nicht weiter determiniert als durch den Grad ihrer Möglichkeit: „Weil die wirklichen Ereignisse nicht mit Notwendigkeit auseinander hervorgehen, sondern weil nur die *Möglichkeiten* verschiedener kausaler Verknüpfungen mit Notwendigkeit *gesetzmäßig* bestimmt sind, ergibt sich die objektive Zufälligkeit des wirklichen Einzelprozesses.“⁵²⁾

So ist das Bild der Welt, das der mechanische Materialismus entworfen hatte, nach Havemann falsch; diese Erklärung der Welt ließ keine Freiheit für aktives Handeln, denn alle Zukunft war durch die Vergangenheit schon determiniert, eine Vorstellung, gegen die um die Jahrhundertwende schon die Resultate der Relativitätstheorie gesprochen hatten⁵³⁾; stattdessen spricht Havemann von der dialektischen Auffassung vom Zusammenhang zwischen Zufälligkeit und Notwendigkeit⁵⁴⁾. Weitreichend sind die Schlüsse, die Havemann für den naturwissenschaftlichen Gesetzesbegriff zieht: „Alle Gesetze der Natur, alle Gesetze der Wirklichkeit, die wir entdecken, besagen uns nur, was unter bestimmten Umständen jeweils möglich und was unter diesen gleichen Umständen unmöglich ist. Die Gesetze besagen also nicht, was wirklich geschieht und geschehen wird, sie geben nur an, was geschehen kann.“⁵⁵⁾ Damit wäre der Gesetzesbegriff von Havemann angenähert dem Tendenzbegriff, den auch Marx verwendet, d. h. Marx benutzt beide Begriffe — Tendenz und Gesetz — identisch, woraus dann je unterschiedliche Bezugnahmen auf Marx zustande kamen: Die Revisionisten im Gefolge Bernsteins z. B. haben das Tendenzielle, die Orthodoxen das Gesetzmäßige im Denken von

Marx betont. Havemann behält aber den Materiebegriff Lenins respektive dessen Abbild-Theorie im Prinzip bei:

„In der Erkenntnistheorie ist, wie Lenin es definiert hat, die Materie einfach nur die objektive Realität, unabhängig von unserem Bewußtsein. Sie existiert, ob wir nun sind oder nicht, ob wir denken oder nicht. Sie existierte, bevor es Menschen gab und sie wird existieren, auch wenn es keine Menschen mehr geben wird. Aber die Welt ist auch *in* unserem Bewußtsein, sie ist die Welt, die wir uns bewußt machen, sie ist unsere Welt.“⁵⁶⁾

Doch versucht Havemann die Abbild-Theorie zu verfeinern, vor allem, indem er dem Prozeß der Abstraktion des Wissens im Bewußtsein nachgeht:

„Der Prozeß der Begriffsbildung ist also materialistisch einfach zu verstehen als Ergebnis unserer Wechselwirkungen mit der Natur. Die Begriffe widerspiegeln vom Wesen das, was wir brauchen, was für uns wesentlich ist. Zunächst gewinnen wir also einen rein subjektiven Aspekt der objektiven Erscheinungswelt. Aber in dem Maße, wie die menschliche Erkenntnis sich auf immer höhere Stufen erhebt, überwindet sie diese pragmatischen, rein technisch-anthropomorphen Bezüge zu den Erscheinungen und gelangt in ständigem Fortschritt zu einer Abbildung der Wirklichkeit, in der sich das tiefere Wesen der Dinge widerspiegelt. Die Erkenntnis schreitet fort von der Erscheinung zum Wesen, vom einfachen Wesen zum immer tieferen Wesen.“⁵⁷⁾

Diese Modifikation liegt — als solche wird sie in der Literatur gekennzeichnet⁵⁸⁾ — auf der Linie, die bereits Lenin in den Hegel-Fragmenten angedeutet hat. Wie Engels überträgt Havemann mit der Feststellung, die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse hätten „weittragende Bedeutung für unser Verhältnis

⁵²⁾ Ebenda, S. 53.

⁵³⁾ Ebenda, S. 43.

⁵⁴⁾ Vgl. Peter Christian Ludz, *Freiheitsphilosophie oder aufgeklärter Dogmatismus?* (1964), in: Ludz, *Ideologiebegriff und marxistische Theorie*, Opladen 1976, S. 266—303, vgl. S. 280. — Diese Studie von Ludz ist zu einer gründlichen Interpretation der Modifikation einerseits und der Bestätigung des Dialektischen Materialismus andererseits durch Havemann unentbehrlich. — Zur Orientierung über die zeitgleiche Entwicklung des Dialektischen Materialismus in der Sowjetunion sei verwiesen auf: Wolfgang Leonhard, *Die Dreispaltung des Marxismus*, Düsseldorf 1975²; Kurt Marko, *Evolution wider Willen*, Graz 1968; ders., *Dogmatismus und Emanzipation in der Sowjetunion*, Stuttgart 1971.

⁵⁵⁾ Robert Havemann, *Dialektik ohne Dogma? Naturwissenschaft und Weltanschauung*, Reinbek 1964. Enthält die Rede Havemanns auf der Tagung „Die fortschrittlichen Traditionen in der deutschen Naturwissenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts“, Leipzig, September 1962, und 14 Vorlesungen und Seminarvorträge, die Havemann zwischen dem 18. 10. 1963 und dem 31. 1. 1964 unter dem Thema: „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ an der Humboldt-Universität in Berlin gehalten hat. Zitat S. 92.

⁵⁶⁾ Vgl. Havemann, *Dialektik* S. 92.

⁵⁷⁾ Ebenda, S. 93.

⁵⁸⁾ Ebenda, S. 89.

zur Welt", diese auf die menschliche Gesellschaft. Die Begriffe bzw. Begriffspaare, um die es dabei geht, heißen: Freiheit und Notwendigkeit, Kausalität und Teleologie, Gesetzmäßigkeit und Spontaneität. Auch für das Leben des einzelnen und der Gesellschaft gibt es reale Möglichkeiten, auf die Dinge einzuwirken, sie zu verändern, denn die Zukunft ist nicht endgültig und absolut determiniert: „Die Freiheit des Menschen beruht gerade darauf, daß die Zukunft der Welt bestimmt werden kann, weil sie es noch nicht ist.“⁵⁹⁾

Wieder wie beim Gesetzesbegriff interpretiert Havemann standardisiertes Rüstzeug des Dialektischen Materialismus neu: Hegels (von Engels wiederholter) Satz von der Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit sei falsch verstanden, wenn man ihn in dem Sinne begreife, daß Freiheit bedeute, jeweils nur eine einzige notwendige Sache tun zu können⁶⁰⁾: „Sondern wahre Freiheit haben wir erst, wenn es für unser Tun und Lassen eine breite Skala von Möglichkeiten gibt“⁶¹⁾. Analog zu der breiten Skala der Möglichkeiten für das Geschehen in der Natur ergibt sich also auch für den Menschen die Möglichkeit, sich seine, eine bessere Welt zu schaffen: „Um diese Welt zu schaffen, bedarf es der Einsicht in die Notwendigkeit. Dies heißt ja nichts anderes, als die Entdeckung der phantastischen Möglichkeiten, die diese Welt uns bietet. Wir müssen von ihnen nur Gebrauch machen.“⁶²⁾

Dabei nimmt Havemann in seine Überlegungen auf, was für Materialisten bisher als Tod-sünde galt, weil gegen das allbeherrschende Prinzip der Kausalität verstößend: den — wie er es nennt — „teleologischen Aspekt“. Zwecksetzungen anzunehmen, galt als subjektivistisch, anthropomorph oder gar theologisch verdächtig: „Ich glaube aber, daß man niemals verstehen kann, wie es zur Entwicklung des Lebens überhaupt kommen konnte, wenn man nicht davon ausgeht, daß das Leben ein zielgerichteter Prozeß ist, im einzelnen wie im ganzen, im Laufe der Entwicklung jedes einzelnen Individuums wie auch der historischen Entwicklung des Lebens im ganzen.“⁶³⁾ Havemann begründet diese These mit der genetischen Informationstheorie (Lebewesen können als kybernetisches System angesehen werden). Eine letztlliche Zweckset-

zung der Entwicklung bedeutet dann auch, die Dimension der Kontinuität — die Verknüpfung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft — in die Betrachtung aufnehmen zu können. Der Mensch ist qua Sprache und Schrift das erste Lebewesen, „das einen kontinuierlichen Erkenntnisprozeß über die Dauer des individuellen Lebens hinweg zustande bringt“⁶⁴⁾.

Schließlich läßt Havemann auch den Aspekt der Spontaneität im menschlichen Handeln gelten: Der Mensch ist je immer von einer vollständigen Bewußtheit entfernt; „weil unsere Bewußtheit stets unvollkommen ist, bedürfen wir ständig der Spontaneität unseres Handelns. Der Begriff Spontaneität wird manchmal in dogmatischer Weise abgewertet, als ob Spontaneität zielloses, eigennütziges, chaotisches Handeln bedeutet. Spontaneität bedeutet aber, trotz ungenügender Bewußtheit doch den Mut haben zum Weitergehen. Ohne Spontaneität kämen wir nicht einen Schritt voran.“⁶⁵⁾

Nicht Havemanns Bemühungen, den Dialektischen Materialismus in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der modernen Naturwissenschaften zu bringen und ihm damit ein bisher nicht gegebenes Maß an methodologischer Auflockerung und sachlicher Solidität zu verschaffen, bildete den Stein des Anstoßes für die „Hauptverwaltung ‚Ewige Wahrheiten‘ (HEW)“. In der abschließenden Auseinandersetzung mit Havemann gab Kurt Hager zu, daß die philosophischen Probleme der Naturwissenschaften bis dato nicht auf dem ihnen gebührenden Niveau behandelt worden seien und nun „angepackt“ werden müßten⁶⁶⁾. Der Konflikt lag vielmehr darin begründet, daß Havemann folgerichtig — und in prinzipieller Übereinstimmung mit der umfassenden Geltung der materialistischen Dialektik als der Wissenschaft von den Gesetzen der Natur, der menschlichen Gesellschaft und des Denkens — auch seiner Interpretation des Dialektischen Materialismus für die menschliche Gesellschaft Geltung verschaffen wollte, d. h. über die Interpretation der Welt hinaus zu ihrer Veränderung schreiten wollte: Die Philosophen, die den Dogmatismus überwinden, „werden auch dazu beitragen, die politischen Verhältnisse zu ändern“⁶⁷⁾.

⁵⁹⁾ Havemann, Dialektik, S. 93.

⁶⁰⁾ Ebenda, S. 103, 104.

⁶¹⁾ Ebenda, S. 104.

⁶²⁾ Ebenda, S. 104.

⁶³⁾ Ebenda, S. 34.

⁶⁴⁾ Ebenda, S. 50.

⁶⁵⁾ Ebenda, S. 126.

⁶⁶⁾ Hager, zitiert bei Knötzsch, Innerkommunistische Opposition, S. 60 (vgl. Anm. 51).

⁶⁷⁾ Havemann, Dialektik, S. 72.

Havemanns „produktive Utopie“

Für Havemann bestand kein Zweifel daran, daß in den sogenannten sozialistischen Ländern (dies „sogenannt“ hat Havemann später selbst verwendet) der Sozialismus nicht verwirklicht war, denn: „Sozialismus ist ohne Demokratie nicht zu realisieren“, wie Havemann unter Berufung auf Lenin feststellt. Dieser habe immer wieder darauf hingewiesen, welche furchtbaren Folgen die Zerstörung der Demokratie beim Aufbau des Sozialismus haben müsse: „Nur durch Demokratie können wir die Massen für den Sozialismus überzeugen und für diesen Kampf gewinnen.“⁶⁸⁾ Auch die Entfremdung des Menschen war nicht aufgehoben, konnte nicht aufgehoben sein, wie in der offiziellen Literatur immer wieder behauptet wurde:

„Denn Sozialismus ist kein Ziel, sondern ein Weg. Sozialismus ist Wandlung, ist Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus. Wir treten im Augenblick der sozialistischen Revolution — ob wir sie selbst gemacht oder geschenkt bekommen haben — nicht plötzlich aus einem dunklen vergangenen Reich in eine lichte Gegenwart. Es hebt sich die Entfremdung des Menschen nicht mit einem Schlag auf...“⁶⁹⁾

Der Weg muß weiter gegangen werden; dabei war nach Havemanns Vorstellung in der sozialistischen Gesellschaft — also nach der Aufhebung der Widersprüche des Kapitalismus durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel — „die Moral die revolutionäre Kraft zur Umwandlung der Gesellschaft“⁷⁰⁾. Der Sozialismus ist also ein Übergangsstadium, der Weg, der in die Zukunft des Kommunismus führt: „Der Kommunismus ist der alte Traum der Menschheit von einem Gemeinwesen, in dem nicht ein Teil Rechte hat, die einem anderen Teil vorenthalten sind. Er ist der Traum von einer menschlichen Welt, wo alle die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben, wo der Mensch gut sein kann, ohne sich opfern zu müssen.“⁷¹⁾

Unter Berufung u. a. auf Lao-tse entwirft Havemann das visionäre Bild der kommunistischen Zukunftsgesellschaft, die keiner Moral, keiner Ideologie und keines Staates mehr bedarf. Aber auch in dieser Zukunftsgesellschaft wird der Widerspruch zwischen Individuum

und Gesellschaft nicht aufgehoben sein, weil er unauflösbar ist:

„Wenn ich dieses visionäre Bild der kommunistischen Gesellschaft entwerfe, so weiß ich, daß dies wohl ein Ziel ist, daß dieses Ziel aber auch in seiner seligen Widerspruchsfreiheit eine Utopie ist. (...) Niemals wird eine solche widerspruchsfreie, absolute, moralische Gesellschaft möglich sein. Immer werden wir nur auf dem Wege zu ihr sein. (...) Es wird eine Gesellschaft entstehen, in der sich niemand mehr auf Kosten des anderen bereichern können wird. Damit werden die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen grundlegend gewandelt.“⁷²⁾

Die Einordnung von Havemann in die Theoriesgeschichte des Sozialismus und Kommunismus wirft Probleme auf. Havemann bleibt — wie Ludz⁷³⁾ feststellt — im wesentlichen ein Anhänger des Dialektischen Materialismus in Anlehnung an Hegel und Engels; aber er modifiziert ihn durch Überlegungen, wie sie in Lenins später Hegel-Rezeption angelegt sind; spurenweise sind bei Havemann sogar auch Fragestellungen zu entdecken, wie sie bei Max Adler zu finden sind. Wenn Havemann zu einer revolutionären Philosophie des Kommunismus zu gelangen sucht, die auch die ethischen Imperative des früheren Marxismus aufnimmt, so steht er damit — darin ist Ludz zustimmen — den Hegelianern und Dialektikern Korsch, Bloch und Lukács nahe. Doch wird man nicht übersehen dürfen, daß die Vorstellung von dem unauflösbaren Widerspruch zwischen Individuum und Gesellschaft dem Kantischen Antagonismus von der „ungeselligen Geselligkeit“ des Menschen in der Gesellschaft ähnlich ist.

Nur zögernd zunächst nahm die Parteiführung den Fehdehandschuh auf (zumal möglicherweise in der Behandlung des Konfliktes zunächst nicht einig); erst als ein Gespräch, das Havemann mit einem westdeutschen Journalisten geführt hatte, im „Hamburger Echo am Abend“ veröffentlicht wurde (Havemann hatte der Veröffentlichung zugestimmt, aber nicht in Form eines Interviews), war der Anlaß zu den Sanktionen gegeben, deren Begründung z. T. geradezu grotesk klingt, aber nach innen eine Abschreckungsfunktion haben sollte: „In seinen Ausführungen macht sich Havemann faktisch die Losung des Godesberger Programms der SPD zu eigen.“⁷⁴⁾ Am 13. März 1964 wird Havemann aus der

⁶⁸⁾ Ebenda, S. 155.

⁶⁹⁾ Ebenda, S. 115, vgl. auch S. 148, und Havemann, Rückantworten, S. 79 f.

⁷⁰⁾ Havemann, Dialektik, S. 115.

⁷¹⁾ Ebenda, S. 120.

⁷²⁾ Ebenda, S. 120.

⁷³⁾ Ludz, Freiheitsphilosophie, S. 270.

SED ausgeschlossen und aus dem Lehrkörper der Universität entlassen; er erhält Reise- und Veröffentlichungsverbot. Im Dezember 1965 wird er auch aus der Forschungsstelle „Fotochemie“ der Akademie der Wissenschaften, wo er seine für die Sowjetunion wichtigen Forschungen weiterführen konnte, entlassen (der Anlaß war wiederum eine Veröffentlichung in der Bundesrepublik, diesmal im Spiegel: „Plädoyer für eine neue KPD“); am 1. April 1966 wird er statutenwidrig aus der Liste der Mitglieder der Akademie der Wissenschaften gestrichen. Was ihm bleibt, ist eine Rente, die er als Opfer des Faschismus vom Staat erhält.

Aus den „Abrechnungen“ mit Havemann wird klar, daß dieser nach Auffassung der SED-Führung in zwei Richtungen von der Linie abgewichen war:

1. Havemann hatte dem Dialektischen Materialismus eine Deutung gegeben, die als geeignet angesehen wurde, die Grundsubstanz des Katechismus zu gefährden: „Er fordert zum Zweifel an allen Grundpositionen unserer Philosophie auf, obwohl er sich bewußt sein mußte, daß damit der Boden einer festen Weltanschauung, des philosophischen Materialismus, verlassen und dem *Skeptizismus* oder *Agnostizismus* Tür und Tor geöffnet wurde.“⁷⁵⁾

2. Havemann hatte mißachtet, daß die SED-Führung selbst den jeweiligen Reformspielraum bestimmte und in der Periode nach dem Mauerbau zunächst Schwierigkeiten hatte, genau zu bestimmen, wo „Stabilität zur Hemmung“ oder „Beweglichkeit zur Herrschaftsgefährdung“ wurden⁷⁶⁾. Das Gleichgewicht zwischen Dogmatismus und Reformismus zu bestimmen, war jedenfalls nicht Sache der beliebigen Spontaneität des Denkens und Handelns im besten Falle noch so überzeugter Kommunisten, sondern der Parteiführung. Ulbricht hatte schon 1957 die „Laßt hundert Blumen blühen“-Diskussion der chinesischen KP kommentiert: „Es geht uns nicht darum, alle Blumen erblühen zu lassen, sondern um die richtige Zuchtwahl, um die Auswahl des wirklich Nützlichen, ohne daß man dabei das Wuchern schädlichen Unkrauts ... duldet“⁷⁷⁾.

⁷⁴⁾ Hager, zitiert bei Knötzsch, *Innerkommunistische Opposition*, S. 57.

⁷⁵⁾ Hager, ebenda, S. 59.

⁷⁶⁾ Knötzsch, *Innerkommunistische Opposition*, S. 17.

⁷⁷⁾ Zitat vgl. Knötzsch, *Innerkommunistische Opposition*, S. 16.

Havemanns legale Oppositionstaktik nach 1966; die Weiterführung des revolutionären Weges

Havemann hat auch in den den Sanktionen folgenden Jahren seine legale Oppositionstaktik weiterverfolgt; er hat jede konspirative Tätigkeit abgelehnt; er hat sich immer wieder als „überzeugter Kommunist“ deklariert, der in der DDR zu leben wünsche. Allerdings wird man dabei beachten müssen, daß Richtung wie Inhalt seiner Kritik konkreter und seine Zielvorstellungen präziser und damit der Dissenz mit der DDR- und SED-Führung größer geworden sind.

In seinen Äußerungen seit 1965 — ausschließlich in Artikeln sowie Interviews in Zeitungen, Funk und Fernsehen in der Bundesrepublik — stellt Havemann zwei Problemkomplexe in den Vordergrund: 1. die Zukunft des Kommunismus; 2. die Weiterführung des revolutionären Weges. Havemann kritisiert das Eindringen der Verführung der industriellen Überflutzivilisation ins sozialistische Welt-drittel. Dies begann nach seiner Auffassung mit Chruschtschows Gulasch-Kommunismus und setzte sich fort in dem ökonomischen Pragmatismus, der die Fehler des industriellen Westens zwanghaft wiederholt, und in der zunehmenden Konsumorientiertheit des sozialistischen Alltagslebens⁷⁸⁾: „Leider wird hier dem Kapitalismus hinterhergelaufen.“⁷⁹⁾

Dieser Nachvollzug in der Aneignung des Überflüssigen bedeutet für Havemann ein verhängnisvolles Mißverständnis seiner asketisch gemeinten, von der Hoffnung auf die wachsende Vernünftigkeit des Menschen geprägten Utopie des Kommunismus. Gleichheit bedeutet da nicht Gleichheit in der Verteilung des Reichtums (ohnehin angesichts der ökologischen Krise eine Schimäre), sondern Gleichheit in der Möglichkeit der Entfaltung der Spielräume individueller geistig-seelischer Existenz des Menschen⁸⁰⁾. Havemanns Gedanken, seine (wie er sie selbst nennt) produktive Utopie, stellen eine humane innerkommunistische Alternative zu Harichs „Kommunismus der Rationierung“ dar, haben aber auch gewisse Ähnlichkeit mit der konservativen Kultur- und Zivilisationskritik.

Das zweite seine Gedanken beherrschende Moment ist die Überlegung, daß die Zukunft

⁷⁸⁾ Vgl. Robert Havemann, *Berliner Schriften*, hrsg. v. Andreas W. Mytze, Berlin 1976. Enthält 21 Texte aus den Jahren 1969—1976; vgl. vor allem S. 49—61.

⁷⁹⁾ Havemann, *Schriften*, S. 87.

des Sozialismus bzw. des Kommunismus abhängt von der Vollendung der „auf halbem Wege stehengebliebenen“ sozialistischen Revolution⁸¹⁾. Der erste Schritt war die Zerschlagung der politischen und der ökonomischen Macht der Bourgeoisie. Der diesem ersten folgende zweite Schritt, der die Vollendung der Revolution bringen kann, nämlich der Aufbau einer sozialistischen Demokratie, wurde bisher nur kurz in der ČSSR zu gehen versucht. Aber nur wenn dieser zweite Schritt gelingt, wird es nach Havemanns Auffassung möglich sein, die revolutionären Umwälzungen in den hochindustrialisierten Gesellschaften in Gang zu bringen. Als Folge der Krise des Kapitalismus — so warnt Havemann — sei die Revolution nicht zu erwarten:

„Der Sozialismus muß auch in Deutschland erst einmal viel Zeit wiedergewinnen, die er dank Stalin und seinen Nachfolgern verloren hat. Das Schlimme ist nur, daß man in den sozialistischen Ländern die Frist, die wir noch haben, ganz ungenügend nutzt. Es wäre auch sehr unklug, dabei allzusehr auf die internationale Krise des Kapitalismus zu bauen. Von dieser Krise können auch große Gefahren für den Frieden und die Existenz der Menschheit ausgehen. Solange der Sozialismus seine gegenwärtige bürokratische Sklerose nicht überwunden hat, kann er auch auf die sozialistische Revolution als eine Folge dieser Krise in den kapitalistischen Ländern nicht hoffen.“⁸²⁾

Havemann meint deshalb, daß es Zeit sei, „die Utopie des Kommunismus auch als Aufhebung gesellschaftlicher Zustände (zu) begreifen, die wir selbst geschaffen haben“⁸³⁾. Sehr früh hat Havemann auf die diesen Prozeß fördernde Rolle der kommunistischen Parteien Westeuropas hingewiesen⁸⁴⁾. Jüngst, im Juli 1976, kennzeichnete er den Eurokom-

munismus als wirklich sozialistische Politik im Gegensatz zur Politik der kommunistischen Parteien „im sogenannten sozialistischen Lager“, die ein Gesellschaftsmodell verwirklichen, „das in Wirklichkeit gar nicht sozialistisch ist“⁸⁵⁾.

Der „schwerste Klotz am Bein der sozialistischen Revolution“ ist nach Havemann die DDR (samt der DKP — „fast nur noch eine Sekte?“, „schon wieder die alles besserweisenden Gralshüter der einzig wahren Lehre?“). Doch Havemann wehrt jeden Fatalismus ab und entwirft so etwas wie eine deutsch-deutsche sozialistische Utopie:

„Jeder Fatalismus bei uns in den sozialistischen Staaten ist gefährlich wie eine schlimme Krankheit. Wir dürfen nicht tatenlos zuschauen, wie sich die Sozialisten und Kommunisten Westeuropas abmühen müssen, das Vertrauen der Massen zu gewinnen, das durch unsere Politik erschüttert und gefährdet ist. Wir müssen alles tun, den Sozialismus so attraktiv zu machen, daß wir nicht nur keine Mauer mehr brauchen, um die Arbeiter und Bauern daran zu hindern, aus dem Arbeiter- und Bauern-Staat fortzulaufen, sondern daß unser Staat in jeder Hinsicht für das ganze deutsche Volk zum Beispiel dafür wird, daß Sozialismus, und Demokratie einander wechselseitig zur Voraussetzung haben, daß es ohne Sozialismus keine Demokratie und ohne Demokratie keinen Sozialismus geben kann.“⁸⁶⁾

Havemanns Freund Wolf Biermann muß inzwischen da leben, wo er nicht zu leben wünscht: in der Bundesrepublik; Havemann lebt heute noch dort, wo er immer zu leben wünschte: in der DDR, aber wie zu leben er vielleicht gefürchtet, doch letztlich nicht erwartet haben mag: unter Hausarrest bzw. unter ständiger Bewachung. Besteht die Annäherung des jetzt „realen“ Sozialismus an den projizierten wirklichen Sozialismus darin, daß Havemann und Biermann nicht dort leben müssen, wo viele oppositionelle Kommunisten vor ihnen leben mußten: im Zuchthaus?

⁸¹⁾ Vgl. hierzu Robert Havemann, Über die Ungleichheit der Menschen, in: Frankfurter Hefte 21. Jg. 1966, H. 3, S. 181—191; es handelt sich hierbei um den Text des letzten Vortrags im Rahmen der in Anm. 52 genannten Vorlesung am 7. 2. 1964.

⁸²⁾ Havemann, Schriften, S. 91.

⁸³⁾ Ebenda S. 48, s. auch S. 84, 85.

⁸⁴⁾ So schon 1965; vgl. Rückantworten, S. 78.

⁸⁵⁾ Vgl. Spiegel-Interview: Plädoyer für eine neue KPD („Die Partei ist kein Gespenst“), in: Der Spiegel vom 22. 12. 1965, S. 30—32; Auszug in: Knötzsch, Innerkommunistische Opposition, S. 52 bis 55.

⁸⁶⁾ Havemann, Schriften, S. 91.

⁸⁷⁾ Robert Havemann, Volksfront im Westen — Sozialismus im Osten: ein Widerspruch, in: Kursbuch 46, 1976, S. 169—179; vgl. auch Havemann, Biermann und seine Genossen, in: Die Zeit vom 5. 10. 1976.

Aspekte der „britischen Krise“

I. Historische Grundlagen

Die englische „Krankheit“ fällt zunächst in ihren wirtschaftlichen Aspekten ins Auge. Hier soll es um eine Darlegung der Entwicklungen gehen, die auf die heutige Situation hinführen; sowie um die politischen und gesellschaftlichen Strukturen, von denen die Gegenwartslage Großbritanniens geprägt wird. Besondere Beachtung soll den Grundzügen der britischen Wirtschaft, der neueren Wirtschaftspolitik und den Parteien in ihrer Eigenschaft als „Transformatoren“ gesellschaftlicher Interessen in politische Entscheidungen gelten.

Zahlreiche gegenwärtige Strukturschwächen der britischen Politik wurzeln im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts. Als das erste industrialisierte Land befand sich Großbritannien bis in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts in der Rolle des dominierenden Landes in einem arbeitsteiligen Weltwirtschaftssystem: Das für geraume Zeit konkurrenzlose britische Industriesystem belieferte den Weltmarkt mit kapitalintensiv hergestellten Gütern und bezog zu den günstigsten Bedingungen diejenigen Rohstoffe, die es nicht selber besaß. Als die neuen Industrieländer zu Konkurrenten der britischen Industrie aufstiegen, besaß Großbritannien bereits eine relativ alte technologische Struktur. Soweit Innovationen erfolgten, erwachsen sie mehr aus der Defensive, aus dem Zwang, besetzte Marktpositionen zu verteidigen, und nicht — wie bei den Aufsteigerindustrien — aus der Notwendigkeit, sich gegen bestehende Weltmarktstrukturen mit neueren Verfahren und geringeren Kosten durchzusetzen. Die Grundlagen der britischen Industriestruktur — Textilherstellung, Metallverarbeitung und Schiffbau — blieben in ihrer Leistungsfähigkeit hinter den amerikanischen und deutschen Industrien zurück. Der Warenaustausch mit dem Ausland war chronisch defizitär, die „sichtbaren“ Einfuhren überstiegen die „sichtbaren“ Exporte bei weitem. Dennoch blieb die

gesamte Zahlungsbilanz positiv. Dies erklärte sich aus dem Startvorteil, mit dem Großbritannien in den Industrialisierungsprozeß eingetreten war: Erhebliche Kapitalsummen flossen in der Zeit der Monopolisierung der industriellen Produktion durch Großbritannien ins Ausland, wo sie in Europa und den USA den Industrialisierungsprozeß förderten und einen Gewinnrückfluß nach Großbritannien ermöglichten.

Der europäischen und amerikanischen Konkurrenz waren britische Güter bereits vor 1914 nicht mehr gewachsen. Dennoch konnte das im 19. Jahrhundert entstandene, nicht sonderlich leistungsfähige industrielle System ohne den Anschluß an anderwärts längst durchgeführte produktive Innovationen fortexistieren: Es zog sich zunehmend in die geschützte Absatzzone des Empire zurück, wo die *terms of trade* zwischen dem Mutterland und den Kolonien weitaus günstigere Bedingungen setzten als für die europäischen Konkurrenzindustrien. Diese waren einem größeren Kostendruck ausgesetzt, sie mußten Rohstoffe teurer erschließen und sich im wechselseitigen Wettbewerb durchsetzen.

Erst nach 1918 entstand neben den älteren, „klassischen“ Industrien eine Massenverbrauchsindustrie; die vorhandenen Leicht- und Schwerindustrien waren nicht geeignet, die Bedürfnisse des expandierenden Binnenmarktes zu decken. Breitere Bevölkerungskreise wurden jetzt erstmals in größerem Umfang für die Produktionsstruktur der britischen Wirtschaft interessant. Auf diese Weise kam es zur Spaltung der britischen Industrie in einen traditionellen, stagnierenden sowie in einen neueren, für die vergleichbaren Industriegesellschaften charakteristischen Sektor¹⁾. Für die Entwicklung der britischen Nachkriegswirtschaft sollte diese Spaltung große Bedeutung gewinnen.

¹⁾ E. J. Hobsbawm, *Industry and Empire* (The Pelican Economic History of Britain, Bd. 3), London 1969, S. 134—154, 207—255.

II. Innere und äußere Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

Zwei neue Prämissen bestimmten die ökonomische und soziale Nachkriegsentwicklung in Großbritannien: Zunächst hatte die hohe Massenarbeitslosigkeit der Zwischenkriegszeit, die dann durch die Kriegsproduktion beseitigt wurde, die Erhaltung eines maximalen Beschäftigungsstandes an die Spitze der politischen Prioritäten gerückt. Die Anwendung der Prinzipien einer Keynesianischen Wirtschaftspolitik gewährleistete bis zum Beginn der 60er Jahre eine erfolgreiche Vollbeschäftigungspolitik. Ferner brachte die Zäsur gegenüber den politischen Konstellationen der Zwischenkriegszeit die Anerkennung der Labour Party als regierungsfähige Alternativpartei. Der spektakuläre Labour-Wahlsieg von 1945 verschaffte der Labour Party erstmals eine breite, auf längere Regierungsausübung angelegte Unterhausmehrheit. Darüber hinaus prägte die Labour Party in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Grundzüge des modernen britischen Sozialstaates. Auch die Konservativen — hierin bestand die weitere wichtige Wirkung der Verfestigung des sich seit 1930 anbahnenden Zweiparteiensystems — mußten daraufhin ihrer Politik im sozialen und ökonomischen Bereich neue Verteilungsziele zugrunde legen. Ohne ein aktives Bemü-

hen um die Verbesserung oder zumindest die Gewährleistung des Lebensstandards und der öffentlichen Leistungen für die britische „working class“ konnte die Konservative Partei sich nicht länger als aktuelle Regierungspartei oder chancenreiche Regierungspartei im Wartestand behaupten²⁾.

Vollbeschäftigung und Sozialleistungen erzeugten eine hochdifferenzierte, auch in anderen europäischen Industrieländern seit langem zu beobachtende Konsumstruktur. Auf der anderen Seite blieb jedoch die Produktivität der britischen Wirtschaft hinter derjenigen vergleichbarer Länder zurück. In vieler Hinsicht mutet deshalb das Kernproblem Großbritanniens — auf einen Nenner gebracht — als der mißlungene Versuch an, einer nicht ausreichend leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur hochentwickelte Konsumwartungen und -gewohnheiten aufzustülpen. Ältere Strukturen, politische Dogmen, im Erziehungssystem verfestigte soziale Einstellungen und eine komplizierte, schwer wandlungsfähige Form der gewerkschaftlichen Interessenvertretung behinderten ein Zurückschrauben dieser Diskrepanz auf ein wirtschaftlich langfristig vertretbares Maß.

III. Gesellschaft

Die britische Gesellschaft blieb auch nach dem Zweiten Weltkrieg von krassen Klassengegensätzen geprägt. Eine Zuordnung zur Mittelklasse oder zur „working class“ betrachteten die meisten Briten als selbstverständlich. Eine 1970 durchgeführte Befragung ergab, daß 77 % aller Angesprochenen sich mit einer der beiden Klassenkategorien identifizierten. Herausragendes Unterscheidungskriterium waren berufliche Merkmale. Vier Fünftel aller Arbeiter identifizierten sich danach mit der „working class“, die sich von den Angehörigen der Mittelklasse darin unterscheidet, daß sie ihren Lebensunterhalt durch manuelle Lohnarbeit verdient. Etwa zwei Drittel derjenigen, die sich selbst als Mittelklasse einstufen, arbeiten in nicht-manuellen Berufen³⁾. Eine sehr hohe Ent-

sprechung zwischen der Berufskategorie und der subjektiven Klasseneinstufung zeigen der industrielle, von der Industriearbeiterschaft geprägte Norden sowie der südöstliche Landesteil und die Londoner Region, wo sich die privaten und staatlichen Dienstleistungszentren befinden (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:

Klassenzusammensetzung nach manuellen und nicht-manuellen Berufen (1970)

	Norden	Südosten und London
	in vH	
nicht-manuell	35	43
manuell	65	57
middle class	33	42
working class	67	58

Vgl. Butler/Stokes, Political Change in Britain, London 1974, S. 120, Tabelle 6.2.

²⁾ S. H. Beer, Modern British Politics, London 1969², 1974², S. 69—72.

³⁾ D. Butler and D. Stokes, Political Change in Britain: The Evolution of Electoral Choice, London 1969², S. 69—72.

Die Selbsteinschätzung der britischen Bevölkerung erreicht eine hohe Annäherung an ein dichotomisches Gesellschaftsmodell. Diese Beobachtung wirft die Frage nach den Faktoren auf, die das soziale Dasein der beiden Klassen in der britischen Gesellschaft beeinflussen.

Neben der beruflichen Erfahrung gehört die Wohnsituation zu den prägenden sozialen Erlebnissen. Die Verstärkung setzte in Großbritannien frühzeitig ein und hat noch heute einen höheren Stand als in vergleichbaren Ländern. Häuser und Wohnungen, die von den *Eigentümern* bewohnt wurden, umfaßten 1972 mit 52 % aller Wohneinheiten über die Hälfte des britischen Wohnungsbestandes, der sich damit seit 1945, als dies auf 26 % aller Wohneinheiten traf, verdoppelte. Der soziale Wohnungsbau expandierte ebenfalls: Er umfaßte 1972 30 %, 1945 aber lediglich 12 % des Wohnungsbestandes. 17 % aller Wohnungen und Häuser waren 1972 von Privaten vermietet; gegenüber 1945 ist das ein Rückgang von 37 %⁴⁾. Öffentliche und private Mietwohnungen wurden zu 70 % von Arbeitern bewohnt (1972); höhere Angestellte und Freiberufler dagegen bewohnten zu 80 % und sogar noch die mittleren Angestellten sowie die übrigen nicht-manuell Beschäftigten zu 60 % eigene Wohnungen und Häuser⁵⁾. Mithin besitzen die verschiedenen britischen Mittelklassen — ungeachtet ihrer beruflichen Stellung — als Haus- und Wohnungseigentümer spezifische Besitzerinteressen und unterscheiden sich auch dadurch von der *working class*⁶⁾. Darüber hinaus bedingt die hohe Zinsbelastung des Wohneigentums besondere Erwartungen an entlastendes staatliches Handeln, während die überwiegende Mehrzahl der Mieter eher ein Interesse an Mietpreisgarantien besitzt. Die Einheitsmieten für den öffentlichen Wohnsektor fördern die Polarisierung zwischen den Haus- und Wohnungsbesitzerinteressen sowie den Sozial- und Privatmietern zusätzlich. Insgesamt unterstreichen mithin die Wohnbesitzverhältnisse die Klassengegensätze in der britischen Gesellschaft.

1944 entstand in Großbritannien ein Schulsystem, das als Mobilitätsleiter auch für Kinder

aus *working-class*-Familien konzipiert war. Im Alter von 11 Jahren wurden die Schüler, die bis dahin gemeinsame Primärschulen besuchten, auf drei Zweige des sekundären Schulsektors verteilt: auf die *Modern Secondary Schools*, für die keine besonderen Aufnahmevoraussetzungen bestanden, auf die *Technical Secondary Schools*, deren Besuch von Leistungstests der Schüler abhing, und auf die *Grammar Schools*, die auf einen abiturähnlichen Abschluß hinführten, die Aufnahme in eine Universitätsausbildung vorbereiteten und deshalb sehr hohe Testleistungen verlangten. Die Lenkung aller Schüler bereits in einer niedrigen Altersstufe auf diese drei Schulzweige konservierte aber faktisch die Bildungsprivilegien der britischen Mittelklasse⁷⁾. Die berufliche und soziale Position der Mittelklassen vermittelte deren Kindern von vornherein die Zugangschancen zu den *Grammar Schools*, die mit hoher Wahrscheinlichkeit eine tertiäre (Hochschul-)Ausbildung verbürgen und somit ähnliche oder gehobene Berufe als die der Eltern⁸⁾. *Working-class*-Kinder blieben aufgrund der Leistungstests so auf die *Modern Secondary* und *Technical Secondary Schools* beschränkt. *Modern-School*-Abgänger wurden im wesentlichen auf manuelle Berufe vorbereitet, *Technical-School*-Abgänger für gering qualifizierte, vorwiegend nicht-manuelle Berufe⁹⁾. Nach einer 1970 durchgeführten Umfrage besuchten weniger als 20 % der Kinder aus *Working-class*-Familien, aber über 50 % der Kinder aus Familien mit nicht-manuellem Berufshintergrund und 80 % der Kinder aus Freiberufler- und höheren Angestelltenfamilien *Grammar Schools* oder äquivalente Privatschulen.

Die offenkundige Konservierung der Klassenunterschiede durch das dreigliedrige Schulsystem veranlaßte die Suche nach Schulmodellen, die das Bildungsdefizit der *Working-class*-Kinder kompensieren sollten. So forderte 1965 die Regierung die mit großen Autonomierechten ausgestatteten Schulbehörden in den Grafschaften auf, die Schultests abzuschaffen und alle drei Schultypen in Gesamtschulen, *Comprehensive Schools*, zu integrieren. Vor allem in der Mittelklasse bestanden jedoch gegen diese Nivellierung des über-

⁴⁾ D. Butler and A. Sloman (Hrsg.), *British Political Facts, 1900—1975*, London 1975⁴, S. 272; *Central Statistical Office (CSO): Social Trends*, No. 6/1975, London 1975, S. 17.

⁵⁾ CSO: *Social Trends*, ebenda.

⁶⁾ Philip Garrahan, *Housing. The Class Milieu and Middle-Class Conservatism*, in: *British Journal of Political Science*, 7. Jg. (1977), S. 126 f.

⁷⁾ T. Noble, *Modern Britain. Structure and Change*, London 1975, S. 245—261.

⁸⁾ K. MacDonald und J. Ridge, *Social Mobility*, in: A. H. Halsey (Hrsg.), *Trends in British Society since 1900. A Guide to the Changing Social Structure of Britain*, London/Basingstoke 1972, S. 148 bis 192.

⁹⁾ Butler und Stokes, S. 103, Tabelle 5.7.

kommenen Schulsystems erhebliche Vorbehalte. Die konservative Regierung Heath suspendierte daher die Förderung der Gesamtschulbildung, die erst 1974 nach dem Wahlsieg der Labour Party wieder aufgenommen wurde. Heute bestehen drei Schultypen nebeneinander: *Secondary Schools*, *Comprehensive Schools* und *Grammar Schools* oder vergleichbare Privatschulen. 1971/72 befanden sich immer noch weit über die Hälfte der Kinder mit manuell-beruflichem Hintergrund der Eltern auf den *Modern Schools*, knapp unter einem Drittel besuchten Gesamtschulen und lediglich ein Zehntel *Grammar Schools* und Privatschulen¹⁰⁾. Die Wirkungen der *comprehensive education* für die soziale und berufliche Mobilität in der britischen Gesellschaft sind noch nicht absehbar.

1970 hatte ein Fünftel der britischen Wähler berufliche Aufstiegserfahrungen im Vergleich mit der beruflichen Stellung der Eltern erfahren. Einen beruflichen Abstieg verzeichnete ein Zehntel. Diese berufliche Mobilität zwischen den Generationen erklärt sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung, in deren Verlauf sich die Zahl der Beschäftigten im manuell-industriellen Bereich zugunsten der Beschäftigten im Dienstleistungssektor verschob. Die politischen Konsequenzen dieses sozialen und beruflichen Wandlungsprozesses blieben jedoch in bescheidenen Dimensionen. Die Labour Party besaß in der Arbeiterschaft eine vergleichsweise homogene Basis, während die Konservativen sich auf etwa 75 % der sozial differenzierten Mittelklasse stützten. Der Kern der *working class* — Träger eines klassenbezogenen, dichotomischen politischen Bewußtseins — blieb von sozialen Aufstiegsprozessen weitgehend isoliert¹¹⁾. Sowohl Aufsteiger als auch Nichtaufsteiger aus der *working class* halten jedoch an ihren früheren politischen Präferenzen bzw. denen der Eltern fest, während Absteiger aus der Mittelklasse eher bereit sind, die Präferenzen zu wechseln. Eine hohe soziale und berufliche Mobilität müßte folglich die soziale Basis der Labour Party stärker verbreitern¹²⁾.

Bis in die 50er und 60er Jahre hinein schlug sich die berufliche Mobilität von der *working class* zu den Mittelklassen jedoch nicht merklich in der Verteilung der Präferenzen für die

beiden großen Parteien nieder. Es stiegen überwiegend diejenigen Angehörigen der *working class* beruflich auf, die abweichend von den übrigen Arbeitern Mittelklassennormen akzeptierten und die Konservative Partei wählten¹³⁾. Das vergleichsweise langsame und geringe Wirtschaftswachstum hatte zur Folge, daß die sozialen Strukturwandlungen bzw. die Umschichtung der Berufsstruktur den Kern der *working class* erst allmählich erreichten¹⁴⁾. Das starre, schwer durchlässige Schulsystem¹⁵⁾ und die Wohnbesitzverhältnisse banden überdies die *working class* in ein soziales Beziehungsgeflecht ein, das die Bereitschaft zum beruflichen Aufstieg eher hemmte als förderte. Infolgedessen besaß eine reformistische Politik auf Dauer nur geringen Spielraum. Konservative Wähler aus der *working class* brachten die konservative Partei an die Regierung, während umgekehrt die Labour Party als Oppositions- und Regierungspartei sowohl auf die Klassenbindung ihrer Wählerschaft achten als auch an Teile der beruflich und sozial vorwiegend an die Konservativen gebundenen Mittelklasse appellieren mußte, die bei der starken Distanz zwischen den ökonomischen Klassen doch andere politische Sichtweisen und Interessen verkörperten (vgl. Tabelle 2). Von daher erklärten sich die Schwierigkeiten reformorientierter Labour-Regierungen.

Tabelle 2:
Parteipräferenz nach Selbsteinschätzung und berufliche Position in vH (1970)

	Berufskategorie	
	nicht-manuell	manuell
Konservativ	70	36
Labour	35	64
	Subjektive Klasseneinschätzung	
	nicht-manuell	manuell
Konservativ	68	37
Labour	32	63

Vgl. Butler/Stokes, *Political Change in Britain*, London 1974, S. 203, Tabelle 9.4.

¹⁰⁾ P. R. Abramson, *Intergenerational Social Mobility and Partisan Preference in Britain and Italy*, in: *Comparative Political Studies*, 6. Jg. (1973), S. 230.

¹¹⁾ Butler und Stokes, S. 418.

¹²⁾ E. A. Nordlinger, *The Working Class Tories. Authority, Deference and Stable Democracy*, Berkeley and Los Angeles 1967, S. 26 f.

Die britische Nachkriegswirtschaft zeichnet sich durch ein geringeres Wachstum aus als die in vergleichbar industrialisierten westeuropäischen Ländern oder Nordamerika. Zwischen 1964 und 1974 wuchs das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt um real 2,5 %; die Bundesrepublik Deutschland verzeichnete ein reales Wachstum von 4 %, Frankreich 5,3 %, Italien 4,7 % und die USA 3,7 %¹⁶⁾. Vor allem zwei Faktoren bedingten die geringe Wachstumskapazität der britischen Wirtschaft: die Struktur der britischen Industrie und die wirtschaftspolitischen Strategien der britischen Regierungen.

Eine Strukturschwäche der britischen Wirtschaft, die auf die Frühindustrialisierung zurückgeht, stellt sich heute in den sog. depressed areas dar. Diese Entwicklungsgebiete beherbergen diejenigen Industrien, die lange den weltwirtschaftlichen Vorrang Großbritanniens begründeten und dank der Wirtschaftsverbindungen mit dem Empire bzw. später mit dem Commonwealth ihre Bedeutung behielten. Hierzu zählen der Schiffbau, die Textilindustrie, Teile der eisenverarbeitenden Produktion und die Kohleförderung. Der Bedeutungsschwund gerade dieser Branchen erzeugte nicht nur sektorale, sondern auch hohe regionale Arbeitslosigkeit in Schottland, Wales und Teilen Nordenglands. Neuere Massenverbrauchsgüterindustrien, Automobilherstellung, Elektroindustrie etc. sowie der wachsende Dienstleistungsbereich, Banken und Versicherungen, konzentrierten sich auf Südengland, auf die Londoner Region und zum Teil auf die Midlands. Hier erreichte die Arbeitslosigkeit bei weitem nicht solche Ausmaße wie in den „depressed areas“¹⁷⁾.

Eine externe Entwicklung, der „Reparaturrefekt“ der westeuropäischen Konkurrenzindustrien, wirkte sich äußerst nachteilig in der wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung Großbritanniens aus. Unter Kriegszerstörungen hatte die britische Industrie nicht in nennenswertem Umfang gelitten. In den wirtschaftlich stärker vom Krieg betroffenen Ländern entstanden bis Anfang/Mitte der 50er Jahre neue und modernere Industrieanlagen, die produktiver arbeiteten und in den Wett-

bewerb mit britischen Industriegütern eintraten. In England dagegen blieben die erforderlichen Investitionen, die allein einen Anschluß an die technologischen Standards der Konkurrenzländer hätten erreichen können, aus¹⁸⁾. Die amtliche Wirtschaftspolitik trug bis in die 70er Jahre hinein erhebliche Verantwortung für eine Situation, die Investitionen in neue Produktionsanlagen eher entmutigte als anregte. Selbst in den letzten zehn Jahren, als britische Regierungen sich bemühten, der Investitionsschwäche der Industrie entgegenzuwirken, bewegte sich der Index der industriellen Produktion zwischen 90,6 1966 und 102,2 1976 (100 = 1970). Seinen höchsten Stand erreichte er 1973 mit 110,3¹⁹⁾.

Ein kontinuierliches Wachstum fand lediglich in den Dienstleistungsindustrien, bei Gas, Elektrizität und Wasser statt, während die heimische Energieerzeugung, Kohle, und die Bauindustrie entweder Stagnation oder rückläufige Produktionswerte auswiesen. Lediglich in der herstellenden Industrie war bis zum Beginn der Rezession Anfang der 70er Jahre ein leichtes Wachstum festzustellen, das jedoch nach 1973 ebenfalls in eine Schrumpfung überging. Generell steigerten die Verbrauchsgüterindustrien ihre Produktion rascher als die Investitionsgüterindustrien mit einem Indexanstieg von 95,4 (100 = 1970) im Jahr 1968 auf 118,9 1973 gegenüber 94,7 1968 und 104,4 1973 bei den Investitionsgüterindustrien. Ähnlich traf die nach 1973 zu beobachtende Produktionsverringering die Investitionsgüterindustrien härter als die Verbrauchsgüterindustrien; erstere erzielten 1976 einen Indexstand von 98,2, letztere einen Index von 112,5.

Das Grundproblem der britischen Wirtschaft blieb die geringe Produktivität in der herstellenden und verarbeitenden Industrie. Bei einem sinkenden Beschäftigungsstand stieg die Pro-Kopf-Erzeugung eines Industriearbeiters dank der politischen Bemühungen früherer Regierungen nach 1970 kräftig an. Von 1966 bis 1970 erzielte die herstellende/verarbeitende Industrie eine Produktivitätsindexverbesserung von real 13,1, von 1970 bis 1973 jedoch eine Steigerung der Produktivität um ei-

¹⁶⁾ Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft 1975/76, hrsg. vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, S. 23.

¹⁷⁾ P. Donaldson, Guide to the British Economy, London 1974, S. 155 ff.

¹⁸⁾ S. Dollard, The Development of the British Economy 1914—1967, London 1969, S. 442—451.

¹⁹⁾ Central Statistical Office (CSO): Economic Trends, No. 28/1977, S. 26.

nen Indexwert von 17,8. Nach einem leichten Rückschlag 1976 erreichte sie erneut diesen Stand²⁰⁾. Eine merkliche Verbesserung der Produktivität im Vergleich zu den ausländischen Industrien trat jedoch nicht ein, da die britische Industrie von Anbeginn von einem niedrigen Produktivitätsniveau her ansetzte. Aus diesem Grund sind Investitionen in industrielle Anlagen der Schlüssel zum Verständnis der Strukturängel im Wirtschaftssystem Großbritanniens.

Der Kapitalstock der britischen Industrie, Anlagen und Maschinen, zeigte über 14 Jahre hinweg eine kaum veränderte Neuerungsrate. 1960 waren 58,7 % der Industrieausrüstungen länger als 11 Jahre im Gebrauch; 1970 nur mehr 57,3 %, aber 1974 über 59 %. Dagegen betrug der Bestand an Produktionsanlagen, die seit höchstens 5 Jahren genutzt wurden, 1960 und 1970 23,4 % und verringerte sich bis 1974 auf 21,4²¹⁾. Die Nettoinvestitionsrate, die effektive Modernisierung der bestehenden Industrieanlagen bzw. der Zuwachs an realer Produktionskapazität, verzeichnet seit 20 Jahren einen Rückgang: Zwischen 1955 und 1960 erreichten die Investitionen, bezogen auf den Wert der vorhandenen Ausstattungen des Produktionsapparates, 4,4 %, zwischen 1960 und 1965 4,1 %, zwischen 1965 und 1970 3,9 % und zwischen 1970 und 1975 nur mehr 2,6 %²²⁾. Aufgrund der hohen Abnutzungsrate eines alten Kapitalgrundstocks vermochten die höheren Bruttoanlageinvestitionen, die im Vergleich zu den Vorjahren zwischen 1960 und 1970 auftraten, die faktische Verschlechterung des industriellen Produktionsapparates nicht aufzuhalten²³⁾.

Das Nachlassen der Investitionstätigkeit wog um so schwerer, als die Zahl der Beschäftigten in der herstellenden und verarbeitenden Industrie wie in den übrigen Industriebranchen sank. Im Vergleich zu 1970 sank der Beschäftigungsstand in den *manufacturing industries* bis 1973, dem letzten erfolgreichen Wachstumsjahr der britischen Wirtschaft, auf 12,2 Punkte, in den übrigen Industrien auf 10,1 Punkte²⁴⁾. Entsprechend stärker wuchs die Zahl der Beschäftigten in den Dienstleistungsbereichen, allein bei Ban-

ken, Versicherungen und Finanzinstituten zwischen 1969 und 1974 um 25 %, im wissenschaftlichen und Forschungsbereich um 18,4 %, bei klassischen Dienstleistungen (Handwerk, Touristik, Gaststätten, Hotels etc.) um 13,4 % und bei den Kommunalverwaltungen um 13,7 %²⁵⁾. Zur Entstehung des Bruttoinlandsprodukts trug 1973 in Großbritannien die Industrie 40,7 % bei, in der Bundesrepublik waren es 1973 51,8 %, in Frankreich 45,4 %. Dagegen bestanden in Großbritannien 54 % des Bruttoinlandsprodukts aus staatlicher Tätigkeit und Dienstleistungen, in der Bundesrepublik nur 46,5 %, in Frankreich 51,1 % und in den USA 63,9 %²⁶⁾. In den Vergleichsländern lag jedoch trotz eines ähnlichen Zahlenverhältnisses die Investitionstätigkeit und Produktivität höher als in Großbritannien, das sich damit eine im großen Bereich öffentlicher und privater Dienstleistungen ausgedrückte, moderne Verbrauchsstruktur und eine große Nachfrage aus unproduktiver Arbeit leistete, aber nicht entsprechend kostengünstig ausreichende Industriegüter produzierte, um aus den industriell erwirtschafteten Einkommen und Gewinnen (sowie unter der Vermeidung hoher staatlicher und internationaler Verschuldung) die angebotenen und verbrauchten Dienstleistungen zu bezahlen. In dieser Diskrepanz wurzeln Inflation, Arbeitslosigkeit und außenwirtschaftliche Probleme, die unter ökonomischen Aspekten die britische Krise definieren.

Im defizitären Warenverkehr mit dem Ausland zeigten sich die Folgen der mangelnden industriellen Leistungsfähigkeit Großbritanniens. Der britische Anteil an der Weltgesamteinfuhr sank von 8,4 % 1966 auf 7,2 % 1970 und 6,6 % 1974. Noch schneller gingen die britischen Ausfuhrleistungen zurück: 1966 — 8,1 %; 1970 — 6,9 %; 1974 — 4,7 %²⁷⁾. Hauptursache für die schrumpfende britische Rolle im Welthandel waren die zu geringen Investitionen in der Exportgüterindustrie. Die Konkurrenzfähigkeit der britischen Exporte gewann nach 1945 jedoch immer größere Bedeutung, da die Sterling-Block-Länder ihren früheren Stellenwert im britischen Außenhandel einbüßten. An deren Stelle traten jetzt die Länder Westeuropas und die EG. Zwischen 1956 und 1960 verteilten sich die Güterexport-

²⁰⁾ Ebenda.

²¹⁾ OECD Economic Survey: United Kingdom, März 1976, S. 13.

²²⁾ Ebenda, S. 14, Tabelle 5.

²³⁾ Ebenda, siehe auch OECD Economic Survey, United Kingdom, March 1977, Paris 1977, S. 32 ff.

²⁴⁾ CSO: Economic Trends 28/1977, S. 34.

²⁵⁾ National Institute of Economic and Social Research (NIESR): The United Kingdom Economy, London 1976², S. 41 ff.

²⁶⁾ Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft 1975/76, S. 24, Tabelle 4.

²⁷⁾ Ebenda, S. 117 ff., Tabellen 92 und 93.

te noch zu 28 % auf Westeuropa, aber zu 42 % auf den Sterling-Block und zu 11 % auf die USA²⁸⁾). Zwischen 1971 und 1975 gingen 45 % der britischen Ausfuhren in die EG, 15 % in die USA und 20 % in die Sterling-Block-Länder. Mehr als die Hälfte der britischen Exporte konkurrierten jetzt in Westeuropa und in den USA mit den Exporten anderer Länder und heimischen Wirtschaftserzeugnissen. Produktivität und Preisvorteile der britischen Exportindustrie gewannen deshalb eine ausschlaggebende Bedeutung für die Behauptung Großbritanniens im Welthandel. Etwa 85 % der britischen Exporte bestehen aus Industrieprodukten²⁹⁾). Während aber in dieser Hinsicht über die letzten 30 Jahre hinweg kaum nennenswerte Verschiebungen auftraten, ergaben sich in der Struktur der britischen Importe erhebliche Änderungen. Rohstoffe, Nahrungsmittel und Luxusverbrauchsgüter sowie Brennstoffe machten bis 1960 wie schon in der Zwischenkriegszeit etwa drei Viertel der britischen Importbilanz aus. In dieser Relation kam die enge Verknüpfung der britischen Wirtschaft mit den rohstoffproduzierenden und lebensmitteleherzeugenden Commonwealth-Ländern bzw. Sterling-Block-Ländern zum Ausdruck, die stets einen erheblichen Teil der britischen Industrieproduktion abnahmen. In den 60er und 70er Jahren wuchs jedoch sehr rasch der Anteil der industriellen Fertigungsgüter in der Importstruktur, von 32 % zwischen 1960 und 1963 auf 56 % zwischen 1972 und 1973; bis 1975 behielten sie dieses Niveau annähernd bei³⁰⁾). Dieser Prozeß weist darauf hin, daß die Nachfrage nach industriellen Fertigungsgütern am Binnenmarkt sich in einem Umfang und in eine Richtung entwickelte, die von der britischen Industrie allein nicht mehr bewältigt werden konnte. Dieser im Ergebnis keineswegs ungewöhnlich hohe Anteil von Industriegüterimporten schuf jedoch deshalb für die britische Wirtschaft beachtliche Probleme, weil umgekehrt die Exportleistungen nicht ausreichten, um die Importkosten zu kompensieren.

Einen Ausgleich für die defizitäre Handelsbilanz besorgte lediglich die Kapitalverkehrsbilanz, die aus Rückflüssen britischer Auslandsinvestitionen, ausländischen Kapitalguthaben und privaten und öffentlichen Krediten einen ständigen Überschuß erwirtschaftete. Der

britischen Wirtschaftslage kam hier besonders die traditionelle Funktion Londons als Weltfinanzplatz zugute, dessen Hauptkomponenten hohe Pfundkonten der Commonwealth-Länder und kurzfristige Kapitalgeschäfte auf dem Euro-Dollar-Markt waren³¹⁾. Zwischen 1966 und 1972 schwankten die Handelsbilanzdefizite, der Warenimportüberschuß, zwischen 25 und 700 Mio. Pfund Sterling³²⁾. Die Verteuerung der Energieimporte 1973 verschärfte jedoch die chronischen Überschüsse und verlieh ihnen ihre heutige krisenhafte Dimension. Hinzu kam, daß das Pfund seit 1972 in der europäischen Währungsschlange floatete und der automatische Kursverfall des Pfundes die Warenimporte zusätzlich verteuerte³³⁾. Aufgrund der Ölpreiserhöhungen kam es 1973 und 1974 jeweils zu einer Verdreifachung des Handelsdefizits³⁴⁾. Ab 1975 war ein leichter Rückgang zu verzeichnen, der auf den Deflationsmaßnahmen der Regierung beruhte³⁵⁾. Jetzt verursachten immerhin zu mehr als 95 % Mineralölimporte das verbleibende Defizit³⁶⁾. In derselben Zeit stieg der Überschuß im Kapitalverkehr ebenfalls außergewöhnlich stark an. Allerdings trug diese Entwicklung ebenfalls negative Aspekte: Einerseits lag ihr der Transfer der steigenden Gewinne der ölexportierenden Länder auf Londoner Pfund- und Investment-Konten zugrunde, andererseits ging sie auf die internationalen Kredite an die britische Regierung (und private Investoren) zurück, die teilweise zur Stützung der britischen Zahlungsfähigkeit eingeräumt wurden. Internationale Kredite erzeugten eine langfristige Belastung der gesamten Zahlungsbilanz, indem sie hohe Zinsrückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland schufen³⁷⁾; die hohen Pfundkosten waren insofern belastend, weil sie von ihren Haltern spekulativ abgezogen wurden, sobald Abwertungssignale von der Regierung oder vom Verlauf des britischen Wirtschaftsprozesses ausgingen.

Nimmt man allein die Preisentwicklung und den Beschäftigungsstand als Indikatoren für die Folgen der Wirtschaftspolitik oder die generelle wirtschaftliche Entwicklung, so bleibt in beider Hinsicht seit Ende der 60er Jahre

²⁸⁾ Vgl. M. McRae and F. Cairncross, *Capital City, London as a Financial Center*, London 1974.

²⁹⁾ CSO: *Economic Trends* 28/1977, S. 46, 80.

³⁰⁾ Ebenda, S. 46.

³¹⁾ NIESR: *The United Kingdom Economy*, S. 94 ff.

³²⁾ CSO: *Economic Trends* 27/1977, S. 80.

³³⁾ CSO: *Economic Trends*, No. 270/1976, S. 46.

³⁷⁾ OECD *Economic Survey: The United Kingdom*, März 1976, S. 19.

²⁵⁾ Vgl. NIESR: *The United Kingdom Economy*, S. 100, Tabelle 6.4.

²⁶⁾ Ebenda.

²⁷⁾ Ebenda, S. 98, Tabelle 6.3.

eine akute Verschlechterung festzustellen. Die raschere Steigerung der Preise ließ lediglich in den zwei Phasen einer restriktiven Einkommenpolitik nach, um jedoch sogleich nach dem Abbau der Preis-Lohnpolitik wieder um so stärker anzuziehen: 1966 — 3,9 %; 1969 — 5,4 %; 1971 — 9,4 %; 1974 — 16,1 %; 1975 — 24,2 %; 1976 — 16,5 %³⁸⁾. Erst die Politik des *Social contract* brachte erstmals auf längere Dauer eine erhebliche Minderung und anschließende Stabilisierung des Preisni-

veaus. Die Beschäftigungskurve seit 1965 zeichnet die expansiven und restriktiven Phasen der Regierungspolitik nach: 1966 — 1,4 %; nach der Pfundabwertung und der Einleitung der Deflationspolitik 1967 — 2,3 %; 1970 — 2,6 %; auf dem Höhepunkt der *Austerity-Politik* des Kabinetts Heath 1972 — 3,7 %; in den darauffolgenden Jahren der Expansion bis 1974 — 2,6 %. Im ersten Jahr des *Social contract*, 1975, schnellte die Arbeitslosenzahl auf 3,9 % hoch, 1976 auf 5,4 %³⁹⁾.

V. Wirtschaftspolitik

1951—1961

Die Aufrechterhaltung der geltenden Pfundparität und der Vollbeschäftigung bestimmten die Grundzüge der britischen Wirtschaftspolitik nach 1945. Die teilweise kriegs- und rüstungsbedingte hohe Auslandsverschuldung und der chronische Importüberhang im Warenverkehr mit dem Ausland erzeugten einen starken Druck auf eine Abwertung des Pfundes, dem erstmals 1949 nachgegeben wurde. Die nachfolgenden konservativen Regierungen waren dagegen nicht bereit, in einer weiteren Pfundabwertung mit ihren exportverbillegenden und importverteuernden Wirkungen die klassische Antwort auf die sich wiederholenden Pfundkrisen zu geben. Drohten starke Währungsverluste, die aus der Verschlechterung der Handelsbilanz und einer erwarteten Pfundabwertung entstanden, tatsächlich die Änderungen der Pfundparität zu erzwingen, so verordnete die Regierung nachfrage- und investitionshemmende Deflationsmaßnahmen steuerlicher und geldpolitischer Art, die den Importsog merklich verringerten und die Abwertungsspekulation beruhigten. Dies geschah in den Jahren 1952, 1955/56 und 1960. Als das Deflationsprogramm jedoch mit Beschäftigungskonsequenzen drohte, schaltete die Regierungspolitik auf „go“ um. Die Investitions- und Nachfragebremsen wurden gelöst, die Beschäftigungslage stabilisiert. Aber nach kurzer Zeit schon stellte sich die Pfundabwertungsspekulation erneut ein, da die Importe aufgrund der steigenden Inlandsnachfrage erneut anzogen. Dies geschah 1954/55, 1958/59 und 1961/62. Jede „go“-Phase zog beinahe zwangsläufig das nächste „stop“-Signal

nach sich⁴⁰⁾. Der schwerwiegendste langfristige Schaden aus dieser Wirtschaftspolitik ergab sich aus der dämpfenden Wirkung für industrielle Investitionen. Das Experiment der „*stop-and-go policy*“ bedeutete eine entscheidende Weichenstellung für die Wirtschaftsprobleme der 60er und 70er Jahre, die im Zeichen des Bemühens standen, die Investitionsschwäche der britischen Industrie und die damit zusammenhängenden außen- und binnenwirtschaftlichen Folgen abzubauen. Folgende Phasen lassen sich im Ereignisablauf der Jahre nach 1960 unterscheiden:

1962—1963

Bereits der konservative Schatzkanzler Maudling erkannte die Investitionsschwäche der britischen Industrie als politisches Problem und handelte entsprechend⁴¹⁾. Nach seiner Vorstellung sollte eine Steigerung der Inlandsnachfrage stabile Amortisierungsaussichten für britische Investoren herstellen, wobei er jedoch bewußt einen mittelfristigen Importsteigerungseffekt in Kauf nahm, der angesichts des Nachfrageüberhangs im Verhältnis zur Kapazität der britischen Industrie unvermeidlich war⁴²⁾.

1964—1965

Die Nachfolgerregierung Wilson fand grundsätzlich zu einer gleichlautenden politischen

³⁸⁾ Ebenda, S. 36.

³⁹⁾ S. Brittan, *The Treasury under the Tories*, London 1964; Dollard, S. 442 ff.

⁴¹⁾ Allgemein zur Wirtschaftspolitik der 60er und 70er Jahre S. Brittan, *Steering the Economy, The Role of the Treasury*, London 1969, S. 102 ff.; R. Bacon and W. Eltis, *Britain's Economic Problem. Too Few Producers*, London 1976, S. 1—34; Donaldson, S. 153 ff.; NIESR: *The United Kingdom Economy*, S. 116—120.

⁴²⁾ Vgl. Bacon und Eltis, S. 40—46.

³⁸⁾ CSO: *Economic Trends*, No. 283, Mai 1977, S. 42.

Analyse: Es galt kräftige Investitionsförderung zu betreiben, aber gleichzeitig sollte die geltende Pfundparität nicht aufgegeben werden. Mit Hilfe eines an der französischen „*planification*“ ausgerichteten Indikativplanes, des *National Plan*, sollten Wachstumsdaten für die einzelnen Wirtschaftszweige postuliert werden, für deren Erreichung die staatliche Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen zu schaffen hatte, um wirkungsvoll sichere Gewinnerwartungen bei potentiellen Investoren zu etablieren. Eine staatliche Einkommenspolitik, d. h. ein System gesetzlicher Einkommenskontrollen, sollte von der Preis- und Lohnkostenseite her Investitionsanreize schaffen. Sowohl die Maßnahmen der letzten konservativen Regierung als auch die der Labour-Regierung Wilson stabilisierten tatsächlich den Umfang der industriellen Investitionen, aber sie konnten die faktische Überbewertung des Pfundes und die Handelsbilanzlücke nicht abbauen ⁴³⁾.

1967—1969

1967 kam es endlich — mitverursacht durch die Sperrung des Suez-Kanals — zur erwarteten zweiten Pfundabwertung nach dem Kriege. Danach wechselte die Regierung Wilson ihren wirtschaftspolitischen Kurs. Jetzt galten abermals alle Anstrengungen dem Ziel, nach dieser Abwertung eine weitere zu vermeiden. Deshalb ordnete die Regierung eine breite Palette von deflatorischen Maßnahmen an, vor allem über die Reduktion der Haushaltszuwachsdaten und steuerliche Eingriffe. Der Abwertungseffekt sorgte für eine zeitweilige Verbesserung der Handelsbilanz, die Investitionstätigkeit ging jedoch in dieser Phase der Deflationspolitik zurück ⁴⁴⁾.

1970—1973

Die ab 1970 amtierende Regierung Heath baute die letzten Überreste der Lohnkontrollen ab; sie setzte ganz auf die „heilsamen“ Konkurrenzimpulse des britischen EG-Beitritts für die britische Industrie. Allerdings endete diese Politik des „ansatzweisen Laisser-Faire“ mit zwei grundlegenden Fehlschlägen gerade im Hinblick auf diejenigen zusätzlichen Probleme neben der Handelsbilanz, die nach der Pfundabwertung von 1967 an Bedeutung gewonnen hatten: Inflation und Arbeitslosigkeit. Die konservative Regierung setzte den

restriktiven Haushaltskurs des Vorgängerkabinetts bis 1972 fort: Tarifabschlüsse schnellten angesichts der bereits in den 60er Jahren leicht ansteigenden Preise in die Höhe; sie unterlagen jetzt nicht einmal mehr schlecht funktionierenden Lohn-Preis-Richtlinien. 1972 kehrte auch die Regierung Heath wieder zu den wirtschaftspolitischen Mitteln der 60er Jahre zurück, die sie jedoch, anders als damals, in einzigartiger Weise miteinander verknüpfte. Das Pfund wurde zum „floaten“ freigegeben und verteuerte zusammen mit den steigenden Rohstoffpreisen die britische Importrechnung; der Haushalt wurde auf Expansion geschaltet und förderte über seinen Nachfrageeffekt angesichts der geringen Kapazität der britischen Industrie Inflation und Warenimporte gleichermaßen. Investitionen blieben jedoch gerade dort aus, wohin sie die gesteigerte Nachfrage lenken sollten, nämlich in die Industrie. Statt dessen gelangten Kapitalgewinne in den inflationssicheren Grundstücksmarkt oder wurden ins Ausland transferiert ⁴⁵⁾.

1974

Das Jahr 1974 markiert eine Zäsur in der Wirtschaftspolitik Großbritanniens. Alle vorherigen Regierungen hatten versucht, durch gesetzliche Lohnkontrollen einen für die industriellen Innovationen als wichtig eingeschätzten Faktor zu beeinflussen. Die Gewerkschaftsführungen und die gewerkschaftliche Basis hatten jedoch alle Versuche, gewerkschaftliche Kampfmittel wie offizielle oder spontane Streiks zu regeln und die Lohntarifgestaltung politischen Kriterien zu unterwerfen, mit Erfolg unterlaufen. Die Regierung Heath scheiterte an einer Kraftprobe mit den Bergarbeitern. Die Regierung Wilson war sich nach 1974 bewußt, daß keine wirtschaftspolitische Strategie praktikabel war, die nicht in der offiziellen Kooperation mit den Gewerkschaften eine Absicherung fand. Deshalb hatte bereits die Labour-Opposition nach 1970 für den Fall einer künftigen Regierungsübernahme auf gesetzliche Lohnkontrollen verzichtet. Die Gewerkschaften wiederum waren um die Erfahrung reicher, daß in der Konfrontation mit einer konservativen Regierung anders als im Verhältnis zu einem Labour-Kabinetts keine annähernd wirksamen direkten oder indirekten Druck- oder Einflußmöglichkeiten bestanden. Aus dieser Situationswahrnehmung heraus waren die Gewerkschaften nun für

⁴³⁾ Ebenda, S. 46—53.

⁴⁴⁾ Ebenda, S. 53—56.

⁴⁵⁾ Ebenda, S. 56—61.

die Unterstützung der Labour-Wirtschaftspolitik, die nunmehr offen für Reallohnsenkung, Profitsteigerungen für private Investoren und die Abzweigung von Investitionsmitteln aus den Unternehmensgewinnen eintrat⁴⁶⁾. Auch die Gewerkschaften teilten jetzt die Auffassung — nach der Erprobung aller alternativen Möglichkeiten in den letzten 15 Jahren —, daß keine andere Politik erfolgreich sein könnte. Im sog. social con-

tract verpflichteten sich die Gewerkschaften, im Interesse einer Modernisierung bzw. Leistungssteigerung des britischen Produktionsapparates, temporäre Lohnverzichte und eine Reduzierung der öffentlichen Dienstleistungen hinzunehmen, zumal ein Versagen des „social contract“ die unverzichtbaren internationalen Kredite zur Gewährleistung der britischen Zahlungsfähigkeit zu gefährden drohte.

VI. Gewerkschaften und Parteien

Für die Politik der letzten zwölf Jahre trägt die Labour Party besondere Verantwortung. Die Konservativen waren in dieser Zeit lediglich für die knappe Spanne von gut dreieinhalb Jahren im Amt. Gerade die Labour Party riskiert jedoch als Regierungspartei gravierende Konflikte im Bereich der Wirtschaftspolitik. Wie bereits oben erläutert, basiert die Labour Party in der Hauptsache auf der britischen *working class*. Allerdings stellt sich die Loyalität zur ihr lediglich als ein Aspekt des Klassensyndroms im sozialen und politischen Selbstverständnis der britischen Arbeiter dar. Ein anderer Aspekt, der für die Labour Party besondere strukturelle Bedeutung gewinnt, ist die enge Gewerkschaftsbindung der Arbeiter, die manuell arbeiten. Zwar bestehen enge institutionelle Verknüpfungen zwischen den Gewerkschaften und der Labour Party. Dennoch verstehen sich die Gewerkschaften zunächst als Interessenvertretung, während die Labour Party politische Entscheidungen aus einer breiten Interessenperspektive heraus trifft. Trotz der wachsenden Bedeutung der *white-collar-Gewerkschaften*, die nicht-manuelle Berufsinteressen vertreten, stellen die Gewerkschaften die mit Abstand wichtigste politische Formation der *working class* in ihrer gesellschaftlichen, durch den Arbeitsplatz, die Wohnbesitzverhältnisse und das Erziehungssystem bedingten Isolation von der britischen Mittelklasse dar. Ihr Bezugsfeld ist die nicht-mobile *working class*, die sich aus den Trägern eines ökonomisch determinierten und sozialisationsvermittelten dichotomischen Klassenbewußtseins zusammensetzt. Von daher rühren die Spannungen zwischen den Gewerkschaften bzw. der ökonomischen Interessenvertretung der *working class* und der Labour Party bzw. der politischen Reprä-

sentanz der *working class*. Die Gewerkschaften orientieren sich am industriellen Lohnempfänger, die Labour Party an den Bedürfnissen der gesamten britischen Volkswirtschaft, in deren Einschätzung sie gewerkschaftliche Interessen oft zweitrangig behandeln muß.

Die Mitgliedsgewerkschaften im Trade Unions Congress (TUC) agieren keineswegs als ein monolithischer Block. Dennoch haben sich klare Meinungsführerschaftsverhältnisse herausgebildet. Mit zusammen 31 % der Stimmen kontrollieren die beiden Industriegewerkschaften TGWU (die Transportarbeitergewerkschaft) und die AUEW (die Ingenieursgewerkschaft) als die größten bzw. mitgliederstärksten Gewerkschaften faktisch die Mehrheiten des TUC-Jahreskongresses, da sich zahlreiche kleinere Gewerkschaften an ihren Stimmen orientieren. Transportarbeiter- und Ingenieurgewerkschaften, die in den 50er Jahren kein sonderlich scharfes Profil zeigten, erwarben sich in den 60er Jahren unter neuen und jüngeren Führungsmannschaften den Ruf entschiedener tarifpolitischer Interessenpolitik und gewannen hieraus die Fähigkeit, für die Gewerkschaften generell zu sprechen bzw. wirksame Überzeugungsarbeit an der Gewerkschaftsbasis zu leisten⁴⁷⁾. Die Dominanz dieser größten Gewerkschaften setzt sich bis in den Generalrat des TUC fort, der zwischen den Jahreskongressen in der wichtigen Eigenschaft als Verhandlungspartner der Regierung und des Unternehmensverbandes fungiert⁴⁸⁾.

⁴⁷⁾ Irving Richter, *Political Purpose in Trade Unions*, London 1973, S. 232 ff.

⁴⁸⁾ L. Minkin, *The British Labour Party and the Trade Unions: Crisis and Compact*, in: *Industrial and Labour Relations Review*, 28. Jg. (1974), S. 23; H. Pelling, *A History of British Trade Unionism*, London, S. 245—250; B. Hooberman, *An Introduction into British Trade Unions*, London, S. 16 ff.

⁴⁹⁾ „Labour's Turn to the Left“, in: *Business Week* vom 29. 3. 1976, S. 90 ff.; *Times* vom 5. 5. 1976.

Gewerkschaften und Labour Party sind über den Kollektivmitgliedercharakter der Einzelgewerkschaften engstens mit der Willensbildungsstruktur der Labour Party verzahnt. Sieben Achtel aller Jahreskongreßdelegierten repräsentieren die Gewerkschaften; auch hier kommt wieder den großen Gewerkschaften der Transport- und Ingenieurarbeiter, die mit ihren Blockstimmen ca. ein Drittel der Gesamtstimmen kontrollieren, eine Schlüssel-funktion zu. Im Parteivorstand der Labour Party stellen die Gewerkschaften über 40 % der Mitglieder.

Die Politik der Gewerkschaften im Verhältnis zur Labour Party bestimmt sich nach ökonomischen, nicht nach politischen Gesichtspunkten. Das überragende Interesse der Gewerkschaften besteht in der Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und der Reallohnverbesserung sowie generell in tarif- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die kurzfristig einen spürbaren Effekt bei den organisierten Arbeitern zeitigen. Die Erfahrung der Labour-Regierung zwischen 1964 und 1970 führte die Grenzen der politischen Loyalität der Gewerkschaften zur Labour Party vor Augen. Zur Bekämpfung der sich seit 1964 akut verschlechternden Wirtschaftslage jonglierte die Regierung Wilson mit Lohn-Preis-Kontrollen, die von der gewerkschaftlichen Basis durchweg als Beschränkung des Streikrechts aufgefaßt wurden. Damit liefen die Regierungspolitik und die Gewerkschaftspolitik auseinander. Die historische Allianz zwischen den Gewerkschaften und der Labour Party war an diesem Punkt ihrer stärksten Belastungsprobe ausgesetzt⁴⁹⁾. Anfang 1973, erneut in einer Oppositionsphase der Labour Party, vereinbarten jedoch TUC und Labour Party eine neue Kooperationsgrundlage für eine künftige Labour-Regierung, die nach den Umständen unter ähnlich schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen handeln mußte wie in den konfliktreichen Jahren der ersten Labour-Regierung Wilson. Das Abkommen trug die Bezeichnung „social contract“ und sah im Gegenzug für die Mitsprache der Gewerkschaften in der Wirtschaftspolitik, die sich seit 1974 in einem Verbindungsausschuß der Labour Party und der Gewerkschaften vollzieht, das Einsetzen der Gewerkschaftsführer für eine freiwillige Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften vor. Allerdings stand der So-

zialkontrakt unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder, die — wenn auch zum Teil mit erheblichen Mühen — 1975 und 1976 gewonnen werden konnte⁵⁰⁾. Die Grenzen des social contract wurden bereits 1977 bei den Überlegungen zur Verlängerung des Abkommens in das Jahr 1978 hinein deutlich. Der Widerstand in der gewerkschaftlichen Basis gegen einen weiteren Einkommensverbesserungsverzicht artikuliert sich in einer Verhärtung des Standpunktes einiger Gewerkschaften im Hinblick auf die von der Regierungspolitik zu erbringenden Gegenleistungen, obgleich bei den meisten Gewerkschaftsführern noch die Bereitschaft zu einer Fortsetzung des social contract überwog⁵¹⁾.

Auch diese Wiederannäherung der Gewerkschaften an die Labour Party war ökonomisch motiviert, aber sie spiegelte eine veränderte Lageeinschätzung wider, die nach den Konfrontationserfahrungen mit der konservativen Regierung Heath davon ausging, daß der gewerkschaftliche Standpunkt bei einer Labour-Regierung immer noch größeren Einfluß besaß⁵²⁾. Hieraus ergeben sich derzeit für das Verhalten der Gewerkschaften die folgenden Maximen:

a) Die Labour-Regierung Wilson/Callaghan darf nicht scheitern; b) sie kann sich nur durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik behaupten, die das Beschäftigungsniveau stabilisiert und die Inflation senkt; c) eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik verlangt temporäre Lohnverzichte und eine Senkung des Lebensstandards⁵³⁾.

Die häufigste und für die Nachkriegsentwicklung wichtigste Konstellation zwischen den Gruppen der Labour Party war eine Koalitionsachse, die den rechten Flügel mit dem größten Teil der Mittelgruppe und den Gewerkschaften verband. Zwischen 1966 und 1970 zerfiel die Mitte-Rechts-Allianz, die beherrschende Koalition während der 40er und 50er Jahre, infolge der stringenten Wirtschaftspolitik einer Labour-Regierung, die seit 1966 mit ihren Lohn-Preis-Kontrollen vor allem bei den Gewerkschaften heftige Widerstände auslöste, aber nach 1967 nicht nur auf

⁴⁹⁾ Financial Times vom 18.10.1974, 14.4.1975, 1.9.1975 und 5.3.1976.

⁵⁰⁾ Times vom 7.9.1976, 17.12.1976, 9.2.1977 und vom 2.4.1977.

⁵¹⁾ „Do the Unions Rule Britain?“, in: The Economist vom 29.11.1975, S. 38 f.

⁵²⁾ Vgl. Financial Times vom 3.10.1975 und Times vom 16.3.1976.

⁴⁹⁾ D. Farnham, *The Labour Alliance: Reality or Myth?*, in: *Parliamentary Affairs*, 29. Jg. (1976/77), S. 38 ff.

dem linken Flügel, sondern auch in Teilen der Mitte mit dem Verzicht auf umfassende sozialstaatliche Reformen Befremden hervorrief. Als die Labour Party nach 1970 in die Opposition zurückkehrte, wurde sie durch die Debatte um den britischen EG-Beitritt weiteren Belastungen ausgesetzt, die jedoch wegen der verbreiteten EG-Gegnerschaft gänzlich ungewohnte Fronten zogen: Gemeinsam opponierten der linke Flügel, die Gewerkschaften, die wichtige Mittelgruppe und sogar Teile des rechten Flügels gegen den Beitritt; nur ein Teil des rechten Flügels war dafür. Angesichts dieser temporären Spaltung und der partiellen Isolation des rechten Flügels erreichte der entschieden EG-feindliche linke Flügel den Höhepunkt seines Einflusses als das agitatorische Zentrum der Anti-Beitrittskoalition⁵⁴⁾.

Als organisatorischer und intellektueller Kristallisationskern des linken Labour-Flügels fungiert die sog. *Tribune-Group* in der Labour Party und in der Unterhausfraktion⁵⁵⁾.

Die Kritik des linken Flügels an der Politik des seit Kriegsende letztlich beherrschenden rechten Labour-Flügels geht dahin, daß die Labour-Party nach dreißig Jahren der Regierungskontrolle oder der parlamentarischen Opposition die Machtausübung im Rahmen der parlamentarischen Institutionen als Selbstzweck suche, aber auf die Überwindung der Klassengegensätze verzichtet hätte⁵⁶⁾. Die Orientierung an den Grenzen des Durchsetzbaren und an mittelfristigen Wahlerfolgen hätten die Labour-Party von einer inhaltlich konsequenten Reformpolitik abgedrängt. Den stärksten Rückhalt besitzt die Labour-Linke in den Organen der außenparlamentarischen Partei, vor allem unter den Aktivisten der Wahlkreisorganisationen. Zwölf von 38 Mitgliedern des Parteivorstandes zählten zum linken Flügel, drei weitere sympathisierten mit diesem; nur vier von diesen insgesamt 15 „Linken“ repräsentieren jedoch die Gewerkschaften⁵⁷⁾. Im gegenwärtigen Parlament hat die organisierte innerfraktionelle Linke, die *Tribune Group*, mit ca. 25 % der gesamten

Fraktionsstärke bzw. 77 Abgeordneten einen Höchststand erreicht. Dieser lag noch in den 60er Jahren bei 50 bis 60 Abgeordneten. Die jüngeren Abgeordnetenjahrgänge zeigen die stärkste Affinität zur *Tribune Group* und lassen hierin den „Linksrutsch“ in den nominierenden Wahlkreisparteien erkennen⁵⁸⁾.

Mit den Stimmen der Gewerkschaften bestimmte der linke Flügel die sozialistische Grundtendenz und die Einzelforderungen des Parteiprogramms von 1973. Dem linken Flügel gehören die Sympathien vieler Gewerkschaften und eines großen Teils der Mittelgruppe in der Labour Party. Allerdings besteht in Fragen praktischer Korrekturen an der Regierungspolitik ein erheblicher Dissens. Hier ergriffen die Gewerkschaften seit dem Abschluß des Sozialkontrakts abermals regelmäßig Partei für den rechten Labour-Flügel, nachdem es im Verlauf der EG-Kontroverse kurzfristig zu einer Aktionseinheit von Gewerkschaften und linkem Flügel kam. Mit dem rechten Flügel und dem regierenden Teil der Labour Party lehnen die Gewerkschaften die von der Labour-Linken geforderten, in ihren Auswirkungen ungewissen Maßnahmen zur Wirtschaftssanierung ab zugunsten einer konventionellen Politik, die kalkulierbarer und „eingeführter“ erscheint und von ihren Prämissen her vitale gewerkschaftliche Interessen wahr⁵⁹⁾. So verurteilen die Gewerkschaften die Kritik des linken Flügels an Regierungshilfen für konkursbedrohte Privatunternehmer mit dem Argument, die Arbeitsplatzsicherung hätte Vorrang vor allen anderen Überlegungen.

In der Gestaltung der Oppositions- und Regierungspolitik der Labour Party spielte der revisionistische rechte Flügel eine wichtige und gelegentlich ausschlaggebende Rolle. Der Mangel an aktiven Parteiarbeitern, die sich mit dem rechten Flügel identifizieren, ist der schwächste Punkt des rechten Flügels, dessen Wortführer zum Teil in ihren eigenen Wahlkreisen mit oppositionellen oder oppositionsgeneigten Wahlkreisorganisationen konfrontiert sind. Im National Executive Commit-

⁵⁴⁾ Vgl. J. Mackintosh, *Machtkampf in der Labour Party*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. 6. 1973.

⁵⁵⁾ R. Rose, *The Problem of Party Government*, London 1976 (Pelican), S. 321.

⁵⁶⁾ D. Coates, *The Labour Party and the Struggle for Socialism*, Cambridge 1975, S. 162, 165; E. Hefner, *Two Labour Parties or One?*, in: *The Political Quarterly*, 46. Jg. (1975), S. 385—394.

⁵⁷⁾ *Financial Times* vom 12. 11. 1976.

⁵⁸⁾ „The Tribune Group Prepares to Celebrate a Hollow Victory“, in: *The Economist* vom 26. 4. 1975, S. 17 f.; siehe ferner A. Kronberg and R. C. Frasure, *Policy Differences in British Parliamentary Parties*, in: *American Political Science Review*, 65. Jg. (1971), S. 702, Anm. 19.

⁵⁹⁾ *Financial Times* vom 14. 4., 10. 8. und 18. 10. 1974 sowie vom 1. 9. 1975; siehe auch „Do the Unions Rule Britain?“, in: *The Economist* vom 29. 2. 1975, S. 38 f. *Times* vom 12. 1. 1977.

tee verfügt die Labour-Rechte über lediglich sieben von 28 Mitgliedern, von denen allein vier die Gewerkschaften, aber keiner die aktiven Wahlkreismitglieder vertreten⁶⁰⁾. Allerdings schließen sich lediglich die kleineren Gewerkschaften dem rechten Flügel an; von den größten Gewerkschaften kann lediglich die (drittgrößte) Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten als sympathisierend bezeichnet werden. Die Hauptstütze des rechten Flügels war und ist die Unterhausfraktion. „Rechte“ Labour-Abgeordnete besetzten stets eine Reihe von Schlüsselressorts in Labour-Regierungen, darunter besonders oft das Außen- und das Schatzministerium. Die Ausschließung linker Labour-Abgeordneter von bestimmten Ressorts und die Konzentration kaum ambitionierter, administrativ wenig beschlagener Hinterbänkler in der breiten Mittelgruppe der Unterhausfraktion erklären das große Gewicht des rechten Flügels in den Labour-Kabinetten. Erst das rasche Anwachsen und die parlamentarische Aktivität der Tribune Group veranlaßten die Labour-Rechte, sich wie die Labour-Linke als innerfraktionelle Gruppe zu organisieren. 1974 konstituierte sich eine Manifest-Gruppe aus 76 Mitgliedern, das sind 25 % aller Labour-Abgeordneten im Unterhaus⁶¹⁾. Die Manifest-Gruppe lehnte eine vollständige Wirtschaftskontrolle durch den Staat ab und plädiert für ein Einfrieren bzw. eine Senkung der Staatsausgaben als Mittel der Inflationsbekämpfung⁶²⁾.

Die Mittelgruppe in der Labour Party zeichnet sich hauptsächlich durch ihre enge Verbindung mit den größten und wichtigsten Gewerkschaften aus. Als besonderes Merkmal auf parlamentarischer Ebene ist die Loyalität zur jeweiligen Parteiführung hervorzuheben. Die Mittelgruppe umfaßt mit mehr als der Hälfte der Jahreskongreßdelegierten, mit 50 % der Unterhausfraktion und neun von 28 Parteivorstandsmitgliedern die stärkste Gruppe in der Labour Party. Die Mehrheit dieser Gruppe tendiert in der Unterhausfraktion und im National Exekutive Committee, im Parteivorstand, zum Standpunkt des rechten Flügels in wirtschaftlichen und außenpolitischen Fragen, vermeidet jedoch dessen antisozialistische Schärpen und zeigt Kompromißbereitschaft in bezug auf linke Positionen. Dagegen betreiben die Gewerkschaftsführer mit der

Mehrheit ihrer Delegierten eine Politik der wechselnden Koalitionen.

Der dominierende Gesichtspunkt im Verhalten der Mittelgruppe ist die Integration einer Regierungspolitik, die von den bestehenden Strukturen ausgehend Machtgewinn oder Machterhaltung anstrebt, mit einer innerparteilichen Strategie, die den Zusammenhalt der Labour Party wahrt. Im Konfliktfall müssen dementsprechend Konzessionen an den linken Flügel die Regierungspolitik korrigieren, wenn diese in ihrer ursprünglichen Richtung den innerparteilichen Polarisierungsprozeß auf die Loyalitätsverweigerung des linken Flügels zuspitzt. Diese Ausgleichsfunktion, die der Mittelgruppe in der Labour Party zufällt, beeinflusst in typischer Weise den Stil der Labour-Führer, die — mit der einzigen Ausnahme *Gaitskells* (1955—1963) — weder vom linken noch vom rechten Flügel rekrutiert wurden⁶³⁾. Gewiß sympathisiert die Mittelgruppe, was besonders für die großen Gewerkschaften zutrifft, mit den Zielen des linken Flügels. Aber die aktuellen Regierungsprobleme und der Wille, den Regierungsparteistatus nicht zu verspielen⁶⁴⁾, sowie insbesondere die kurz- und mittelfristigen Gewerkschaftsinteressen binden diese Schlüsselgruppe in der Parteistruktur mit dem rechten Flügel zusammen, während die Labour-Linke in ihrer Oppositionsrolle verbleibt. Dies heißt in der aktuellen politischen Konsequenz, daß vorbehaltlich gravierender Änderungen in der britischen Wirtschaftslage die gegenwärtige Politik des Kabinetts Callaghan fortgeführt werden kann. Während bis spät in die 60er Jahre hinein die Gewerkschaften der Labour-Führung den Primat bei der politischen Vertretung der britischen Arbeiterinteressen einräumten, kehrte sich dieses Verhältnis spätestens 1969 um. In diesem Jahr legte die Labour-Regierung ihren Plan eines Gewerkschaftsgesetzes vor, der im Zusammenhang mit einer Formalisierung des diffusen, großenteils auf Konventionen beruhenden Arbeitsrechts den Arbeitskampf bestimmten Regeln unterwerfen, die Autorität der offiziellen Gewerkschaftsorgane gegen die informellen betrieblichen Gewerkschaftsvertreter stärken und in der Konsequenz die häufigen spontanen Streiks unterbinden sollte. Diesem Plan lag die Absicht zugrunde, die unberechenbaren Produktionsstockungen und

⁶⁰⁾ Financial Times vom 12. 11. 1976.

⁶¹⁾ Financial Times vom 18. 12. 1974; siehe auch „Factions Face Up“, in: The Economist vom 14. 12. 1974, S. 18.

⁶²⁾ Times vom 2. 2. 1977.

⁶³⁾ H. M. Drucker, Leadership Selection in the Labour Party, in: Parliamentary Affairs, 29. Jg. (1976/77), S. 378—395.

⁶⁴⁾ Financial Times vom 29. 2. 1976.

volkswirtschaftlichen Verluste aus „wilden“ Aktionen im Wege der Gesetzgebung zu erschweren. Doch gerade vor dem Hintergrund der geringen Disziplinierungsmöglichkeiten der Gewerkschaftsführungen und der Dezentralisierung gewerkschaftlicher Autorität auf die Betriebe und die informellen gewerkschaftlichen Arbeitersprecher drohte hieraus der unvermeidliche Konflikt zwischen der gewerkschaftlichen Basis und dem gewerkschaftlichen Funktionärskörper, den beide Teile zu vermeiden suchten. Erst nach dem massiven Druck der Gewerkschaften und nachdem aus der Unterhausfraktion eine Loyalitätsverweigerung drohte, die den Sturz der Regierung hätte herbeiführen müssen, zog die Regierung ihr Projekt zurück.

In der Oppositionszeit arbeiteten daraufhin Labour-Führung und Gewerkschaften ein formelles Konsultationsverfahren aus, das künftig derartige, auf Fehleinschätzung der gewerkschaftlichen Interessen beruhende Konflikte vermeiden sollte. Es kam zur Bildung eines Labour-Party-TUC-Verbindungsausschusses, in dem die Repräsentanten des Gewerkschaftsbundes und die Labour-Führung den von der Labour-Regierung einzuschlagenden Kurs aufeinander abstimmten, so daß Verlautbarungen und Entscheidungen der politischen Organe der Labour-Party von vornherein vitale Gewerkschaftsinteressen berücksichtigten und sich mithin eine nachträgliche Kritik oder Korrektur durch maßgebliche Gewerkschaftsvertreter erübrigte. Seit 1974 werden alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Labour-Kabinetts in diesem Verbindungsausschuß beraten, wobei wichtige Fragen, wie etwa die Fortsetzung des *social contract*, unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die gewerkschaftliche Basis stehen. Aber jede Erklärung im Verbindungsausschuß beinhaltet die Verpflichtung der Gewerkschaften, bei ihren Mitgliedern auf eine Unterstützung des Regierungskurses hinzuwirken. In seiner Funktion ähnelt dieser Koordinationsmechanismus einem Koalitionsausschuß zwischen zwei politischen Parteien. In der Tat kommt ihm die Aufgabe zu, zwischen konkurrierenden politischen Ansprüchen zu vermitteln. Seitdem sich Großbritannien in einer akuten Wirtschaftskrise befindet, steht wegen Arbeitslosigkeit, Inflation und realen Einkommensverlusten besonders für die *working class* mit dem materiellen Lebensstandard ein selbstselbstverständlich gewordener *Way of Life* auf dem Spiel. Nur die Gewerkschaften befinden sich in der Lage, rigoros und ausschließlich

den Standpunkt der Industriearbeiter zur Geltung zu bringen, der für die Labour Party, die auf das strategische Grundziel einer Parlamentsmehrheit fixiert ist, zu eng wäre. Die Suprematie des Kabinetts und der Unterhausfraktion im Entscheidungsprozeß der Labour Party verhindern auf der anderen Seite, daß sich die Gewerkschaften über die bestehenden Parteikanäle erfolgreich Gehör verschaffen⁶⁵⁾: Die zahlreichen Verurteilungen der Wilson-Regierung durch den Labour-Kongreß blieben bis 1970 ohne merkliche politische Konsequenzen. Deshalb erscheint nur der gegenwärtig beschrittene Weg einer über den Verbindungsausschuß gewährleisteten direkten Einwirkung und Mitsprache der Gewerkschaften in der Regierungspolitik — d. h. eine Politisierung der Gewerkschaftsstrategie im institutionellen Rahmen der Labour-Party — geeignet, weitere größere Konflikte und damit ein Auseinanderbrechen der britischen Arbeiterbewegung in eine ausschließlich parlamentsbezogene „politische“ Komponente und in eine ausschließlich „gewerkschaftsbezogene“ Komponente auf lange Sicht zu verhindern. Die „Mitregierung“ der Gewerkschaften als autonome politische Kraft bleibt für die Zukunft eine unverzichtbare Prämisse sowohl für den Zusammenhalt der Labour-Party als auch für die erfolgreiche Politik einer Labour-Party. Dies schließt allerdings auch die Gefahr ein, daß die starke Abhängigkeit von den Gewerkschaften unter besonderen Umständen zwar die Labour Party unter dem Gebot der Konfliktvermeidung zur Anpassung an die Gewerkschaften zwingt und damit die Einheit der Partei wahrt, aber zugleich parlamentarisch politische Erfolge bei der Wählerschaft verbaut.

Die Konservative Partei hat im Gegensatz zur Labour-Party noch keine Klärung ihres Verhältnisses zu den Gewerkschaften erzielt. Sie erreichte den Höhepunkt ihres Einflusses in der Nachkriegszeit in den 50er und beginnenden 60er Jahren, als Großbritannien eine bis dahin unbekannte Steigerung der Masseneinkommen und eine starke Annäherung an den Zustand der Vollbeschäftigung verzeichnete. Konflikte mit den Gewerkschaften kamen unter diesen Bedingungen nicht in größerem Umfang auf. Die krisenhafte Zuspitzung der britischen Wirtschaftsprobleme vollzog sich hauptsächlich unter der Ägide der Labour-Ka-

⁶⁵⁾ Richter, S. 217 ff.; siehe auch V. J. Hanby, *A Changing Labour Elite*, in: I. Crewe (Hrsg.), *British Political Sociology Yearbook*, Vol. 1: *Elites in Western Democracy*, London 1974, S. 142 f.

binette Wilson und Callaghan. Lediglich von 1970 bis 1974 amtierte eine konservative Regierung unter ähnlich schwierigen Bedingungen. Gerade in dieser Zeit belastete sich die Konservative Partei jedoch mit einer schweren Hypothek, indem sie sogleich ein ähnliches Arbeits- bzw. Streikkontrollgesetz verabschiedete wie jenes, das die vorausgehende Labour-Regierung unter innerparteilichem und gewerkschaftlichem Druck zurückgezogen hatte. Die meisten Gewerkschaften boykottierten dieses Gesetz und hielten an der herkömmlichen Arbeitskämpfpraxis fest, woraufhin die Regierung im Wege gerichtlicher Entscheidungen eines eigens eingerichteten Industrial Relations Court dem Gesetz Geltung zu verschaffen versuchte, aber damit nur die Beziehungen zu den Gewerkschaften weiter verschlechterte⁶⁶⁾. Eine zweite, ebenso kräftige Konfliktquelle bildete die Einkommenspolitik. Die Auseinandersetzung mit der Bergarbeitergewerkschaft, die höhere als die von der Regierung konzedierte Lohnsteigerungen verlangte, führte zu einem andauernden Streik, zu Engpässen in der Energieversorgung und letztlich zur Einführung der Dreitage-Arbeitswoche. Inmitten dieses Kräftemessens schrieb die Regierung Neuwahlen aus, die in der gegebenen Situation auf eine Abstimmung für oder gegen den Standpunkt der Regierung hinausliefen. Die Regierung unterlag.

In die Opposition zurückgekehrt, bildeten sich in der Konservativen Partei zwei Fraktionen heraus, die in der Frage der Haltung zu den Gewerkschaften unterschiedliche Strategien empfahlen⁶⁷⁾. Die Gruppe um den ehemaligen Premierminister Heath, die eine kleine Minderheit in der konservativen Partei

darstellt, tritt für eine Wiederannäherung an die Gewerkschaften und für umfassende Regierungseingriffe — ähnlich denen der vergangenen und gegenwärtigen Wirtschaftspolitik — zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ein⁶⁸⁾. Eine andere Gruppe um den Schattenkabinettsminister Sir Keith Joseph, die zur Zeit einen dominierenden Einfluß in der Unterhausfraktion, dem einzigen und maßgeblichen Entscheidungsgremium der Konservativen Partei, ausübt, nimmt eine Konfrontation mit den Gewerkschaften bewußt in Kauf. Sie setzt darauf, daß eine Wirtschaftspolitik entsprechend ihrem neoliberalen Konzept, die unter bestimmten Voraussetzungen hohe Arbeitslosigkeit nicht vermeiden kann, die Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften die Grundlage entzieht⁶⁹⁾. Diese in der Amtszeit der Oppositionsführerin Thatcher vorwiegende Einstellung bestärkte die Gewerkschaften in dem Trauma einer konservativen Regierung so sehr, daß kürzliche Versuche der konservativen Führung, ihren rigorosen Standpunkt zu revidieren und mit den Gewerkschaften Gespräche anzuknüpfen, von den Vertretern des TUC zunächst abgelehnt wurden, dann schließlich doch zustande kamen, aber noch keineswegs eine Annäherung der Gewerkschaften an die Positionen des konservativen Schattenkabinetts bedeuteten. Die breitere Öffentlichkeit und die Börse fürchteten die Regierungsübernahme der Konservativen, wie sich bei der jüngsten Vertrauensabstimmung über das Kabinett Callaghan zeigte, weil den Konservativen in ihrer gegenwärtigen programmatischen Verfassung nicht zugetraut wird, ähnlich wie die Labour Party in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik durchzusetzen⁷⁰⁾.

VII. Auswege

Drei politisch relevante Konzepte konkurrieren um einen Ausweg aus der gegenwärtigen „britischen Krise“:

a) Investitionsschwäche und mangelnde Gewinnerwartungen definieren die Ansatzpunkte der britischen Wirtschaftspolitik. Deshalb muß diese alles Erforderliche in den Grenzen des politisch Durchsetzbaren unternehmen,

um diese zentralen Einzelprobleme der britischen Wirtschaftsstruktur zu bewältigen. Diese Analyse der „britischen Krise“ beruht auf einem Vorverständnis, wonach Großbritannien

⁶⁷⁾ D. Watt, *The Westminster Scene*, in: *The Political Quarterly*, 45. Jg. (1974), S. 352.

⁶⁸⁾ *Times* vom 5. 1., *Financial Times* vom 29. 11. 1976.

⁶⁹⁾ *Financial Times* vom 6. 9., 8. 10. 1975 und vom 19. 9. 1976, *Times* vom 11. 3. 1977 und *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. 1. 1977.

⁷⁰⁾ *Times* vom 27. 2. 1976 und *Financial Times* vom 1. 3. 1976.

⁶⁶⁾ S. Bernd-Jürgen Wendt, *Industrial Democracy. Zur Struktur der britischen Sozialbeziehungen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 46/75*, S. 32—35.

en eine „mixed economy“, d. h. neben dem staatlichen auch einen privaten Wirtschaftssektor, beibehalten muß. Die Verstaatlichung sämtlicher Produktionsbereiche, wie sie vom linken Labour-Flügel gefordert wird, würde danach dem Wirtschaftsprozeß in der privaten, mit der Aussicht auf späteren Gewinn getroffenen Unternehmensinvestitionsentscheidung unentbehrliche dynamische Impulse entziehen. Hieraus resultieren die politischen Entscheidungen, private Unternehmen notfalls mit staatlichen Mitteln zu stützen, falls sie in Schwierigkeiten geraten, und der Verzicht des Staates auf eine weitere Belastungssteigerung der Verbraucher- und Produzenteneinkommen und in der Folge auf weitere Expandierung der öffentlichen Ausgaben und Dienstleistungen sowie schließlich das Bemühen um irgendeine — möglichst freiwillige — Form von Lohneinkommensbeschränkungen. Alle diese Schritte dienen dem Zweck, die Kosten der industriellen Produktion zu verringern und die erwirtschafteten Erträge, aus denen Investitionen finanziert werden müssen, zu verbessern. Nur unter der Voraussetzung, daß diese Strategie gelingt, d. h. tatsächlich die erwarteten Investitionen getätigt werden, können auch langfristig die außenwirtschaftlichen Probleme gelöst werden⁷¹). Dieses Konzept entspricht der derzeit praktizierten amtlichen Wirtschaftspolitik. Seine wichtigsten Fürsprecher finden sich auf dem rechten Labour-Flügel und mit unterschiedlicher Nuancierung in Einzelpunkten bei grundsätzlichem Einverständnis auf dem linken Flügel der Konservativen Partei bei den sog. *Reform Tories*.

b) Die „britische Krise“ ist die Krise der Wirtschaftsverfassung bzw. der Besitzverhältnisse im sekundären und tertiären Wirtschaftsbereich. Die britische Wirtschaft krankt daran, daß sie noch einen umfangreichen Bestand an privaten Unternehmen duldet und ihren Handelsverkehr vor allem mit privatkapitalistisch strukturierten Industrieländern der westlichen Welt unterhält. Um Großbritannien aus der Krise herauszuführen, bedarf es der Verstaatlichung der verbliebenen privaten Wirtschaftsbereiche (Industrie/Banken) und der Einrichtung einer politisch kontrollierten Investitionslenkung, die zentral das Wachstum und den Investitionsbedarf der einzelnen Wirtschaftssektoren plant. Das Planziel liegt in der Nivellierung der sozialen Unterschiede, in der Transformation der be-

stehenden sozio-politischen Strukturen in eine sozialistische Gesellschaft. Importkontrollen sollen die Abhängigkeit der britischen Wirtschaftsentwicklung und den Aufbau einer egalitären Gesellschaft von der Außenwelt bzw. von ausländischen Krediten verringern. Für dieses Konzept, das der linke Labour-Flügel um die Tribune-Group und den Kabinettsminister A. Wedgwood-Benn vertreten und das sich an die Grundzüge des Labour-Grundsatzprogramms von 1934 anlehnt, hat sich die Bezeichnung der „sieve economy“, der Belagerungswirtschaft, eingebürgert.

c) Die zweite Alternative, die zum erstgenannten Konzept angeboten wird, gibt eine neo-liberale Antwort im Sinne des „Laissez Faire“ auf die britischen Wirtschaftsprobleme. Jegliche Staatseingriffe in den Wirtschaftsprozeß, die über ein bestimmtes, gering anzusetzendes Minimum hinausgehen, sind danach abzulehnen. Auch Lohnkontrollen — freiwilliger oder obligatorischer Art — sind eine Abirrung vom richtigen politischen Weg der Garantie des freien Spiels der Marktkräfte; gegen die Rückkehr zu freien Tarifvereinbarungen ist nichts einzuwenden. Die strikte Kontrolle der zentralen Kreditversorgung hat dafür zu sorgen, daß hieraus keine neue Inflationsquelle entsteht wie überhaupt die Stabilisierung der Währung das kardinale Ziel aller Wirtschaftspolitik sein muß. Bekanntester Repräsentant dieses wirtschaftspolitischen Konzepts ist der Schattenminister und Grundsatzbeauftragte des Schattenkabinetts Sir Keith Joseph, der sich voll zum marktwirtschaftlichen Rigorismus der Theorien M. Friedmans bekennt. Joseph nimmt bereitwillig in Kauf, daß als Konsequenz dieser Auffassung erhebliche Arbeitslosigkeit entstehen kann. In Übereinstimmung mit den politischen Interessen der britischen Mittelklassen verlangt das neo-liberale Konzept ferner eine drastische Senkung der Haushaltslasten bzw. die Senkung des Anteils der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt⁷²).

Das sozialistische und das neo-liberale Konzept beinhalten puristische Strategieempfehlungen, die den sozialen und ökonomischen Realitäten in Großbritannien nicht hinreichend Rechnung tragen. Die Verstaatlichung der noch verbliebenen privaten Wirtschaftsunternehmen würde die Investitionsbereitschaft des Auslandes gegenüber Großbritanni-

⁷¹) Times vom 5. 5. und 25. 5. 1976.

⁷²) Financial Times vom 6. 9. 1974 und Times vom 22. 2. 1975; OECD Economic Survey, The United Kingdom, März 1977, Paris 1977, S. 42.

en mit großer Wahrscheinlichkeit noch weiter herabdrücken oder gar lähmen und andere Bedingungen im Verhältnis zu ausländischen Kreditgebern schaffen, von denen gegenwärtig die internationale Zahlungsfähigkeit des Landes abhängt. Importkontrollen würden die betroffenen Länder, die zugleich auch britische Auslandsmärkte darstellen, zur Eröffnung eines Handelskrieges zwingen, den sich gerade Großbritannien noch weniger leisten kann als jedes andere vergleichbare Land. Die Idee einer zentralen Investitionsplanung taugt wenig, solange ungeklärt bleibt, wo und wie die Investitionsmittel in einem Land beschafft werden sollen, das bereits jetzt nur noch durch auflagengebundene internationale Kredite seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland nachkommen und seinen Haushalt finanzieren kann. Insgesamt scheint diese Vorstellung von der Lösung der britischen Krise kaum geeignet, Probleme abzurufen, sondern eher dazu, weitere Probleme zu schaffen.

Die Realisierung der neo-liberalen Konzeption brähe mit allen wirtschaftspolitischen Traditionen der Nachkriegszeit, indem sie bis auf einen Grundbestand die fiskalpolitischen Lenkungsmechanismen der Regierung aufgäbe. Der ausschließliche Verlaß auf geldpolitische Instrumente, die zudem im Dienst der Inflationsbekämpfung stünden, brähe mit der in der gegenwärtigen Situation unvermeidlichen höheren Arbeitslosigkeit eine beinahe sichere Verschärfung des sozialen Klimas mit sich. Eine ganz auf die Geldversorgung abstellende Wirtschaftspolitik im Sinne des konservativen Schattenministers wäre von situationsgebundenen Widerständen und Verwirklichungschancen abhängig, aber im Kontext der bestehenden politischen und wirtschaftspolitischen Institutionen technisch ohne weiteres durchführbar. Eben daraus erklärt sich die Ablehnung, die das neo-liberale Konzept bei der Labor Party und bei den Gewerkschaften findet.

In den kurzfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftslage stimmen partiell die Regierungspolitik und die Empfehlungen der Neo-Liberalen in der Konservativen Partei überein. So plädieren beide zur Zeit für eine Senkung der Steuerlasten und eine Verringerung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt. Für die Labour-Regierung handelt es sich hierbei jedoch um Notmaßnahmen, die aus der schwierigen Situation heraus erzwungen werden. Die entscheidende Differenz zwischen beiden Ansätzen besteht in den politischen und sozialen Kosten, die das eine oder das andere Konzept bedingen. Die Regierungspolitik entscheidet sich für einen Weg, der die wirtschaftlichen Probleme in der für die britischen Lohnempfänger erträglichsten Weise und bei weitestgehender Antizipation der in den letzten Jahren wichtigsten Konfliktursachen im Verhältnis zu den Gewerkschaften zu lösen versucht. Hierbei bedient sie sich der konventionellen politischen Interventionsmechanismen im Wirtschaftsprozeß, der Steuer- und Geldpolitik, der Subventionierung bestimmter Branchen und wichtiger Verbrauchsartikel des alltäglichen Bedarfs. Die amtliche Wirtschaftspolitik konnte insofern Erfolge verbuchen, als sie die Inflationsspirale zunächst reduzierte und dann stabil halten konnte sowie die Defizite in der Handelsbilanz verringerte. Der Handelsbilanz kam hierbei zusätzlich zum Nachfragedämpfungseffekt der Regierungspolitik und der Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften die seit 1976 steigende Selbstversorgung mit Öl aus den Nordseequellen zugute. Dennoch bleibt die Kooperation von Regierung und Gewerkschaften im *Social Contract* ein unverzichtbar scheinendes Grundelement der aktuellen Wirtschaftspolitik. Ob es jedoch sogar unter der Voraussetzung, daß der *Social Contract* aufrechterhalten wird, gelingen kann, über Jahrzehnte hinweg gewachsene Struktur-schwächen in kürzerer Zeit zu bewältigen, steht dahin.

Schweden – Die „politische Wende“ findet nicht statt

Das „schwedische Modell“ unter der Regierung Fälldin — Zielkontinuität mit neuen Mitteln

Die öffentliche Meinung in der Welt wertete den Ausgang der schwedischen Parlamentswahlen im Herbst 1976 ziemlich einmütig als eine „politische Wende“, — was immer man darunter verstehen wollte. Nach 44jähriger fast ununterbrochener sozialdemokratischer Regierungszeit hatten relativ geringfügige Verschiebungen zwischen dem bürgerlichen und dem sozialistischen Lager zur parteipolitischen Umstellung des Kräfteverhältnisses im Parlament (Reichstag) geführt, die Sozialdemokraten in die Opposition versetzt und eine bürgerliche Dreiparteienkoalition aus der bäuerlichen Center-Partei, der liberalen Volkspartei und der konservativen Moderata unter dem Centerparteführer Thorbjörn Fälldin als Ministerpräsident ermöglicht. Im Reichstag stehen sich jetzt 180 bürgerliche und 169 sozialistische (Sozialdemokraten und Kommunisten) Abgeordnete gegenüber.

Daß ein Regierungswechsel (zeitlich wider Erwarten) im Herbst 1976 möglich war, rechtfertigt das internationale Aufsehen. Überall ist „das schwedische Modell“, der perfekte Wohlfahrtsstaat, ein Begriff, den man der Leistung der Sozialdemokraten zuschrieb. Der Machtwechsel wird an diesem System aber nichts wesentliches ändern. Der Sozialstaat wird nicht angetastet, noch gar in Frage gestellt. Es ist bereits von seinem weiteren Ausbau zu gegebener Zeit die Rede. Regierung und Opposition haben ja das gleiche Ziel, nämlich das „Volksheim“ so wohnlich wie möglich zu machen. Die Schweden haben dafür den schwer übersetzbaren Begriff des „samhälle“, des Gemeinwesens, das mehr besagt als Gesellschaft und etwas von der hier waltenden, stark ausgeprägten Solidarität ahnen läßt. Es gibt ein breites Feld politischer Übereinstimmung. Der Regierungswechsel war auch nicht das Zeichen eines plötzlichen Sympathieumschlags gegen die Sozialdemokraten, sondern eher das Ergebnis einer unterschwellig, sich langsam verbreitenden Einsicht, daß eine gesunde Demokratie des Wechsels der Regie-

rungen bedarf. Da der Wohlfahrtsstaat an die Grenzen seines finanziellen Leistungsvermögens gestoßen war und in organisatorische Schwierigkeiten geraten zu sein schien, konnte ihm daher eine „Atempause“ bekömmlich sein, während derer im Regieren noch nicht beanspruchte Kräfte, von weitgehend gemeinsamer weltanschaulicher Grundlage aller politischen Parteien aus, die Mittel zum Ziel überdenken konnten. Eine gewisse Verdrossenheit hatte sich gegen das System des alles regulierenden „starken Staates“ gerichtet. Der Wohlfahrtsstaat mit dem höchsten Lebensstandard, der angeblich umfangreichsten und arrogantesten Bürokratie und den höchsten Steuern war für manche Bürger zu einem Problem geworden. Beim Versuch, weitgehende zentrale Steuerung mit den traditionellen demokratischen Freiheitsprinzipien zu verbinden, waren ausgleichende Gerechtigkeitsbemühungen in Konflikt mit den aus freier Konkurrenz zu gewinnenden Vorteilen geraten. Auf einer bestimmten Entwicklungsstufe kollidiert offensichtlich eine planende Wirtschaftspolitik (motiviert mit der rasanten Entwicklung der Technik im modernen Staat) mit den Forderungen nach individueller Freiheit.

Die jetzige bürgerliche Dreiparteien-Koalition ist ein Gebilde mit nicht unerheblichen Gegensätzen. Ein ständig strapazierter Prüfstein für den Zusammenhalt sind die weit auseinanderklaffenden Gegensätze in der Kernkraftfrage: zwei der Regierungsparteien sind für volle bzw. fast volle Durchführung des Kernkraftausbauprogrammes, das der Reichstag 1975 beschlossen hat; die Partei des Ministerpräsidenten Fälldin bleibt bei ihrer Wahlkampfpapole: heraus aus der Kernkraftgesellschaft. Um Entscheidungen in dieser Frage — obwohl pausenlos im Interesse der Elektrizitätsversorgung und Vollbeschäftigung von der Wirtschaft und Opposition dazu gedrängt — hat die Regierung sich bisher mit Teilkompromissen gedrückt. So sollen die sechs bereits arbeitenden Reaktoren weiter betrieben werden.

vier neue gebaut aber nicht in Betrieb genommen werden, und die drei letzten das Reißbrett nicht verlassen. Planmäßig wird der Reichstag das Energieproblem 1978 ohnehin neu behandeln. Die beiden kleineren (kernenergiefreundlichen) Regierungsparteien werden die Koalition wegen dieser „Herzessache“ der größeren Partei nicht aufliegen lassen wollen, eine vorgesehene Volksabstimmung noch vor 1978 verlockt keine Partei, ebensowenig Neuwahlen, obschon aus unterschiedlichen Gründen. Eine Volksabstimmung in der Kernkraftfrage käme einer Konkurserklärung der Regierung gleich, denn gewinnen kann eine der drei Parteien nur auf Kosten der anderen Koalitionspartner.

Eines der profiliertesten Regierungsmitglieder, der neue Industrieminister Nils Asling, von der Schweizerischen Handelszeitung nach dem „Neuen“ gefragt, das nach dem Regierungswechsel eingetreten sei, sieht in der Kernkraftfrage (die wohl auch als wahlentscheidend bezeichnet werden kann), den Punkt, wo ein radikaler Umschwung in Schweden eingetreten ist. Das Denken in diesem Sektor sei vitalisiert und bewege sich in neuen Begriffen. Durch die Verabschiedung eines „Bedingungskatalogs“ (Aufarbeitung des Brennstoffes und Endlagerung des Atom­mülls) durch den Reichstag wäre eine Atempause bis 1985 zur Prüfung alternativer Energiequellen erreicht worden. Die Industrie selbst ist darin schon initiativ. Ein Projekt zur Lieferung flüssigen Gases wird beraten, an der Entwicklung von Sonnenenergie arbeiten mehrere Firmen. Denkbar wäre auch (aber nur gegen den Widerstand der Umweltschützer) ein weiterer Ausbau von Wasserkraft. Einen Ersatz von Kernkraft (heute 18 % der Energieversorgung) durch Öl wünscht die Regierung nicht.

Im übrigen unterscheidet sich die Politik der Regierung Fälldin von derjenigen ihrer Vorgängerin nicht im Ziel, sondern in den Mitteln, zu diesem Ziel zu gelangen: „Wir wollen den Sozialstaat nicht abschaffen.“ Es handle sich nur um Nuancen. Zu gegebener Zeit soll es zu weiteren Reformen kommen. Bezüglich der Wirtschaft bestehe der Unterschied zu früher darin, daß die Regierung den Rahmen absteckt, aber mit Regulierungen möglichst wenig ins Detail gehen will. Die Bürokratie soll gedämpft, generell dezentralisiert, dem Bürger mehr individuelle Freiheit bei der Regelung seines persönlichen Lebens gelassen

werden. Kurzum: mehr Individualität und „etwas weniger Staat.“

Gleichwohl mußte mit staatlichen Mitteln (über 12 Mrd. skr) massiv in die Entwicklung eingegriffen werden, die immer deutlichere Strukturprobleme aufweist. Die an Überkapazität leidende Wertindustrie z. B. wird mit staatlichen Garantien auf Lager arbeiten, die drei staatlichen Werften sollen fusioniert und aus der Holding Statsföretag herausgenommen und dem Industrieministerium direkt unterstellt werden.

Das sei jedoch keine prinzipielle Entscheidung gegen staatliches Engagement in Form von Aktiengesellschaften, obwohl gerade hier eine kritische Sonde angelegt werden soll. Gemeinwesen und Unternehmen müßten auch künftig bei Strukturrationalisierungen zusammenarbeiten.

Die aktive Regionalpolitik wird überprüft, um ein industrie- und arbeitspolitisches regionales Gleichgewicht sicherzustellen. Die Bevölkerungsstruktur soll bleiben. Vollbeschäftigung gilt nach wie vor als erster Punkt der Wirtschaftspolitik, noch vor der Erhaltung des Geldwertes und der Inflationsbekämpfung. Daß es zwei Arbeitslosenstatistiken gibt, diejenige des Statistischen Zentralbüros, die 3,3 % Arbeitslose errechnet, und diejenige der Arbeitsmarktbehörde, die 1,6 % nachweist, liegt daran, daß letztere die umschulenden Arbeitslosen nicht mitrechnet, denn „Arbeitsausbildung ist ein integrierter Teil des schwedischen Arbeitslebens.“ Im übrigen muß der Staat zur Zeit wegen der angespannten Wirtschaftslage stärker als er will stützend und regulierend in den Entwicklungsprozeß eingreifen. An sich sollte die Hauptverantwortung für Strukturveränderungen und Beschäftigung nicht beim Staat, sondern bei den Unternehmen selber liegen.

Was das Wahlvolk von Regierung und Opposition ein knappes Jahr nach dem Regierungswechsel denkt, zeigt die letzte Meinungsumfrage des SIFO-Instituts. Die Sozialdemokraten sammeln seit ihrer Wahlniederlage Pluspunkte, die regierende Center-Partei verliert an Sympathien, Moderate und Liberale haben ebensoviel wie die Bürgerlichen und haben etwas gewonnen. Zur Zeit werden für die Sozialdemokraten 49,2 % notiert; sie allein Kommunisten zusammen. Und wenn heute gewählt würde, könnten sie wieder an das Regierungsruder kommen. Die Lage der Kommu-

nisten nach der Parteispaltung hat sich stabilisiert.

Da Schweden schon früher manchen anderen Ländern als nachahmenswertes oder abschreckendes „Modell“ erschien, ist es jetzt besonders interessant, zu beobachten, wie die Regierung Fälldin mit der Problematik des Sozialstaats fertig wird. Aber wie immer sich

das Modell weiter ausformen mag, es ist die Frucht eigenständiger Entwicklung.

Charakteristische Merkmale des „schwedischen Modells“ sollen im Folgenden in ihrer Bedeutung und Funktionsweise aufgezeigt werden. Sie bilden den Bezugsrahmen, in dem die politisch-ökonomischen Bestrebungen der Regierung Fälldin gesehen werden müssen.

I. Zum politischen System Schwedens

Dualistische Wirtschaftsordnung

Die 8 Millionen Einwohner Schwedens stellen 4 Millionen Erwerbstätige, die bis vor kurzem pro Kopf der Bevölkerung das zweitgrößte Bruttosozialprodukt der westlichen Welt erarbeiteten. Zur Zeit stagniert der Zuwachs nahezu. Seit die verheiratete Frau infolge der Streichung der gemeinsamen Besteuerung selbständiges Steuerobjekt geworden ist, sind die Arbeitskraftreserven nahezu voll ausgeschöpft. Der schwedische Lebensstandard gehört nach wie vor zu den höchsten der Welt. Die schwedische Industrie zahlt die höchsten Stundenlöhne. In erstaunlich kurzer Zeit, aber später als auf dem Kontinent, war aus dem typischen Agrarland einer der modernsten Industriestaaten der Welt geworden. Die Entwicklung einer kontinentaleuropäischen Generation überspringend, tauschte die Bevölkerung sozusagen den Acker gegen die rostfreie Stadtküche ein. Sie tat das jedoch gewissermaßen „kollektiv“. Ihrem Wesen nach waren es „Siedler“ (Ulrich Herz). Die relative Einheitlichkeit der sozialen Herkunft prägt auch heute noch das Gefühl der Zusammengehörigkeit in der modernen schwedischen Gesellschaft.

In wessen Auftrag wird dieses BSP, von dem ca. 40 % auf die Industrie und ca. 8 % auf die Forstwirtschaft entfallen, erarbeitet? Wer besitzt die Produktionsmittel in diesem fast ein halbes Jahrhundert lang von sozialdemokratischen Regierungen verwalteten Land?

90 % davon sind in privater Hand, 6 Prozent bei den Verbrauchergenossenschaften und 4 % beim Staat. Der Wald gehört zur Hälfte den Bauern, d. h. Genossenschaften der Waldbesitzer mit großem Industriebesitz, 25 % privaten Aktiengesellschaften und 25 % Staat und Kommunen. Von den 15 Geschäftsbanken besitzt der Staat die kürzlich mit der Postbank fusionierte Kreditbank, an der Ge-

samtätigkeit der Banken ist er mit 10 %, die Genossenschaften mit 5 % beteiligt.

Marktwirtschaft und selbstverantwortliches Unternehmertum sind die wichtigsten Grundpfeiler der Wirtschaft. Die wirtschaftliche Machtkonzentration in den Händen einiger weniger ist erheblich. Ein Fünftel aller Lohnempfänger arbeitet in Firmen, die von 17 Eigentümergruppen kontrolliert werden. Ein Drittel des besteuerten Vermögens liegt bei 5 % der Reichsten. Auch der bisherige Arbeitsfriede ist nicht staatlichen Eingriffen, sondern der Stärke der Partner auf dem Arbeitsmarkt zu verdanken, die ihre Positionen frei aushandeln (obwohl das mit der Zeit schwieriger wird). Bisher zeigten auch die Gewerkschaften viel Einsicht in gesamtwirtschaftliche Notwendigkeiten. Umfang und Breitenwirkung ihrer Organisationen ist größer als in vergleichbaren Industrieländern. Die Industriearbeiter sind zu 90–95 % gewerkschaftlich organisiert. Gleiches gilt für die Angestellten, auch für die im öffentlichen Dienst, denen seit 1965 Verhandlungs- und Streikrecht zusteht. Die Bindung des Arbeitergewerkschaftsbundes an die sozialdemokratische Partei ist zwar eng, Kollektivanschluß aber — eine Zeitlang öffentlich diskutiert — lehnt die Mehrheit der Arbeiterschaft offenbar ab.

Durch Zusammenarbeit konnte in Schweden der Klassenkampf vermieden werden. Das beste Wirtschaftsergebnis, so sah es einst ein Gewerkschaftsboß, wird durch „von staatlichen Regulierungen möglichst ungestörte expansive Kräfte“ erreicht, und der nach 20jähriger „Machtausübung“ pensionierte Finanzminister Sträng beschied den Verfasser in einem Interview für die „Schweizerische Handelszeitung“ auf die Frage, wieso mit den Sozialisierungsparagrafen im sozialdemokratischen Parteiprogramm nicht ernst gemacht werde: „Wir sind keine Dogmatiker, sondern

Pragmatiker. Das Zweckmäßige hat den Ausschlag zu geben, nicht die Doktrin! Das bedeutet aber nicht, daß in der sozialdemokratischen Partei und bei den Gewerkschaften radikale Sozialisierungs- resp. Nationalisierungsforderungen aufgegeben worden wären. Im Wahlkampf spielte der kollektive Lohnempfängerfonds-Entwurf der Gewerkschaften eine unheilvolle Rolle. Einer noch von der Regierung Palme eingesetzten Gutachterkommission war unabhängig hiervon die Aufgabe gestellt worden, an Hand mehrerer Modelle Grundsätze für Arbeitnehmerfonds zu entwickeln, die die solidarische Lohnpolitik erleichtern, der Kluft zwischen Kapital und Arbeit entgegenwirken und die Entwicklung zur Betriebsdemokratie fördern sollen.

Bezeichnend für das Minimum an Dogmenhörigkeit bei den politischen Parteien Schwedens ist die Nationalisierung des „Reichtums besonderer Art“, nämlich der nordschwedischen Erzgruben Luossavaara-Kirunavaara (LKAB). 90 % des Aktienkapitals der 1890 gegründeten LKAB waren 1903 von der Trafik AB Grängesberg Oxelösund (TGO) erworben worden. 1906 wies der Reichstag einen Sozialisierungsantrag ab. 1907 kam es über Verhandlungen um die Frachttarife mit dem Staat als dem Eigner der Erz-Eisenbahn und nachdem der Staat auch ein Anleihegesuch über 20 Mill. skr abgelehnt hatte, zur Abtretung von 50 % des Aktienbesitzes der TGO an den Staat. Nach damals allgemeiner Auffassung gehörte ein so großes Objekt nicht in private Hand, sondern sollte vom Gemeinwesen verwaltet werden. 1927 beschloß der Reichstag auf Antrag der konservativen Regierung des Admiral Lindman die Einlösung der LKAB-Aktien durch den Staat. Aber erst 1957 machte dieser, nunmehr über die sozialdemokratische Regierung Erlander, von seinem Optionsrecht Gebrauch. Die Grängesberggesellschaft war bis 1975 mit 5 % weiter am AK beteiligt. Es war also eine „Nationalisierung mit Zugeständnissen“, denn auf sein Optionsrecht auf die Handelsflotte der TGO verzichtete der Staat, gründete zusammen mit der TGO dagegen eine gemeinsame Verkaufsgesellschaft für das Erzgeschäft. Das Schema Staat/Privatunternehmen ist in letzter Zeit mehrfach auf Grund wechselnder Initiativen durchexerziert worden, unabhängig von unterschiedlicher Wirtschaftsauffassung.

Ist die wirtschaftliche Macht also „kapitalistisch“ und war die politische jahrzehntelang

„sozialistisch“, so zielt die schwedische Wirtschaftspolitik wohl am ehesten in eine liberale Richtung. Aber alle diese Klischee-Begriffe sind eben doch nicht treffend für die gemischte Wirtschaft schwedischen Typs mit ihrer interventionistischen Wirtschaftspolitik und zahlreichen staatlichen Diensten parallel zur Dominanz der Privatwirtschaft im Produktionssektor. Schweden geht seinen eigenen Weg. Gegenwart und Zukunft werden als „nie ganz zu lösende Aufgabe“ empfunden.

In den letzten Jahren hat sich der Staat aber doch wesentlich aktiver im Wirtschaftsleben engagiert. Aus der wachsenden internationalen Konkurrenz und der rasanten Entwicklung der Technik leitete er zunehmende Verantwortung ab, den Innovationsprozeß — vor allem in Forschung und Entwicklung — zentral zu stimulieren und zu lenken. Der Staat sollte „zu einem frühen Zeitpunkt dabei sein“ und nicht nur „Aufwaschhilfe“ leisten, sollte der private Sektor solcher bedürfen. Das bedeutete verstärkten Regierungseinfluß. Der Privatwirtschaft wurde die Staatswirtschaft als „Gleichgewichtsfaktor“ gegenübergestellt. Die Rolle des Staates auf dem Kreditmarkt war der springende Punkt, die Macht des Staates über die Wirtschaft zu vermehren. Der Staat verfügt dazu über zwei wichtige Instrumente: seit 1959 über den Allgemeinen Pensionsfonds und seit 1967 über die Investitionsbank. Der Allgemeine Pensionsfonds verfügt über 37 Prozent, Staat und Gemeinden über 32 Prozent und der Privatsektor über nur 31 Prozent des Kapitalmarktes.

Der Allgemeine Pensionsfonds (ATP) ist ein Fonds in Verbindung mit der allgemeinen Zusatzrente, die alten Bürgern über die nackte Existenz ein gutes Einkommen sichern soll; die Pension beläuft sich (wenn das System 1986 voll ausgebaut sein wird) auf zwei Drittel des Durchschnittseinkommens der 15 besten Verdienstjahre und kann bis zu einem Höchstbetrag von ca. 30 000 skr jährlich steigen. Infolge des raschen Wirtschaftswachstums der 60er Jahre und der allgemein hohen Beschäftigung wuchs der Fonds rascher als erwartet. Er beläuft sich heute (31. 8. 1977) auf 110 Mrd. skr und ist damit, indem er für schätzungsweise ein Drittel des gesamten schwedischen Kreditmarktes aufkommt, ein gewaltiges potentielles Machtmittel in der Hand der jeweiligen Regierung. Schätzungsweise wird das Fondsvermögen im Jahr 2000 ca. 174,8 Mrd. skr betragen, und erst nach

dem Jahr 2010 wird der Abfluß durch Rentenzahlungen dem Geldzufluß entsprechen. Inzwischen hat der Fonds das Recht zum Aktienkauf in begrenztem Umfang erhalten. Daß er zum Instrument staatlicher Herrschaft über die Wirtschaft werden könnte, wird vom Direktor des Fonds bestritten, weil die Fonds-Grundregel „ganz und gar geschäftlich mit Einkünften und Sicherheit“ festgelegt ist.

Im Unterschied zum neutralen Pensionsfonds hat die Investitionsbank die Aufgabe, soziale wie auch finanzielle Aufgaben wahrzunehmen. Sie verfügt über ein Kapital von rund 700 Mill. DM und ist zu Finanzierungen in Höhe des Fünffachen dieser Summe berechtigt; durch ihre Finanzierungstätigkeit soll sie „zu Rationalisierungen, strukturellen Anpassungen und zur Entwicklung ermuntern“. Als zentrales Gremium aus Vertretern der privaten und kooperativen Industrie, der Gewerkschaften und des Staates figuriert der „Wirtschaftspolitische Rat“, und als „Katalysator“ mit stimulierender Funktion wurde die staatliche Entwicklungsgesellschaft zur Auswertung technischer Erfindungen geschaffen.

Die Wirtschaft beantwortete diese Gründung mit einer privaten Innovationsgesellschaft, die der staatlichen sogleich Zusammenarbeit anbot. „Die Besitzverhältnisse spielen eine geringe Rolle“, so der Vorsitzende dieser Gesellschaft, „für ideologische Unterschiede zwischen privat und staatlich ist Schweden zu klein, wesentlich ist die geschäftsmäßig-ideenmäßig richtige Leitung“. Das ist sehr typisch für die allgemeine Einstellung. Auch die staatlichen Vertreter in den Aufsichtsräten der großen Geschäftsbanken werden zwar für recht überflüssig, aber nicht gerade für ein Unglück gehalten, — „taugen sie etwas“, so sagte einer der einflußreichsten Banker, „dann werden sie uns auch nützlich sein“. Ein Gegensatzverhältnis sah die private Wirtschaft bislang aus staatlichen Gesellschaften prinzipiell nicht erwachsen, sofern es bei staatlichen Planungs- und Steuerungsfunktionen bliebe und direkte staatliche Unternehmen den gleichen harten wirtschaftlichen Gesetzen unterworfen bleiben. Aber Zusammenarbeit setzt Gegenseitigkeit voraus. Auch die Wirtschaft muß durch frühzeitiges „Dabeisein“ auf wirtschaftliche Entscheidungen einwirken können. Dies ist ein in der Verfassung durch das sogenannte „Remiss-System“ und das Prinzip der Öffentlichmachung verankerter Grundgedanke.

Das Remiss-System — Öffentliche Kontrolle und Rechtssicherheit

Eine Besonderheit der schwedischen Staatsverwaltung ist ihr dualistischer Aufbau. Da ist einerseits die Regierung mit den ihr untergeordneten Behörden, und da ist andererseits der vom Volk als sein Vertreter gewählte Reichstag, mit vom Ständestaat (Adel, Priester, Bürger und Bauern) übernommenen Rechten und Pflichten. Er allein übt das „uralte Recht des Volkes aus, sich zu besteuern“.

Bezeichnend für diese Staatsverwaltung ist der Gesichtspunkt der Rechtssicherheit, dem in Zweifelsfällen gegenüber der Effektivität stets der Vorrang gegeben wird: die Aufrechterhaltung der Rechtssicherheit ist das eigentliche Ziel der Verwaltung. Daraus wiederum resultiert einerseits die Unabhängigkeit der selbständigen Behörden und Ämter und andererseits das sog. Öffentlichkeitsprinzip, daß alle Schriftstücke und Akten der Verwaltung öffentlich zugänglich sein müssen.

Die „vom alten germanischen Gemeinwesen bewahrte Freiheitstradition“ (Hesslén) sorgte nicht nur für weitgehende Unabhängigkeit der zentralen Verwaltung vor königlicher Willkür, sondern führte auch gründlicher und früher als in vergleichbar strukturierten anderen Ländern das Prinzip der öffentlichen Kontrolle im Interesse der Rechtssicherheit mit dem Druck- und Pressefreiheitsgesetz ein. Es ordnet an, daß alle allgemeinen Schriftstücke und Dokumente, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vorgeschrieben ist, jedermann (!) zugänglich zu machen sind. Regierung und Reichstag arbeiten sozusagen „bei offenen Türen“ unter fortwährender Kontrolle der Öffentlichkeit. („In den Archiven der Regierung ist das Arsenal der Opposition angelegt“, G. Löwenhielm, 1771—1856.)

Größtmöglicher Rechtssicherheit dient auch, daß seit 1809 das höchste administrative unabhängige Gericht und nicht das verantwortliche Ministerium in letzter Instanz Beschlüsse der schwedischen Staatsverwaltung zu beurteilen hat. Den Inhalt der schwedischen Demokratie faßt Prof. Heckscher so zusammen: die Bürger sind zugleich „Kunden“ und „Prinzipale“ der Verwaltung. In Ausübung ihrer demokratischen Befugnisse als „Prinzipale“ werden sie in hohem Grade von den Erfahrungen geleitet, die sie als „Kunden“ dieser Verwaltung gemacht haben.

Die Unabhängigkeit der schwedischen Behörden dürfte in der Welt einmalig sein. In der Regel sind in anderen Ländern die Verwaltungsorgane in die entsprechenden Ministerien eingereiht oder stehen unter der Kontrolle eines politisch verantwortlichen Amtsträgers. So trägt z. B. in England der Minister vor dem Parlament die Verantwortung und der Beamte darf öffentlicher Kritik nicht ausgesetzt werden; ähnlich auch in den USA. Anders aber in Schweden, wo die politische Übereinstimmung zwischen Regierung und Beamten keine, oder eine nur sehr geringe Rolle spielt. Beim Regierungswechsel 1976 kam es zu nur wenigen Verabschiedungen und in einem Fall, einer Versetzung wegen, zu breiter Pressekritik wegen dieser Maßnahme. Die schwedischen Beamten sind unabsetzbar und unabhängig von politischen Rücksichtnahmen. Sie haben bedeutende selbständige Befugnisse, in die der Departmentchef (Minister) nicht eingreifen darf, weil grundsätzlich viele staatliche Verwaltungsangelegenheiten von der Politik ferngehalten sind. Das gilt für Gerichte, Gesetzesausführungen, Verfügungen und Anordnungen. Wohl arbeiten die selbständigen Behörden nach Richtlinien, und die innere Struktur der Verwaltungsorgane ist fortlaufender Rationalisierung unterworfen. Da nach schwedischer Auffassung das durch Gesetze zusammengehaltene Staatswesen durch die Unabhängigkeit der Behörden gut verankert ist, ist Unabsetzbarkeit der Beamten die Regel, Vertrauensaufträge die Ausnahme. Als Zwischenstufe ist der zeitlich begrenzte Auftrag eingeschaltet. Als „Vertrauensbeamte“ absetzbar sind die obersten Chefs der militärischen und zivilen Verwaltungen, alle Minister (Staatsräte) die meisten Generaldirektoren (Behördenchefs) und Diplomaten. Sie unterstehen der Jurisdiktion des aus hohen Richtern, Verwaltungsbeamten und Offizieren zusammengesetzten Reichsgerichtes, bei dem der Konstitutionsausschuß des Parlaments (Reichstag) nach jährlicher Prüfung der Tätigkeit der Minister Klage erheben kann. Dieses Gericht ist seit 1809 nur fünfmal zusammengetreten und hat kein einziges Absetzungsurteil gefällt.

Seit jeher arbeitet die schwedische Verwaltung nach dem Prinzip einer Gerichtsbehörde nach Anhören beider Seiten. Jeder Staatsbürger kann sich mit allen Klagen, wie es bisher formuliert wurde, „an den König“ wenden. Jedoch nicht direkt, sondern (seit 1776) über die Instanz des Justizobmannes (JO). Dieser von einem Reichstagsausschuß auf vier Jahre

gewählte Volljurist wacht über die Einhaltung der Gesetze durch die Beamtenschaft. Er kann auch von sich aus eingreifen und hat immer „nach eigenem Ermessen“ zu urteilen, ob der betreffende Fall beim Gericht anhängig gemacht werden soll. Klagt der JO aber ohne Grund an, so hat er sich wie jeder andere Bürger vor Gericht zu verantworten. Faßt ein Beamter einen Beschluß, so geschieht das immer auf eigene Verantwortung, auf eine höhere Instanz läßt sie sich nicht abwälzen. Diese Verantwortlichkeit der Beamten ist „eine lebendige Realität“ (Hesslén).

Die Einrichtung der etwa 50 zentralen Behörden, wie z. B. die Sozialdirektion, die Medizinalverwaltung, das Kammerkollegium (Katasteramt), Post und Eisenbahn etc. gehen auf die sog. „Freiheitszeit“, den Übergang vom Absolutismus zur Demokratie nach dem Tode Karls XII. zurück. Nach der Verfassung von 1720 durften Mitglieder des Reichsrats (Regierungskonsel) nicht auch zugleich Chefs der „Kollegien“, d. h. derjenigen Behörden sein, die als eine Art Staatssekretärexpedition arbeiteten; sie werden heute von Generaldirektoren geleitet. Der jeweilige Minister ist die Spitze des Verwaltungszweiges. Das Kanzleikollegium, die oberste Spitze der Kollegien, ist der Ursprung der heutigen Ministerien, zusammengefaßt unter der Bezeichnung „Seiner Königlichen Majestät Kanzlei“. Jede zentrale Behörde arbeitet nach den Richtlinien des Ministers, welcher der Regierung Rechenschaftsbericht und Budgetentwurf vorlegt.

Die alte Tradition des Ständereichstags setzt auch der Reichstag fort. Nicht getrennt als Regierungspartei und Opposition, auch nicht parteiweise aufgeteilt, sind dort die Abgeordneten plazierte, sondern zusammen nach ihren Wahlkreisen. Konservative, Liberale, Sozialdemokraten, Bauern und Kommunisten haben also sozusagen „gemeinsam“ vordringlich das Wohl ihres Wahlkreises im Visier. Das dürfte der Sachbezogenheit der Diskussion Vorschub leisten. Der schwedische — bisher mit Erfolg eingehaltene — Weg des Kompromisses ist im wesentlichen das Ergebnis eines relativ gut funktionierenden Gleichgewichts zwischen unterschiedlichen Interessen und ideologischen Auffassungen. Regierung und Opposition haben sich bisher relativ vorteilhaft ergänzt, respektive einander korrigiert. In dieses Bild gehören auch die Organisationen in der pluralistischen Wirtschaftsgesellschaft. Das zeigt sich überzeugend an der Behandlung von Gesetzentwürfen vor endgültig-

ger Beschlußfassung nach dem sogenannten „Remiss-Verfahren“ (remittieren = weiterleiten) das auf dem lapidaren Satz in der Verfassung von 1809 basiert: „Ämter und Behörden haben sich bei der Durchführung ihrer Aufgaben die Hände zu reichen.“

Das geht so vor sich: Bevor eine Regierungsvorlage an den Reichstag geht, muß sie nach einer von der Regierung festgesetzten „Remissliste“ und „Remisszeit“ an grundsätzlich zwei Empfängergruppen gehen: an zur Rückäußerung verpflichtete zentrale Behörden und an eine Reihe öffentlicher und privater Instanzen, wie Kommunen, Interessenverbände, wissenschaftliche Institute etc., denen „zur Rückäußerung Gelegenheit gegeben wird“. Schließlich kann auch jeder Bürger unaufgefordert ein Remiss-Gutachten abgeben, denn das Prinzip der Öffentlichmachung hat dafür gesorgt, daß der aktuelle Entwurf in diesem Stadium gedruckt oder vervielfältigt öffentlich zugänglich ist und meist auch bereits in der Tagespresse kommentiert wurde. Die vom zuständigen Ministerium bearbeiteten eingelaufenen Remissäußerungen gehen dann an die Reichstagsausschüsse, die ihrerseits weitere Expertisen auch außerhalb der Verwaltung einzuholen pflegen. Immer aber ist beim Remiss Einvernehmen, Rücksprache mit anderen Instanzen vorgeschrieben, und die Beschlußfassung erfolgt dann nach einer ganzen Skala verschiedener Möglichkeiten, von der „kollegialen Entscheidung“ bis zum „Ein-Mann-Beschluß“. Mit dem Begriff eines „Dienstweges“ läßt sich diese (in der Verfassung nicht verankerte) mit der Zeit eingespielte freie Form der Zusammenarbeit schwedischer Behörden nicht fassen; sie beruht auf einem gesunden Kompromißwillen.

Für besonders wichtige Fragen setzt die Regierung sogenannte „Komitees“ (Ausschüsse) von Sachverständigen ein, unter Vorsitz nicht immer des Ministers, sondern auch von höheren Beamten oder Parlamentsabgeordneten außerhalb der Regierung. Sie bestehen in der Regel aus Vertretern dreier Hauptgruppen: Amtsträgern im allgemeinen Dienst, Parlamentariern und übrigen, d. h. Vertretern privater Berufe, Interessengruppen, ideellen Verbänden und Wissenschaftlern. Anders ausgedrückt: es sind verschiedene Kräfte beteiligt: Regierung, Verwaltung, Parteien und Verbände. Von hier kommen die Vorschläge zu Ermittlungsgutachten. Aber deren Wahl und Typen, die Direktiven zur Komiteearbeit, werden von der Regierung bestimmt, die auch

die Vorsitzenden ernennt. Das ist sicherlich eine der wichtigsten Voraussetzungen für die allgemeine Machtposition der schwedischen Regierung im politischen Leben. Wenn die schwedische Politik aber mit Recht als eine Politik der Kompromisse bezeichnet wird — Kompromiß hat hier einen guten Klang —, so liegt das auch stark an der Praxis der Komiteearbeit. Ihre eigentliche Funktion ist es ja, Kompromisse zwischen den Vertretern verschiedener politischer Mandate zustande zu bringen.

In dem Maße, in dem der Staat seine Einflußnahme ausdehnt, spielen nun auch die Verbände eine immer größere Rolle. Dieser gewohnheitsrechtlich verankerte Einfluß wird von den Verbänden intensiv dazu ausgenutzt, eine Regierungsvorlage bereits im Stadium der Vorbereitung zu beeinflussen. Der Staat seinerseits erhält dadurch wertvolle Expertisen und zwingt zugleich die Verbände zu frühzeitigen Stellungnahmen. Auch unaufgeforderte Stellungnahmen von Verbänden werden nicht selten in Ausschußgutachten der Komitees verarbeitet resp. in extenso veröffentlicht. Ihre Argumente wiegen schwer in der Debatte. Offenbar steht die Neigung, am „Remiss“ teilzunehmen, in angemessener Beziehung zum gewonnenen Resultat. Die private Wirtschaft konnte bisher aus diesem System Vorteile ziehen und sich dank dieser gewohnheitsrechtlichen Spielregeln während der sozialdemokratischen Regierungszeit befriedigend arrangieren. Die Zusammenarbeit zwischen Politikern, Bürokraten, Behörden und Verbänden in der Komiteearbeit wird als vielleicht ebenso gewichtig für die Gesetzgebung bewertet, wie der Einfluß im Parlament. Das ist um so bedeutsamer, als schwedische Unternehmer im Reichstag nicht zahlreich vertreten sind.

Schwedens „bewaffnete Neutralität“

Mit Glück und diplomatischem Geschick hielt Schweden sich über 150 Jahre aus kriegerischen Verwicklungen heraus. Seit dem Verlust seiner Großmachtstellung liegt es zwischen West und Ost im Windschatten der großen Politik. Die unverändert einmütig akzeptierte Maxime heißt hier „Bündnisfreiheit im Frieden zwecks Neutralität im Kriege“. Aber dies ist keine international garantierte Neutralität (wie bei der Schweiz) und auch keine aus der Geschichte begründbare (wie bei Osterreich). Die schwedische, selbstge-

wählte Neutralität wird „von Fall zu Fall“ elastisch gehandhabt; sie ist keine Ideologie an sich, sondern „ein Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele“ (Olof Palme). Sie hindert Schweden nicht an der engagierten Mitarbeit bei der UNO und im Europarat. UNO-Zusammenarbeit ist sogar ein zentraler Bestandteil der schwedischen Außenpolitik im Sinne nützlicher, ausgleichender, vermittelnder Funktion. Ideologische Experimente liegen den pragmatischen Schweden nicht. Aber die Zahl ihrer Experten auf führenden internationalen Posten ist groß. Namen wie Alva Myrdal und Inga Thorsson, Vorkämpferinnen für internationale Entspannung und Abrüstung, haben weltweit einen guten Klang. Olof Palme hat sich in der Dritten Welt unangefochtene Autorität verschafft. Die schwedische Neutralitätspolitik hielt das Land von der NATO fern, nachdem im Jahr 1948 ein schwedischer Versuch zu einer nordischen Verteidigungsgemeinschaft gescheitert war; sie schließt nach schwedischer Auffassung auch eine Vollmitgliedschaft bei der EG aus.

Aber: „si vis pacem, para bellum.“ Schwedens Neutralität ist eine bewaffnete Neutralität. Wenn Stalin einmal dem finnischen Staatspräsidenten Paasikivi gegenüber äußerte, „gegen die Geographie“ sei schwer anzukommen, so wissen die Schweden sehr wohl um dieses Problem. Die Risiken ihrer exponierten geographischen Lage zwischen West und Ost erfordern eine starke und abschreckende, eine „friedensbewahrende“ Verteidigung. Als stabilisierender Gleichgewichtsfaktor im Nordosten Europas ist Schweden international anerkannt. Erst starke Verteidigung macht Neutralitätspolitik glaubhaft.

Das weitgehend kupaerte, von Seen und Wasserläufen durchzogene, dünn besiedelte Land (19 Einwohner auf den Quadratkilometer) begünstigt die Verteidigung, Befestigungen und Schutzräume; Tausende von Vorratskammern für den Ernstfall sind im Urgestein angelegt. Die eng mit der Wirtschaft zusammenarbeitende staatliche Behörde für die Volkerversorgung im Kriegsfall gleicht mit einem Jahresumsatz von gut 100 Mill. skr bei 800 Vorratslagern mit Waren im Wert von über einer Milliarde Schwedenkronen an ca. 400 verschiedenen Plätzen im Lande einem großen Warenhaus. Die „normale“ Krisenbereitschaft soll bis zum Jahr 1980 durch Lagerung von Rohstoffen und Halbfabrikaten (vorzüglich auch Arzneimitteln) vom heutigen Stand auf den Wert von 1,7 Mrd. skr erhöht werden. Die

großen Naturschätze und die hochentwickelte Lebensmittelproduktion machen Schweden im Fall einer Absperrung nahezu autark. Auch ca. 90 % des erforderlichen Kriegsmaterials produziert Schweden selbst. Etwa 4 % des Bruttosozialprodukts gehen auf das Verteidigungsbudget. Mit den höchsten militärischen Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung in Westeuropa nimmt Schweden den vierten Platz in der Welt ein.

Die „totale“ Verteidigung ist im Prinzip in militärische, zivile, wirtschaftliche und psychologische Sektoren geteilt. Im Ernstfall geht das ganze Land „unter die Erde“. Die Zivilverteidigungspflicht umfaßt alle Frauen und Männer (sofern diese zwischen dem 18. und 47. Lebensjahr nicht der allgemeinen Wehrpflicht unterliegen) zwischen dem 16. und 65. Lebensjahr. Als Grundsatz des schwedischen Verteidigungsprinzips gilt: „Kein Mann zu Hause, wenn dem Lande Gefahr droht.“ Bei der besonders exponierten militärpolitischen Lage Schwedens mit einer Frontlänge, die einer Linie von Lübeck bis Brindisi entspricht, zwischen der NATO und der UdSSR, wäre ein Berufsheer kaum aufrechtzuerhalten. In der Wehrmacht resp. Kriegsorganisation von einer halben Million Mann gibt es kaum mehr als 12 000 Berufssoldaten, darunter weniger als 3 000 Offiziere. Die Armee ist in Friedenszeiten „beurlaubt“. Aber sie kann im Falle der Gefahr sehr schnell aktiviert werden; ihre erforderliche Ausrüstung finden die Männer in über 1 500 Depots in ihrer nächsten Nähe.

Zur Sicherung einer ungestörten allgemeinen Mobilmachung dient außerdem die „Heimwehr“; diese einzigartige Organisation von ausschließlich unbesoldeten Freiwilligen, entstanden aus der Notlage zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, als Dänemark und Norwegen von Hitlers Truppen besetzt wurden und das damals nur unzulänglich gerüstete Schweden in die Gefahrenzone geraten war. Inzwischen wurden die Aufgaben der heute 100 000-Mann-Organisation auch auf den Schutz öffentlicher Gebäude erweitert, 20 000 sogenannte „Lottas“ von der freiwilligen und gleichfalls unbesoldeten Frauenorganisation stießen im Expeditions-, Verpflegungs- und Transportdienst hinzu und im Ernstfall sind etwa 70 000 in lebenswichtigen Betrieben arbeitende Heimwehrlaute (im Normalfall vom allgemeinen Wehrdienst befreit) automatisch bei ihren Betrieben dienstverpflichtet. Die Ausbildung der Heimwehr und die Besoldung

der insgesamt 101 Führungskräfte und des angestellten Büropersonals kostet den Staat jährlich 57 Mill. skr im Rahmen des Verteidigungsetats von insgesamt 9 785 Mill. skr.

Monarchie im Wandel der Zeit

Die „unzeitgemäße“ schwedische Monarchie erhielt inzwischen, nachdem der Beschluß dazu schon zu Lebzeiten des allseits hoch geehrten alten Königs vom Reichstag gefaßt worden war, aber erst nach seinem Ableben in Kraft treten sollte, mit der Thronbesteigung des jungen Königs bereits ein neues Gewand. Alle Parteien einigten sich darauf, die Monarchie als Staatsform zu behalten, das ganze Gewicht der Machtausübung aber auf den Reichstag zu verlegen. Der König ist an der Spitze der Nation die Krönung des Gemeinwesens, sein Symbol und eine „Klammer“ mit rein repräsentativen Aufgaben ohne Machtbefugnisse.

Das neue Arrangement wäre kaum so verhältnismäßig glatt über die Bühne gegangen, wenn es sich nicht zu Lebzeiten des alten Kö-

nigs vollzogen hätte. König Gustav VI. Adolf, noch ganz in den autoritären Vorstellungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts aufgewachsen, hatte als über 60jähriger den schwedischen Thron bestiegen und war, ganz im Einklang mit seinem Volk insofern stilbildend, als er sein Erbe zu einem modernen Beruf entwickelte. „Vor allem die Pflicht“ war sein Wahlspruch. Die Hoffnungen der offensichtlich nicht sehr zahlreichen überzeugten Republikaner gingen zeitweise wohl dahin, der Nachfolger werde von der Symbolgestalt seines Großvaters zu sehr abstecken und all seiner „Machtfunktionen“ entkleidet, werde man ihn bald „vergessen“ können. Ministerpräsident Palme tröstete denn auch die Untröstlichen unter seinen Anhängern mit der Versicherung, die neue Verfassung erlaube die Abschaffung der Monarchie „mit einem Federstrich“. Verfassungstechnisch ist das sicher möglich, politisch in absehbarer Zeit aber wohl kaum. Manche Beobachter meinen sogar, die Monarchie habe sich in letzter Zeit gefestigt. Das ist nicht zuletzt Königin Silvia zu verdanken und ihrer erstaunlichen Popularität.

II. Wirtschaftsprobleme — Prüfstein der Regierung Fälldin

Gleichzeitig mit dem Regierungswechsel sind im Zusammenhang mit den internationalen Konjunkturschwierigkeiten gravierende Wirtschaftsprobleme deutlich geworden, wie sie der Öffentlichkeit und wohl auch den neuen Männern kaum bewußt waren. Die schwedische Wirtschaftspolitik hatte in den letzten Jahren — bei weitgehender Einigkeit der politischen Parteien — die weltweite Rezession auf ihre Weise durchzustehen versucht, indem sie — statt die Produktion dieses stark exportabhängigen Landes der internationalen Niedrigkonjunktur anzupassen und ein dementsprechendes Maß an Arbeitslosigkeit hinzunehmen — auf Lager produziert und durch umfangreiche Auslandsanleihen für Liquidität gesorgt hat. Aber die Hochkonjunktur ließ länger als berechnet auf sich warten und ist auch heute nicht in Sicht. Aber selbst wenn sie im Winter 1977 kommen sollte, wird sie wahrscheinlich nur von kurzer Dauer sein. Die Frage ist daher: wird die Regierung Fälldin in Anbetracht der heutigen hohen Kostelage die wirtschaftliche Stellung Schwedens in so kurzer Zeit entscheidend verbessern können?

Auch wenn die Regierung die eher kurzfristigen Probleme — eine Auslandsverschuldung von ca. 30 Mrd. skr und eine negative Zahlungsbilanz sowie die ungünstige Devisenlage — meistern kann, so dürfte die Lösung der längerfristigen (vor allem) Strukturprobleme schwerer zu bewerkstelligen sein. Die Voraussetzungen für eine weitere erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung haben sich nämlich inzwischen verändert.

In die erste industrielle Entwicklung war Schweden mit den großen, leicht aufzuspürenden und auszubeutenden Naturschätzen Erz und Holz eingetreten. Außerdem verfügte das Land über ein hohes handwerkliches Ausbildungsniveau und eine gut funktionierende Rechts- und Gesellschaftsordnung. Der wirtschaftliche Aufschwung war spektakulär, der höchste Lebensstandard der Welt schnell erreicht. Aus zwei Weltkriegen konnte sich Schweden heraushalten.

So günstige Voraussetzungen aber dürfte es kaum noch einmal geben. Auf Standardsteigerungen muß wenigstens zunächst verzichtet werden. Es geht jetzt um einen Zeitgewinn

für eine umfassende Strukturbereinigung: Eine Industriebranche nach der anderen ist in eine Krise geraten; die um etwa 20 % zu hohen Lohnkosten schwächen die Konkurrenzskraft. In früheren Jahren konnte die Erhöhung der relativen Lohnkosten durch schnellere Produktivitätserhöhung der schwedischen Industrie kompensiert werden. Aber während die Lohnkosten in den beiden letzten Jahren hier schneller stiegen als in den Konkurrenzländern, stieg die Produktivitätsentwicklung in Schweden geringer an als im Durchschnitt der Konkurrenzländer.

Ein drohender Arbeitskonflikt auf breiter Ebene aber konnte vermieden werden. Die Tarifpartner haben zum wiederholten Mal ihre Neigung bewiesen, Konflikte tunlichst zu vermeiden. Der liberale Arbeitsminister wertete das als einen Sieg der Regierung. Zwar stellte der Chef des Gewerkschaftsbundes recht gelassen fest, eine Standarderhöhung sei nicht zu erreichen gewesen, bemängelte aber auf dem nordischen Bau- und Holzarbeiterkongress in Norwegen die „unsichere Wirtschaftspolitik“ der schwedischen Regierung, die eine fachliche Strategie in der Einkommenspolitik unmöglich mache. Die Tarifverhandlungen waren kompliziert, obwohl die Möglichkeit zur Vereinfachung dadurch gegeben ist, daß erstmalig die Gewerkschaft der Privatangestellten und der Gewerkschaftsbund miteinander abgestimmte Forderungen stellten. Aber die schlechte nationale wie internationale Konjunktur machte einen Schiedsrichter erforderlich. In diesem Zusammenhang wurde der Wunsch nach einer ständigen Mittlerorganisation mit einem Stab kompetenter Experten, wie es sie in Finnland und Norwegen gibt, laut, obwohl nach wie vor die Vorteile des gegenwärtigen Systems, in dem die Mittler nicht als Schiedsrichter aufzutreten brauchen und es so schließlich weder Sieger noch Besiegte gibt, überwiegen. Im übrigen nimmt man interessiert die Mahnung des finnischen Staatspräsidenten Kekkonen zur Kenntnis, der die Streikwaffe für „veraltet“ erklärt und statt dessen eine effektive Unternehmensdemokratie empfiehlt. Streiks wären weder prinzipiell noch ethisch richtig, denn sie richteten sich gegen das ganze Volk resp. den Staat, mit dem man sich im Norden von jeher identifiziert: „Der Staat, das sind wir!“

Bestandteil der Lohntarifverhandlungen in diesem Jahr war erstmalig die zum Gesetz erhobene „Mitbestimmung“ in den Betrieben.

Da die Lohnfrage aber nicht unmittelbar davon berührt wurde, klammerte man das Thema wegen seiner Neuartigkeit und Komplexität zunächst aus und verhandelt zur Zeit darüber. Am 1. Januar 1977 trat das neue Tarifvertragsgesetz unter dem bezeichnenden Namen „Gesetz über die Mitbestimmung im Betrieb“ in Kraft. „Mitbestimmung“ aber wird bereits seit 1973 durch ein bis 1976 befristetes Gesetz über Arbeitnehmervertreter in den Verwaltungsräten (ein Zwischending zwischen Aufsichtsrat und Geschäftsführungsorgan einer deutschen AG) von Aktiengesellschaften und Genossenschaften mit mindestens 100 Beschäftigten (ausgenommen Banken und Versicherungsgesellschaften) in der Praxis erprobt. Danach entsenden die Arbeitnehmer zwei Vertreter und zwei Ersatzmänner aus ihrer eigenen Belegschaft in den Verwaltungsrat; diese besitzen dort alle Rechte und Pflichten der übrigen Vorstandsglieder, ausgenommen bei Fragen, die eine Kampf abstimmung oder den Abschluß und die Kündigung von Kollektivverträgen betreffen. Alle Arbeitnehmervertreter wurden in Sonderkursen ihrer Organisation für diese besondere Aufgabe geschult. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer waren im allgemeinen mit den Versuchsergebnissen zufrieden. Manche größeren Unternehmen hatten bereits vor dem befristeten Gesetz mit eigenen Mitbestimmungssystemen gute Ergebnisse erzielt. Generell läßt sich sagen, daß die Arbeitgeberseite unerwartete, aber zuverlässige Expertisen aus dem Betrieb notiert, für die Arbeitnehmerseite sich eine wertvolle Informationsquelle geöffnet hat und die Gewerkschaft an Ansehen gewann. Alle politischen Parteien sind sich grundsätzlich auch darüber einig, daß die Betriebsangestellten am Vermögenszuwachs der Unternehmen beteiligt werden sollen. In allen Schichten der Bevölkerung ist der Mensch in den Mittelpunkt des Bewußtseins gerückt. Das heißt: die Produktion soll auf den Menschen ausgerichtet werden, nicht der Mensch der Produktion angepaßt sein. Das ist der Sinn des vielfach noch unklar formulierten, oft gar nicht begriffenen und viel umstrittenen Strebens nach „Gleichheit aller“. Es geht darum, die Solidarität der Gesellschaft zu mobilisieren.

Mitbestimmung im Arbeitsleben ist demnach in Schweden eine „von unten“ her, von den einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern (1,9 Millionen Mitglieder sind gewerkschaftlich organisiert) getragene „Umwandlung des Gemeinwesens“; am Arbeitsplatz selbst sollen Refor-

men abgesichert werden. Die Gewerkschaften sollen zu einer Schule für Betriebsdemokratie werden und diese Schulung für das neue Mitbestimmungsrecht, die betriebliche Demokratie (entsprechend etwa dem deutschen Partnerschaftsgedanken) in das gewerkschaftliche Bildungswerk eingegliedert werden. Die Grundausbildung findet in örtlichen Studienzirkeln oder in Internatskursen statt, die Kosten trägt die Gewerkschaft. Auch der Staat subventioniert, der Gewerkschaftskongreß meldet aber schon Ansprüche auf Arbeitgeberabgaben an.

In 31 staatlichen Behörden (darunter 7 Ministerien) mit insgesamt 500 000 Beschäftigten wird seit 6 Jahren in aller Stille das Versuchsmodell einer Beteiligung der Angestellten an der Beschlußfassung erprobt, dessen Ergebnisse jetzt veröffentlicht wurden. Die ihm zugrunde liegende „Philosophie“ ist einfach: Der Arbeitnehmer „verkauft“ einen Teil seines Ich an den Arbeitgeber und ordnet sich damit der konventionellen Hierarchie unter. Als Gegenleistung soll er (außer dem Gehalt) das Recht haben, die ihn und seine Arbeitswelt betreffenden Beschlüsse mit zu

beeinflussen. Diese einfachen „moralischen“ Forderungen gilt es in administrative und juristische Wirklichkeit umzusetzen. Statt wie bisher vom Chef allein, werden die Beschlüsse in Personalangelegenheiten jetzt von einer Beschlußgruppe gefaßt. Damit ist die Verantwortung auf alle Mitglieder der Gruppe gleichmäßig verteilt, die Beschlüsse werden durch demokratische Abstimmung gefaßt und auf diese Weise die hierarchische Struktur — es geht ja um Beschlüsse des Arbeitgebers — teilweise über Bord geworfen. In dieser „dritten Phase“ der Umwandlung der Gesellschaft zeichnen sich interessante Entwicklungslinien des „schwedischen Modells“ ab. Die diese Versuchsreihe leitende Kommission war von der sozialdemokratischen Regierung eingesetzt worden und schloß ihre Tätigkeit kurz vor dem Regierungswechsel ab. Die Regierung Fälldin wird über Fortsetzung oder Einstellung der Versuche zu entscheiden haben. Daß sie ebenso wie die Arbeitnehmerorganisationen an einem Beschluß in dieser Frage interessiert ist, darf schon im Hinblick auf die sozialpolitische Grundeinstellung des liberalen Regierungspartners angenommen werden.

III. Die Sozialdemokraten in der Opposition

Mit ihrem Parteiführer Olof Palme an der Spitze entwickelten die Sozialdemokraten schon bald nach dem Regierungswechsel im Parlament, in öffentlichen Reden und in der Presse eine lebhafteste, aktive Oppositionsarbeit, die sich vor allem mit der Wirtschafts-, Steuer- und Familienpolitik und mit einem alternativen Entwurf zum Staatshaushalt beschäftigte.

In drei Phasen hat sich nach einer Darstellung in der Zeitung „Tiden“ (Nr. 7/1976) die Entwicklung zum Sozialstaat Schweden unter sozialdemokratischer Führung vollzogen. In der ersten Entwicklungsphase wurde das Fundament für die soziale Wohlfahrt gelegt, indem Schweden als „Laboratorium für die progressiven Ideen der Welt“ figurierte (Parlamentarismus aus England, Gewerkschaften nach deutschem Muster). In der zweiten Phase der 30er und 40er Jahre wurde die soziale Wohlfahrt durch Produktionserhöhung und soziale Reformen verstärkt; Schweden erreichte in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eine Spitzenposition in der Welt. Mit dem Sprung vom Notwendigen zum ma-

teriellen Überfluß, sozialer Sicherung und Beteiligung aller am Produktionsergebnis bei Gleichberechtigung der Geschlechter, erschien es als die Verwirklichung aller Träume des demokratischen Sozialismus.

Aber die Formel der 60er Jahre hatte inzwischen an Überzeugungskraft verloren, weil neue Probleme und ein neues Bewußtsein Zweifel an der Überflußgesellschaft geweckt hatten. Aus der Diskussion über Umweltfragen, Gleichberechtigung, Erneuerung des Arbeitslebens und der Forderung nach Solidarität innerhalb Schwedens und draußen in der Welt bildet sich eine neue Handlungslinie heraus; die Partei begann Lösungen zu suchen „im eigentlichen Kern der gedanklichen Tradition des demokratischen Sozialismus“; fertige Lösungen aber hat sie noch nicht. Gleichwohl sieht sie nur in einem „demokratischen Sozialismus“ die Möglichkeit zu einer „Harmonisierung der Industriegesellschaft“ (Palme im Frühjahr 1976: „Wir müssen die Industriegesellschaft nicht nur verteidigen, sondern sie auch fortentwickeln und vertiefen“), die Möglichkeit, den unverantwortlichen Ver-

brauch der Welt-Rohstoffe zu bremsen und in der Wohlfahrtsgesellschaft einen Platz zu finden, der „nicht der Platz einer parasitären Oberschichtklasse“ ist.

Laut Prof. Johansson von der Universität Stockholm ist die dritte Phase der Entwicklung u. a. mit der Reform des Arbeitsrechts eingeleitet worden. Bei der Demokratisierung des Arbeitslebens hat die Partei zwar Pionierarbeit geleistet, aber einer einzelnen Partei sind auch Grenzen für ihre Bewegungsfreiheit gesetzt. Denn typisch für alle Reformen dieser Phase ist ihre breite politische Verankerung. Die Konsequenz im Hinblick auf den politischen Charakter auch der künftigen Aufgaben, den Lebensfragen, über die das ganze Volk beschließen muß, ist die Zusammenarbeit aller.

Am Lohnempfängerprojekt des Gewerkschaftsbundes (dem sogenannten Meidner-Plan) macht Johansson deutlich, daß kollektive Arbeitnehmerfonds in Gewerkschaftshand im Gegensatz zum sozialdemokratischen Parteiprogramm stehen, das die Verfügungsgewalt in den Händen des ganzen Volkes liegen sehen will. Der Gewerkschaftsanspruch diskreditiert die sozialdemokratische Partei in den Augen der Bürgerlichen, denen dieser Anspruch wie eine Ideologie in nacktem Eigeninteresse erscheinen müsse. Die Forderung, die Macht des Kapitals zu brechen, lasse sich nicht vom Recht der Fachverbände auf Mitbestimmung im Produktionsprozeß ableiten, sondern nur aus den faktischen Verhältnissen der Produktion im Gemeinwesen und der daraus abgeleiteten Forderung nach planmäßiger Haushaltung unter der ständigen Kontrolle mündiger Bürger. Das ist „demokratischer Sozialismus“.

Die Demokratisierung des Arbeitslebens nennt Johansson etwas „geschichtlich Neues“. Hat-

te sich die Entwicklung in den beiden ersten Phasen nach europäischem Muster vollzogen, so ist Schweden mit seinen eigenständigen Vorhaben wie solidarische Lohnpolitik, aktive Arbeitsmarktpolitik und obligatorische Dienstpension allein und ohne Vorbilder in die dritte Entwicklungsphase eingetreten. Der Zuwachs der produktiven Kräfte und die gradweise „Vergesellschaftung der Produktion“ sei soweit fortgeschritten, daß „Sozialismus sowohl nötig wie möglich ist“.

Der negative Wahlausgang — so Johansson — wäre kein Grund für eine Überprüfung der Hauptziele der Arbeiterbewegung hinsichtlich der Harmonisierung des Arbeitslebens durch das Beschlußrecht über Produktion und Mittelverteilung in den Händen des ganzen Volkes. Privatbesitz werde dadurch nicht abgeschafft, auch nicht Grund und Boden verstaatlicht. Wohl aber sollen die großen Unternehmen von den drei Partnern gemeinsam verwaltet werden: Besitzern, Angestellten und dem Gemeinwesen. Die Parlamentswahl im Herbst 1976 war die erste schon von der dritten Entwicklungsphase beherrschte Wahl. Die Wähler, sicher auf ihren Arbeitsplätzen, vertrauten darauf, daß sich darin nichts ändern werde, daß Beschäftigung und Pensionen nicht nur von der bisher regierenden Hälfte des Volkes, sondern auch bei der sich zur Regierungsübernahme anschickenden anderen Hälfte, also im Willen des gesamten Volkes garantiert waren. Die politischen Reformen und die erfolgreiche Wirtschaftspolitik ließen die Menschen erstmalig über die drei Jahre hinaus, mit denen sich die sozialdemokratische Wahlpropaganda vorzugsweise beschäftigte und die neue Einstellung dabei übersah, an die Zukunft denken. Johansson glaubt, daraus für den Prozeß der Demokratisierung des Wirtschaftslebens in der aktuellen dritten Entwicklungsphase den Schluß ziehen zu können, daß die diesbezüglichen Wertungen der Arbeiterklasse im ganzen Volk verankert sind.

IV. Politische Grundwerte als Bezugspunkt zwischen alter und neuer Regierung

Der „Funktionssozialismus“

Der von aller Welt im Herbst 1976 als „politische Wende“ apostrophierte Regierungswechsel hat das Ziel, den weiteren Ausbau des Sozialstaates, nicht verändert; die neue Regierung strebt ihm teils „mit neuen Mitteln“,

kurz gesagt: mit der Gewährung von mehr individueller Freiheit und etwas weniger „Staat“ zu. „Das schwedische Modell“, so unterschiedlich es bisher in der Welt beurteilt worden ist, wird weiterhin als in seiner Ausformung von der gesamten Bevölkerung ge-

tragene „Eigenständigkeit zwischen West und Ost“ interessierter Aufmerksamkeit sicher sein können.

Dieser „Mittelweg“ (kapitalistische Wirtschaft/sozialistische Politik) ist als „Funktionssozialismus“ bezeichnet worden. Nach dieser Theorie ist Besitz nicht unteilbar, die verschiedenen Besitz-Funktionen können gesondert „sozialisiert“ werden. Seit dem Übergang der Sozialdemokratie von einem marxistisch gefärbten Staatssozialismus zum Funktionssozialismus war „Planwirtschaft“ in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Laut Gunnar Adler-Karlssohn von der dänischen „Versuchs-Universität“ Roskilde hat der Funktionssozialismus (das in der Praxis erprobte, „am wenigsten schlechte System“ — verglichen mit Kapitalismus und sowjetischem revolutionärem Sozialismus) „durch Aufteilung der einzelnen Machtbereiche in ihre verschiedenen Funktionen zwecks Verhinderung autoritärer Willkür“ vier Hauptelemente: Vollbeschäftigung in der Wirtschaftspolitik (das „Recht auf Arbeit“); Gleichheit der Chancen in der Bildungspolitik; Umverteilung der Einkommen durch die Steuerpolitik und in der Sozialpolitik soziale Leistungen an alle, unabhängig von der Bedürftigkeit. Das wirtschaftspolitische Programm der Sozialdemokraten war „liberal“ in bezug auf die Zielsetzung, „sozialistisch“ in bezug auf die daraus gezogenen Schlüsse: angesichts der durch die Technisierung notwendigen Übernahmefunktionen durch den „starken Staat“ im Grundsatz auch für bürgerliche Parteien akzeptabel — in der Nutzenanwendung divergieren die Meinungen. Angesichts erhöhter Ansprüche an den modernen Staat begegnen sich Bürgerliche und Sozialdemokraten „auf einer höheren Ebene des ideologischen Programms“ (Bertil Ohlin, liberal). Das von allen Parteien akzeptierte wichtigste Element des „mittleren Weges“ ist die Überzeugung, daß Macht ausbalanciert werden muß und Gewalt bei der Lösung gesellschaftspolitischer Probleme auszuschneiden hat.

Umweltbewußtsein als politisches Prinzip

Daß die sozialdemokratischen Wahlkampfstrategen für die Reaktionen der Wähler aufgrund deren ausgeprägten Umweltbewußtseins so wenig hellhörig gewesen sind, ist eigentlich erstaunlich, wenn man bedenkt, daß die schwedische Sozialdemokratie an der Ausformung dieses Bewußtseins und an der

Institutionalisierung der Frage selbst aktiv tätig gewesen ist. In die Zeit sozialdemokratischer Regierung fällt nahezu alles, was heute mit Umweltschutz bezeichnet wird. Die bäuerliche Center-Partei aber forderte als erste kategorisch Sicherheiten zum Schutz gegen die alles andere überschattende „Umweltgefährdung“ durch Kernkraft. In diesem Lande, wo der soziale Ausgleich wohl am weitesten fortgeschritten ist, waren auch die Umweltprobleme frühzeitig zu einem politischen Faktor geworden, so wie sie es heute in der gesamten industrialisierten Welt sind. Das bedeutet, daß einerseits dem Staat größere Aufgaben zuwachsen und andererseits der mündige Bürger an der Verantwortung bei den entsprechenden Maßnahmen zu beteiligen ist. Beispielsweise an der Energiepolitik (Umweltverschmutzung, Sicherheitsrisiken als negative Folgen) wird deutlich, wie wichtig hier langfristige Planung „unter demokratischer Kontrolle und öffentlicher Diskussion“ ist. Diese wachsende öffentliche Verantwortung für einen sinnvollen wirtschaftlichen Strukturwandel wird als die „umfangreichste Demokratisierung seit Einführung des allgemeinen Stimmrechts“ (Palme) empfunden.

Schon 1969 hatte Schweden ein Umweltschutzgesetz; seit 1967 gibt es als Kontroll- und Verwaltungsbehörde das Staatliche Amt für Naturschutz. Das Konzessionsamt für Milieuschutz ist eine gerichtsähnliche Behörde, die wichtigere Anträge der Industrie und lokaler Behörden auf Genehmigungen industrieller Um- oder Neubauten (Standort, zulässige Werte für Abwässer etc.) behandelt. Grundsätzlich gilt, daß die Unternehmen die Kosten für Verunreinigungen der Umgebung schon in den Herstellungsprozeß mit einzubeziehen haben. Ältere Unternehmen können staatliche Beihilfe für nachträgliche Verbesserungen in Anspruch nehmen. Die Zellstoff- und Papierindustrie investierte im letzten Jahrzehnt über eine Milliarde Schwedenkronen in technische Verbesserungen und hat die zulässigen Werte für Abwässer generell über die staatlich zugelassene Norm hinaus reduziert.

Dem Schutz der Umwelt dient auch eine das ganze Land umfassende „physische Planung“, d. h. eine Übersicht über die Verwendung des Bodens. Sie basiert auf dem uralten, schriftlich nicht festgelegten Grundsatz des Billigkeitsrechts, das jedermann überall freien Zutritt unter der Voraussetzung gewährt, daß Ernte und Privateigentum dabei keinen Scha-

den nehmen. Daraus leitet sich ein Bebauungsverbot weiter Strecken der Seen- und Meeresküsten ab. Bessere Kontrollmaßnahmen haben verhindert, daß industrielle Verunreinigungen nicht entsprechend mit der Produktion zugenommen haben. Kommunale Kläranlagen können normalerweise mit staatlichen Zuschüssen von 30—50 % der Investitionskosten rechnen. Seit 1971 sind die kommunalen Behörden für die Reinhaltung in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich. Bis 1980, so bestimmte der Reichstag, müssen sie organisatorisch in der Lage sein, das gesamte Altpapier der Haushalte, Warenhäuser und Behörden abzutransportieren. Wie umweltbewußt man schon heute in Schweden ist, zeigt die Tatsache, daß in den Villenvororten vieler Städte der Haushaltsmüll freiwillig in Papier, Glas und „Ubriges“ sortiert und Papier wie Glas von der Kommune an die entsprechenden Fabriken zwecks Weiterverarbeitung (Recycling) gegen Transportkosten geliefert wird; die Kommune spart die Deponie. Das Ziel aller Bemühungen ist, weiterer Umweltschädigung Einhalt zu bieten und bereits geschädigte Bezirke wieder herzustellen. Auf diese Weise konnten viele Seen gereinigt werden. Zahlreiche ökologische Freizeitgruppen sind aktiv im Umweltschutz tätig. Allenthalben, auch an den Universitäten, werden Kurse über Umweltprobleme abgehalten. Sicherheit, das weiß man in Schweden, umfaßt auch die Sicherung der Umwelt.

Solidarität mit Einwanderern

Die große Zugkraft, die der Gedanke der „Solidarität der Gesellschaft“ in Schweden ausübt, drückt sich auch in der Einwandererpolitik aus. Den Begriff „Gastarbeiter“ gibt es hier nicht. Unbestritten ist, daß die Einwanderer einen klaren Anteil am hohen schwedischen Lebensstandard haben und bei gleichen Pflichten muß das anständigerweise mit gleichen Rechten honoriert werden. Seit 1976 wird ihnen das kommunale Wahlrecht zugestanden. Von den insgesamt 705 000 Einwanderern sind inzwischen 295 000 schwedische Staatsbürger geworden.

„Wir planen nicht, ein Einwandererland zu werden“, so der Chef der Einwandererbehörde. „Aber wir hatten in der Hochkonjunktur einen fertigen Produktionsapparat und Arbeitskräftemangel infolge des geringen Bevölkerungszuwachses.“ Schweden hat von dieser Situation profitiert, das macht eine Statistik der

Stadt Göteborg deutlich: ohne die 60 000 Einwanderer (es ist dies jeder 7. Göteborger) wäre die Stadt um 20 000 Steuerzahler ärmer. Da die Einwanderer sofort in die Produktion eingegliedert werden, bedeutet das bei Alleinstehenden für die Stadt einen Nettoverdienst von 4 000 skr jährlich, denn sie erspart sich die Ausgaben für Schule, Kinderfürsorge und Krankenpflege. Laut Göteborger Statistik beanspruchen Einwanderer nicht mehr Sozialhilfe, als die Schweden der gleichen Einkommensklasse.

Die bisher — im Unterschied zu manchem anderen Lande — erfolgreiche schwedische Einwandererpolitik zeigte von Anbeginn Sonderzüge: der Einwanderer muß bereits vor seiner Ankunft in Schweden Arbeitsplatz und Wohnung in Schweden nachweisen. Die schwedische Arbeitsmarktbehörde prüft, in der Regel im Einvernehmen mit den Gewerkschaften, den Arbeitskräftebedarf. Praktisch wird die Einwanderung damit von den Gewerkschaften gesteuert. Ein Arbeitsausschuß des Gewerkschaftsbundes arbeitet an einem Programmentwurf zur weiteren Verbesserung der Einwandererpolitik.

Wahlfreiheit zwischen Integration in den schwedischen Kulturkreis oder Beibehaltung nationaler Eigenart ist ein Eckpfeiler der vorbildlichen schwedischen Einwandererpolitik. Neu ist die Erkenntnis, daß das Einwandererkind seine Muttersprache lernen muß; Untersuchungen zur Zweisprachigkeit haben die Befürchtung erhärtet, daß sonst ernsthafte Störungen im Entwicklungsprozeß auftreten können. Ausländerkinder haben jetzt das Recht auf zwei Wochenstunden kostenlos gegebenen Unterrichts in ihrer Muttersprache. Die „Fremdsprachigen“ in den Stockholmer Grundschulen machten 1975 ca. 10 Prozent der gesamten Schülerzahl aus. Der Unterricht wird dort in insgesamt 37 verschiedenen Muttersprachen mit einem Kostenaufwand von 11,5 Mill. skr jährlich erteilt.

Schwedische Entwicklungspolitik: Solidarität nach außen

Den daheim gelebten Grundsatz der Solidarität haben die Schweden sehr einmütig und frühzeitig über die Grenzen hinaus in die Dritte Welt getragen. Olof Palme gilt nahezu als der Prototyp für diese Haltung, das Außenministerium unter Karin Söder, einem führenden Mitglied der Center-Partei, führt die

Neutralitäts- und Solidaritätspolitik konsequent fort. Der den Sozialdemokraten in dieser Frage nahestehende liberale Entwicklungsminister Ola Ullsten scheint die Entwicklungshilfe weiter ausbauen zu wollen. Nachdem erstmals im Staatsetat 1951/52 ein bisher dort nicht geführter Posten von 2 Mill. skr für internationale Hilfstätigkeit auf Grund eines Aufrufs der UNO und der USA zur Förderung des Wohlstandes in den sogenannten unterentwickelten Ländern erschienen war, hat Schweden heute das Klassenziel der UNO von 0,7 % des BSP mit einem Prozent des BNP (1976) bereits übertroffen und es stellt die geringsten Bedingungen an diese Hilfe.

Die Doktrin der Blockfreiheit — Grundlage der schwedischen Außenpolitik — bezieht sich historisch auf einen möglichen West-Ost-Konflikt. Abzuwarten ist, wie eine solche Politik im Zusammenhang miteinander eventuell in Konflikt geratender Interessen zwischen Nord und Süd geführt werden kann. Schweden ist marktwirtschaftlich eng mit Westeuropa verbunden, und das bringt Begrenzungen in den Wirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt mit sich.

Nach dem Regierungswechsel in Stockholm stellt sich heute die Frage, ob die Wahlversprechen von 1976 eingelöst werden konnten. Zwei schwedische Staatsrechtler, die Professoren Elvänder/Uppsala und Back/Umeå kommen in ihrer im Auftrag des konservativen Stockholmer „Svenska Dagbladet“ erstellten Analyse zu dem Schluß, daß bei keinem der großen Wahlversprechen der bürgerlichen Seite (Änderung der Energiepolitik, Reform der Familienpolitik und die strittige Frage der Lohnempfängerfonds) einer Lösung in Sicht ist. In einigen Fällen haben Kompromisse „in mit ideologischer Überbetonung belasteten kontroversen Fragen“ eine kurze Atempause gebracht.

Daß in diesem ersten Jahr eine profilierte bürgerliche Politik gemacht worden wäre, erkennen die Gutachter nicht, wenn allerdings auch die Sozialdemokraten in mehr als vierzigjähriger Regierungszeit „keine speziell sozialistische Politik“ betrieben hätten. Die neue Regierung mußte die Politik ihrer Vorgängerin weiterführen, weil eine Reihe der früher

Grundsätzlich aber gilt, daß die stark auf sozialen Ausgleich eingestellte schwedische Gesellschaft der neuen Regierung wie auch der alten den Rücken für eine Stärkung der UNO u. a. als Mittel zur Wahrung der Interessen der kleinen Nationen deckt. Der Kernpunkt dieser „Doktrin der kleinen Nationen“ ist — wie der Direktor der Planungsabteilung des schwedischen Reichsamtes für internationale Entwicklungshilfe (SIDA) das sieht — die Skepsis gegenüber den Supermächten, die für die bestehende politische und wirtschaftliche Ordnung eintreten. Die UNO wird als ein Schutz der kleinen Nationen betrachtet. In gegenseitiger Solidarität und Zusammenarbeit unter den kleinen Nationen hat man eine Front gegen die Hegemonie der Großmächte aufgebaut. Die Doktrin ist damit gleichzeitig ein Versuch, sich mit den Ländern der Dritten Welt zu identifizieren. Schwedens Rolle als Vermittler und Schlichter geht auf eine sehr alte Tradition (Völkerbund) zurück. Im Nord-Süd-Konflikt hat Schweden nicht ohne Erfolg versucht, sich der neuen Situation anzupassen. Ein international anerkannter Mahner ist das Friedens-Forschungsinstitut SIPRI in Stockholm.

V. Schlußbetrachtung

mit großer Einmütigkeit im Reichstag gefaßter Beschlüsse durchgeführt werden müßten. Da hinsichtlich der gemeinsamen Grundwerte in Schweden ein breiter Konsens besteht, konnte ein Regierungswechsel auch nicht grundlegende Änderungen herbeiführen.

Ansätze zu einem „bürgerlichen Profil“ sehen die Professoren jedoch in einigen Regierungsdirektiven an Gutachterausschüsse. So hat etwa der Verteidigungshaushalt eine höhere Mittelzuweisung als zu sozialdemokratischen Zeiten, die Agrarpolitik wurde von der Center-Partei bevorzugt und bei der Gestaltung des Daten-Schutzes setzten sich bürgerliche Auffassungen durch. Gleiches gilt, obwohl hier auch die Sozialdemokraten für eine Neuorientierung sind, für die Regional- und Bodenpolitik. Ob in der Steuerpolitik die Wahlversprechen (Indexregulierung) realisiert werden oder das Problem infolge sozialdemokratischer Kritik vertagt wird, bleibt abzuwarten.

Inzwischen hat das Kabinett mit dem Austritt aus der Valutaschlinge, einer 10prozentigen

Abwertung der Schwedenkrone und einem Reformstopp für die nächsten zwei Jahre (einzige Ausnahme: die fünfte Urlaubswoche) weitere Initiativen zur Sanierung der Wirtschaft gestartet. Die in diesem „Krisenpaket“ gleichfalls enthaltene Kürzung der 4prozentigen Arbeitgeberabgabe auf 2 Prozent hält die Industrie für zu gering, zugleich auch den Prozentsatz der Geldabwertung, da deren Effekt von Unternehmen zu Unternehmen entsprechend des Verhältnisses des Imports zum eigenen Export variiert. Ein Lohnstopp wäre erwünscht; der Gedanke, ein Anwachsen der Dividenden-Ausschüttung zu stoppen, wird vom Aufsichtsratsvorsitzenden des Industrieverbandes als „nicht unlogisch“ bezeichnet. Der Gewerkschaftsbund avisierte auf dem im September tagenden Metallarbeiterkongreß eine „untraditionelle“ kommende Tarifrunde und hielt der Regierung als Versäumnis vor, daß sie weder Gewerkschaften noch Opposition vor dem Beschluß, die Valutaschlange zu verlassen, konsultiert hätte. In seiner Rede auf dem Metallarbeiterkongreß nahm Palme eine deutlich konstruktive Haltung ein, als er seine Hörer wissen ließ, die amtierende schwedische Regierung habe mit den gleichen Schwierigkeiten wie die gesamte westliche Welt zu kämpfen. Sein Programm, durch neu zu bildende Fonds (vorschlagsweise über 4 Mrd. skr) den Investitionswillen der Unternehmen anzuregen und ihnen bessere Kreditmöglichkeiten zu verschaffen, ist ein Ergänzungsvorschlag der Regierung. Zur gleichen Stunde hatte der Industrieminister Åsling einen Krisenfond von 6 Mrd. skr avisiert, um eine Strukturverbesserung bestimmter Branchen zu erreichen und die Jugendarbeitslosigkeit zu verringern.

Politisch erwies sich die Rede Palmes als eine deutliche Abgrenzung gegenüber konservativen Ordnungsvorstellungen und dem bäuerlichen Center, dagegen lobte er die Beschäftigungspolitik und den liberalen Arbeitsminister Ahlmark. Es mag darin eine interessante Perspektive liegen. Wenn nämlich, wie vielfach angenommen wird, die bürgerliche Koalition nur eine „Parenthese“ wie man in Schweden sagt, von einer einzigen Legislaturperiode bleiben wird, so könnten die Sozialdemokraten bei den Wahlen 1979 das Rennen machen und falls sie die Majorität nicht erlangen, eine sozialdemokratisch-liberale Koalition bilden. Im Augenblick besteht jedoch keine unmittelbare Gefahr für die Regierung. Über das Kernkraftausbauproblem wird sie zunächst nicht stolpern, sondern es wird jetzt wesentlich dar-

auf ankommen, wie sich der immer noch austehende Konjunkturaufschwung im Hinblick auf die Sanierungsbemühungen der Regierung auswirkt und wie diese bei ihren Vorbesprechungen mit den Gewerkschaften über die bevorstehende Lohntarifrunde zurecht kommen wird. Palme zeigte sich in seiner Rede auf dem Gewerkschaftskongreß offen für ernste Überlegungen zur Lösung der akuten Wirtschaftskrise und ließ durchblicken, daß die Lohnempfänger gut daran täten, auf mit einer Stabilisierung der Wirtschaft unvereinbare Kompensationsforderungen zu verzichten. Als „kapitalistische“ Ergänzung hierzu wäre eine Warnung des Aufsichtsratsvorsitzenden der Svenska Handelsbanken, Dr. Tore Browaldh, an die Adresse der Arbeitgeber zu nennen, die Kräfte Erhöhung der Personalkosten nicht wie bisher durch 10prozentige Lohnbewegung (außertarifliche Löhne) selber zu verschulden und außerdem dadurch noch die Autorität der Gewerkschaften zu untergraben. Konsequenter Lohnstopp, Preissenkung und Produktivitätserhöhung könnten im Laufe von etwa zwei Jahren die akuten Strukturprobleme Schwedens lösen.

Dies ist nicht die einzige optimistische Deutung der sonst meist in Moll gehaltenen Prognosen. Mancher Wirtschaftsführer zeigt in seinen Äußerungen zur Lage etwas vom Geist der Erfinder- und Entwicklungsepoche, als die Fertigwarenproduktion dem traditionellen Rohstoffexport den Rang abzulaufen begann und der Schwerpunkt der schwedischen Exporterfolge nicht mehr auf der toten Materie, sondern bei den „immanenten Werten“ (Sigvard Strandh) des auf intensiver Forschung und Entwicklungsarbeit basierenden technischen Wissens und Könnens lag.

Einer der bisher erfolgreichsten Sanierer kränkelder Industriebranchen, Prof. Ulf af Trolle, meint jedoch, auf überlegene Qualität und eigene hohe Technologie könne Schweden sich nicht mehr verlassen. Ein wettbewerbsfähiges Kosten- und Preisgefüge lasse sich nur durch eine „Regierung nationaler Sammlung“ erreichen. Sieht man von einer heute gar nicht aktuellen „Institutionalisierung“ einer solchen nationalen Sammlung ab, so sind Ansätze dazu — nicht zuletzt durch Palmes von den Vorstellungen der Regierung nicht so sehr abweichendes Sanierungsprogramm — festzustellen. Das politische Klima pendelt sich nach den spannungsträchtigen Anfangsschwierigkeiten der Umkehrung von Regierung und Oppositionsstellung offenbar wieder auf die typisch schwedische Linie der Kompromißbereitschaft,

d. h. des ausschließlich sachbezogenen gemeinsamen Lösens anstehender Probleme ein. Regierung und Opposition werden in der aktuellen Krisenlage gewiß gemeinsame Lösungen finden, weil ihnen das Bemühen darum gleichsam „im Blute“ liegt. Denn sie wissen aus den praktischen Erfahrungen ihres „Remißsystems“, was Zusammenarbeit bedeutet. Vor 200 Jahren empfahl ein anonymes Memorandum dem mit Schweden im Krieg liegenden Zaren Peter von Rußland (laut R. Wittram, Peter I, Czar

und Kaiser) die bereits erwähnten schwedischen „Kollegien“ zur Nachahmung und setzte diese mit dem Mechanismus einer Uhr gleich: „Denn wie in einer Uhr ein Rad von dem anderen sich muß treiben lassen, also muß in der großen Staatsuhr ein collegium das andere treiben, und wofern alles in einer accuraten proportion und genauen harmonie stehet, kann nichts anderes folgen, als daß der Zeiger der Klugheit dem Lande glückliche Stunden zeigen werde.“

Helga Grebing: Die intellektuelle Opposition in der DDR seit 1956. Ernst Bloch — Wolfgang Harich — Robert Havemann

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/77, S. 3—19

Der gegenwärtige Konflikt des DDR-Staates mit einem Teil seiner Intellektuellen und Künstler hat eine Tradition, die bis in die Anfangsjahre der DDR zurückreicht. Dieser historische Hintergrund wird plastisch gemacht durch die Rekapitulation der Versuche, den regimeoffiziellen Dogmatismus zu korrigieren, wie sie durch Ernst Bloch, Wolfgang Harich und Robert Havemann in den 50er und 60er Jahren unternommen wurden. Diese Versuche betrafen nicht Teilaspekte des sogenannten realen, d. h. existierenden Sozialismus, sondern zielten im Kontext der Ereignisse des Jahres 1956 umfassend auf die Veränderung der philosophisch-ideologischen Grundlagen, der programmatischen Horizonte und der politisch-ökonomischen Realität.

Nach dem Scheitern dieser Versuche haben Bloch, Harich und Havemann unterschiedliche Wege zu einer erneuten Positionsbestimmung eingeschlagen, wenn auch unter einer ähnlichen grundsätzlichen Fragestellung: wie denn Idee und Realität des Sozialismus unter veränderten Bedingungen zukunftsweisend erneuert werden können. Die seinerzeitige Opposition wie die unterschiedlichen Wege danach sind nicht nur von biographischem Interesse. Denn die ständige Auseinandersetzung zwischen Dogmatismus und Revisionismus, zwischen orthodoxen und kritischen Marxisten bedeutet für solche Positionen, die den Sozialismus nur als einen humanen demokratischen Sozialismus gelten lassen können, eine permanente Herausforderung zur Überprüfung der Verwirklichungsbedingungen und -chancen der Idee des Sozialismus.

Jürgen Hartmann: Aspekte der „britischen Krise“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/77, S. 21—37

Die „britische Krise“ weckt zunächst Assoziationen mit den akuten wirtschaftlichen Schwierigkeiten Großbritanniens. Hinter den ökonomischen Problemen blicken Ursachen durch, die den Spielraum der britischen Politik enger und kurzfristig wirksame Lösungen verhindern.

Die britische Wirtschaft ist durch einen empfindlichen Mangel an Investitionen zur laufenden Modernisierung der Industrieanlagen sowie durch eine geringe Produktivität gekennzeichnet. Seitdem Großbritannien einen wachsenden Teil seiner Einfuhren als entwickelte industrielle Fertigungsgüter aus den westeuropäischen Konkurrenzländern bezieht und auch — mit dem Bedeutungsverlust der traditionellen Commonwealth-Märkte — seine Exporte in höherem Maße in diese Länder absetzen muß, gewinnen Produktivitäts- und Preisvorteile der britischen Industrie entscheidende Bedeutung für die außenwirtschaftliche Selbstbehauptung Großbritanniens. Die chronischen Handelsbilanzdefizite weisen darauf hin, daß die britische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb überfordert ist. Die Wirtschaftspolitik erkannte erst spät die Ursachen dieses Problems und reagierte mit den unterschiedlichsten Verbesserungsstrategien. Seit langem kommt hierbei den verschiedenen Versuchen einer „Einkommenspolitik“, die auch der Idee des gegenwärtig praktizierten „social contract“ zugrunde liegt, ein zentraler Stellenwert zu.

Dem Verhältnis zwischen der Labour Party und den Gewerkschaften kommt eine wichtige Funktion für die Erklärung des Verlaufs der britischen Politik in den letzten Jahren zu. Labour-Regierungen betrieben oft eine Politik, die vitale Interessen der Gewerkschaften ignorierte. Die Folge waren ein Leerlauf der Regierungsmaßnahmen im wirtschaftlichen Bereich und das Entstehen heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen in der Labour Party. Erst die Vereinbarung des „social contract“ hat vorläufig ein Einvernehmen und die praktische Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und einer Labour-Regierung wiederhergestellt und die innerparteilichen Kräfteverhältnisse in der Labour Party stabilisiert. Dagegen besteht zur Zeit für die Gewerkschaften kaum eine Gesprächsbasis mit der konservativen Oppositionspartei.

Drei alternative Konzepte, das „pragmatische“ der Regierungspolitik, das „sozialistische“ der Labour-Linken und das „neoliberalere“ der beherrschenden Richtung in der Konservativen Partei, konkurrieren um die richtige Strategie für die Bewältigung der „britischen Krise“. In Anbetracht der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und der starken Außenabhängigkeit des Landes scheint der „mittlere Weg“ der Regierung Callaghan realistischer und erfolgversprechender zu sein.

Herbert Petersen: Schweden — Die „politische Wende“ findet nicht statt

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/77, S. 38—54

Eine „politische Wende“ ist mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte vom sozialdemokratischen Minoritätskabinett durch die bürgerliche Majorität nicht eingetreten. Der Sozialstaat wird nicht abgeschafft; vielmehr sind weitere Reformen geplant, sobald die gegenwärtige Wirtschaftskrise — die im wesentlichen auf Absatzschwierigkeiten im Zusammenhang mit der allgemeinen internationalen Konjunktur zurückzuführen ist — überwunden werden kann. Das „schwedische Modell“ bleibt.

Die aus den Konservativen, der liberalen Volkspartei und der bauerlichen Center-Partei zusammengesetzte, unter Thorbjörn Fälldin als Ministerpräsident amtierende bürgerliche Regierung, hat im jetzt abgelaufenen ersten Jahr ihrer dreijährigen Legislaturperiode keine profilierte „bürgerliche“ Politik betrieben, wie auch die Politik ihrer sozialdemokratischen Vorgängerin nicht als einspurig „sozialistisch“ zu bezeichnen war. Da in grundlegenden Fragen in Schweden ein breiter Konsens besteht, konnte der Regierungswechsel auch nicht zu spektakulären Änderungen führen.

Gegenwärtig verdienen die Bemühungen der Regierung Fälldin besonderes Interesse, mit der Problematik des Sozialstaates in der akuten Wirtschaftskrise fertig zu werden. Die Voraussetzungen für die bisher so erfolgreiche schwedische Wirtschaftspolitik, wie sie in der ersten industriellen europäischen Entwicklung durch den schwedischen Export von leicht auszubehutenden und leicht absetzbaren Naturschätzen wie Erz und Holz gegeben waren, dürften kaum noch ein zweites Mal eintreten. Es geht jetzt um eine umfassende Strukturbereinigung der Industrie, um ihre Konkurrenzkraft zu stärken und den hohen schwedischen Lebensstandard zu halten.

Zum Verständnis der schwedischen Politik von heute sind überdies die charakteristischen Merkmale des „schwedischen Modells“ in ihrer Bedeutung und Funktionsweise dargestellt worden.